Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1910

66 (8.3.1910) Amtliche Berichte über die Verhandlungen der Badischen Ständeversammlung Nr. 54. Zweite Kammer. 47. öffentliche Sitzung

Visual Library

Amtliche Berichte
über die
Verhandlungen der Badischen Ständeversammlung.

№ 54. Karlsruhe, den 8. März 1910.

Zweite Kammer.

47. öffentliche Sitzung
um Montag den 7. März 1910.

Tagesordnung:

Anzeige neuer Eingaben. Sodann:

1. Fortsetzung der Beratung über das Budget Großh. Ministeriums des Innern für 1910 und 1911, Ausgabe Titel VIII: Für Gewerbeaufsicht und Durchführung der sozialen Gesetze — Drucksache Nr. 12a —; Berichterstatter: Abg. Willi.

2. Bericht der Budgetkommission und Beratung über dasselbe Budget, und zwar: Ausgabe Titel XIV — Einnahme Titel V: Landesstatistik, Ausgabe Titel XV — Einnahme Titel VI: Gewerbeförderung — Drucksache Nr. 12c —; Berichterstatter: Abg. Neuhaus;

und damit (Ausgabe Titel XV) in Verbindung: Mündlicher Bericht der Petitionskommission und Beratung über den Antrag der Abgg. Görlacher u. Gen., die vorzugsweise Berücksichtigung ortsansässiger Geschäfts-Unternehmer und Arbeiter seitens des Staats betr. (Drucksache A -2a); Berichterstatter: Abg. Reinhardt.

(Ziffer 2 gelangte nicht zur Verhandlung.)

Am Regierungstisch: Minister des Innern Wirkl. Geheimerat Frhr. **von und zu Bodman**, Ministerialdirektor Geh. Oberregierungsrat **Weingärtner**, die Ministerialräte **Arnold** und Dr. **Schneider**, Vorstand der Fabrikinspektion Oberregierungsrat Dr. **Bittmann**.

Präsident Rohrhurst eröffnet gegen ½4 Uhr die Sitzung.

Zunächst wird der im 38. Wahlkreis wiedergewählte Abg. Schmidt-Karlsruhe (Zentr.) beeidigt.

Sodann werden folgende Eingänge angezeigt:

I. Petitionen:

1. des evangelisch-protestantischen Kirchengemeinderats Schopfheim, die Unterhaltung des evangelischen Pfarrhauses in Schopfheim betreffend;

2. des badischen Technikerverbandes wegen Verbesserung der Lage der Techniker im Dienste der Großh. Staatsverwaltung;

3. des Verbands der Vereine mittlerer badischer Staatsbeamter, die Anstellungs- und Beförderungsverhältnisse der mittleren badischen Staatsbeamten nach der Einführung des neuen Gehaltstarifs betreffend.

Es werden überwiesen: Ziffer 1 der Budgetkommission, Ziffer 2 und 3 der Petitionskommission.

II. Schreiben des Vorsitzenden des geschäftsführenden Ausschusses des Verbandes der mittleren Städte Badens mit Abdrucken der Nr. 36 des Korrespondenzblattes des Verbandes, enthaltend dessen Stellungnahme zu den Gesetzentwürfen über Änderung der Gemeinde- und Städteordnung sowie des Elementarunterrichtsgesetzes.

Hierauf wird in die Tagesordnung eingetreten.

In der fortgesetzten allgemeinen Beratung über Ausgabe Titel VIII des Budgets Großh. Ministeriums des Innern erhalten das Wort

Abg. Dr. **Zehnter** (Zentr.): Ich möchte auf die Rheinfelder Affäre zurückkommen und mich zunächst den Aktionen zuwenden, in denen der Herr Fabrikinspektor bei dieser Sache nach Abschluß des Streiks beteiligt war. Da erachte ich es für ein Gebot der Gerechtigkeit, hier auszusprechen, daß es dem Herrn Fabrikinspektor durch die eingehenden Darlegungen der einzelnen

Schritte, die er unternommen hat, nach meiner Meinung vollkommen gelungen ist, dazutun, daß er in allen Teilen der Aktion nur im besten Willen gehandelt hat u. das Beste angestrebt hat. Ich glaube dem beifügen zu können, daß er auch den Beweis erbracht hat, daß er keinesfalls bewußt parteiisch gehandelt hat, sondern daß seine Handlungen von sachlichen Erwägungen geleitet waren. Dieses Grundurteil, das ich hier ausspreche, erleidet keine Erschütterung und keine Änderung, wenn ich im Verlaufe meiner Ausführungen zu dem Resultat komme, daß ich gleichwohl nicht jeden einzelnen Schritt, den der Herr Fabrikinspektor unternommen hat, billige, und wenn ich auch die Meinung aussprechen muß, daß der eine oder andere von diesen Schritten besser unterblieben oder jedenfalls doch besser in einer anderen Weise ausgeführt worden wäre.

Noch etwas muß ich beifügen: Wenn auch nach der ausführlichen Darstellung, die der Herr Fabrikinspektor am letzten Freitag gegeben hat, für mich alle Zweifel an seinem guten Willen und an seiner Unparteilichkeit geschwunden sind, so wird man doch anerkennen müssen, daß jemand, der eben nicht alle diese Details und die Darlegung der Motive in allen Teilen gekannt, sondern nur dasjenige Material vor sich gehabt hat, das der breiteren Öffentlichkeit zugängig war, auf Grund dieses Materials immerhin zu der Meinung kommen konnte, daß der Herr Fabrikinspektor nicht überall vollständig objektiv gehandelt hätte.

Schließlich möchte ich noch etwas anderes beifügen. Ich glaube, daß man bei aller grundsätzlichen Anerkennung des Vorgehens des Herrn Fabrikinspektors wohl wird zugeben müssen, daß er in dem Gang der Entwicklung sich allmählich in eine große Schroffheit gegenüber den Gewerkschaften hineingearbeitet (Zustimmung beim Zentrum) und nach meiner Meinung schließlich auch die Unbefangenheit verloren hat. Das glaube ich, muß auch gesagt werden; und ich glaube, der Herr Fabrikinspektor selbst wird, wenn er nochmals in ruhigen Stunden das gesamte Material an sich vorüberziehen läßt, wohl hinsichtlich des einen oder anderen Aktes zu der Meinung kommen, daß er das, was er damals getan hat, heute nicht mehr unternehmen würde. Soviel möchte ich im allgemeinen aussprechen.

Dem Herrn Fabrikinspektor ist es, wie wir neulich durch seine Ausführungen gehört haben, in der Aktion, die er gegenüber den christlichen Gewerkschaften unternommen hat, um zweierlei Dinge zu tun gewesen. Erstens hat er den Gewerkschaftssekretär Engel aus der badischen gewerkschaftlichen Tätigkeit beseitigen wollen, der ein für die gewerkschaftliche Tätigkeit oder doch jedenfalls für die gewerkschaftliche Tätigkeit in Baden nicht mehr geeigneter Mann sei. Und das andere, was der Herr Fabrikinspektor in seiner Aktion anstrebte, war das, daß er den Gewerkschaftssekretär Thelen zu einer Erklärung veranlassen wollte, durch welche dem Herrn Landeskommissär in Konstanz für den von Thelen mitunterzeichneten „offenen Brief" und seine Äußerungen in Triberg eine Genugtuung gegeben werden sollte.

Um nun gleich bei diesem zuletzt erwähnten Ziele des Herrn Fabrikinspektors zu bleiben, so muß ich nach den in der letzten Sitzung gemachten Darlegungen und insbesondere nach der Erklärung des Herrn Landeskommissärs, die uns vom Herrn Minister verlesen worden ist, anerkennen, daß man inbezug auf die Art und Weise, wie diese Erklärung vom 6. Novbr. zustande gekommen ist, nicht wohl irgend einen Vorwurf wird erheben können. Es steht fest, daß die Herren, die am 28. Oktober in Cöln miteinander verhandelt haben, sich schon damals darüber verständigt hatten, daß Thelen eine Ehrenerklärung, wenn ich mich kurz so ausdrücken soll, zugunsten des Herrn Landeskommissärs abgeben solle, und die damals in Cöln anwesenden Vertreter der Zentralleitung der christlichen Gewerkschaften haben sich dazu bereit erklärt, Thelen zu einer Erklärung in dem angegebenen Sinne zu veranlassen. Nun liegen die Dinge keineswegs so, daß man etwa bei dem Herrn Fabrikinspektor oder bei dem Herrn Landeskommissär davon ausgehen könnte oder gar ausgehen müßte, daß Thelen zu einer besonders weitgehenden Erklärung hätte gedrängt werden sollen. Im Gegenteil: In dem Brief, den der Herr Fabrikinspektor nach dem 28. Oktober an den Herrn Landeskommissär schrieb und worin er ihm über die Vorgänge in Cöln berichtete, spricht er ausdrücklich zugunsten des Herrn Thelen, schlägt er ausdrücklich dem Herrn Landeskommissär vor und empfiehlt ihm, den Thelen nicht zu hart zu halten, da durch die ganze Situation jetzt eine derartige Erklärung eigentlich bereits überholt sei. Auch ist nach der ganzen Persönlichkeit des Herrn Landeskommissärs, wie ich sie von langer Zeit her kenne, nicht anzunehmen, daß er das Bestreben gehabt haben sollte, Thelen zu einer außergewöhnlich scharfen Erklärung zu veranlassen. Was dann schließlich an dieser Erklärung von der Zentralleitung der Gewerkschaften beanstandet worden ist, das ist ja nach der Erklärung des Herrn Landeskommissärs, an deren Richtigkeit zu zweifeln wir keinen Anlaß haben, gerade auf Wunsch des Herrn Thelen in die Erklärung hereingekommen, nämlich der einleitende Satz: „Ich bin keinen Moment darüber im Zweifel". Ich bin aber auch der Meinung, daß die Zentralleitung zu einer Beanstandung dieses einleitenden Satzes, der allerdings sprachlich nicht vollkommen ist, nur deswegen gelangt ist, weil sie diesem Satze eine Auslegung gegeben und eine Bedeutung beigelegt hat, die nach meiner Meinung sprachlich nicht darin liegen muß, ja eigentlich sprachlich nicht darin gefunden werden kann und die jedenfalls nicht darin enthalten sein sollte. Der Satz ist von der Zentralinstanz der Gewerkschaften so ausgelegt worden, als ob Thelen mit dieser Erklärung ausspreche, daß er niemals einen Zweifel an der Richtigkeit der Erklärungen des Herrn Landeskommissärs gehabt habe. Und wenn Herr Thelen eine Erklärung mit einem solchen Satz unterzeichnet hätte, so hätte er sich damit allerdings insofern in einer gewissen Beziehung der Unwahrheit bezichtigt, als er ja in der Erklärung, die er zusammen mit Engel und Kammerer abgegeben hat, und auch in der Versammlung in Triberg eine etwas andere Darstellung gegeben hat. Aber der Satz lautet nicht so: „Ich habe keinen Augenblick einen Zweifel gehabt" oder „Ich bin keinen Augenblick im Zweifel gewesen", sondern der Satz lautet so: „Ich bin nicht einen Moment im Zweifel" — jetzt nämlich, jetzt, „nachdem mir der Herr Landeskommissär diese Auseinandersetzungen gemacht hat." Ich glaube also, daß die Zentralinstanzen der Gewerkschaften zu ihrer Beanstandung dieser Erklärung durch eine Auffassung gekommen sind, die, wie gesagt, nicht notwendig ist; und daß sie die Erklärung wahrscheinlich nicht beanstandet haben würden, wenn sie genauer beachtet hätten, daß Thelen nach dieser Erklärung nur von der Gegenwart, nicht auch von der Vergangenheit spricht.

Das andere, was der Herr Fabrikinspektor anstrebte, war wie gesagt die Beseitigung Engels aus der ge-

werkschaftlichen Tätigkeit. Und da haben sich seine Maßregeln zuerst auch nur gegen Engel gerichtet, und insoweit sie gegen Engel gerichtet waren, glaube ich, wird man sie als berechtigt anerkennen müssen. Das bezieht sich also insbesondere auf die öffentliche Erklärung, die der Herr Fabrikinspektor am 23. Oktober an die Zeitungen gegeben hat. Es ist gewiß ein außergewöhnlicher Schritt gewesen, den der Herr Fabrikinspektor da getan hat, indem er einen Funktionär der Gewerkschaften in einer sehr stark kritisierenden und diskreditierenden Weise in der Öffentlichkeit hingestellt hat, und der Herr Fabrikinspektor hat durch diese öffentliche Erklärung — darüber kann man nicht im Zweifel sein — der Sozialdemokratie eine sehr große Freude bereitet. Die Sozialdemokratie hat sich dieses Stoffes sofort bemächtigt und hat ihn verwertet. Aber wenn auch der Schritt außergewöhnlich ist, so bin ich doch geneigt, anzuerkennen, daß er nach der Sachlage, wie sie damals gewesen ist, wohl gerechtfertigt werden kann. Der Herr Fabrikinspektor hat uns neulich die Korrespondenz vorgelesen, die er in der Zeit vom 11. Oktober bis zum 25. Oktober gehabt hat. Er hat uns insbesondere einen Brief des Engel vom 23. Oktober vorgelesen, worin Engel ankündigte, daß, wenn der Fabrikinspektor nicht in seinem Sinne interveniere, er dann in öffentlichen Versammlungen und in den Tagesblättern wieder eine Aktion inszeniere. In dieser Situation kann ich es verstehen, wenn der Herr Fabrikinspektor den Mann, der sich im Wege der Korrespondenz und einer freundschaftlichen Zusprache nicht bändigen ließ, dadurch unschädlich zu machen suchte, daß er ihn durch seine Erklärung als einen Mann hinstellte, der nicht das Vertrauen der Arbeiterschaft und der Fabrik verdiene. Ich möchte diesen Akt gewissermaßen als einen Akt der Notwehr in der damaligen Situation betrachten und in diesem Sinn auch rechtfertigen.

Nun schreitet die Sache weiter, und wir kommen zu dem 12., 13. und 14. November. Am 12. und 13. November hat der Herr Fabrikinspektor Eröffnungen an die Gewerkschaftssekretäre gemacht dahingehend, daß er nicht etwa bloß den Verkehr mit Engel einstelle, sondern daß er den Verkehr mit den Gewerkschaftssekretären überhaupt einstelle. Nun hat uns der Herr Fabrikinspektor neulich auseinandergesetzt, daß auch die Tendenz dieses seines Aktes keine andere gewesen sei, als dadurch einen gewissen Druck auf die Zentralleitung der Gewerkschaften auszuüben und dadurch herbeizuführen, daß Engel aus der gewerkschaftlichen Agitation ausgeschaltet werde. Wenn ich auch anerkenne, daß auch in bezug auf diesen Akt der Herr Fabrikinspektor von einem an und für sich guten Zweck geleitet war, so kann ich doch nicht anerkennen, daß auch dieses Vorgehen vom 12./13. November notwendig und ersprießlich gewesen wäre. Am 13. November war Engel, das Karnickel in der ganzen Sache, aus der gewerkschaftlichen Agitation in Baden ausgeschaltet, denn es ist am 28. Oktober von Cöln aus an Engel telegraphiert worden, daß er bis auf weiteres nicht mehr in der gewerkschaftlichen Bewegung tätig zu sein habe. Es bestand deswegen meines Erachtens keine Notwendigkeit, nun den Verkehr nicht bloß mit Engel sondern auch mit allen übrigen Gewerkschaftssekretären abzubrechen. Dieses Vorgehen des Herrn Fabrikinspektors war zweifellos ein außerordentlich schroffer Akt, ein Akt, der nicht notwendig war, der aber in den ganzen Gang der Verhandlung notwendigerweise eine sehr große Verschärfung hineinbringen mußte (Sehr richtig! im Zentrum). Im zweiten Stadium war also die Aktion vom 12. und 13. November gegen die Gewerkschaftssekretäre gerichtet.

Es folgt dann der dritte Akt, die Antwort, die der Herr Fabrikinspektor dem Gewerkschaftssekretär Kiefer auf dessen Anzeige am 3. Dezember erteilt hat. Dieser dritte Akt wendet sich nun nicht mehr bloß gegen Engel und wendet sich nicht mehr bloß gegen die Gewerkschaftssekretäre, sondern er wendet sich auch gegen die Zentralinstanzen der christlichen Gewerkschaften, er wendet sich gegen den Gesamtvorstand dieser Gewerkschaften, und er wendet sich gegen den Vorstand des christlichen Metallarbeiterverbandes. Dieser dritte Akt ist überdies in einer solchen Schärfe abgefaßt und so beleidigenden Inhalts, daß ich es nur im höchsten Grade bedauern kann, daß der Herr Fabrikinspektor sich dazu hat entschließen können, einen derartigen Akt von sich zu geben (Sehr gut! im Zentrum). In dem Schreiben vom 3. Dezember beschuldigt der Herr Fabrikinspektor nicht bloß den Engel der bewußten Unwahrheit, sondern er sagt auch bezüglich aller übrigen Gewerkschaftsorgane, einschließlich des Vorstandes der christlichen Metallarbeiter und einschließlich des Vorstandes des Gesamtvereins, daß bezüglich ihrer der Argwohn bestehe, daß Zweideutigkeiten, Unwahrheiten und Entstellungen der Wahrheit seitens der leitenden Organe der christlichen Gewerkschaften als erlaubte Gewerkschaftstaktik zur Hervorrufung und Austragung von Arbeiterbewegungen angesehen würden, und der Herr Fabrikinspektor fügt hinzu, daß er deswegen nicht mehr in der Lage sei, mit den christlichen Gewerkschaften überhaupt zu verkehren.

Der Herr Fabrikinspektor hat dieses Schreiben an einen Gewerkschaftssekretär, also an ein untergeordnetes Organ der Gesamtgewerkschaft ergehen lassen. Ich halte es schon von Haus aus für verfehlt, daß eine amtliche Stelle, wie der Herr Fabrikinspektor sie repräsentiert, an einen untergeordneten Funktionär einer Organisation ein Schreiben ergehen läßt, in dem sie sich, gleichgültig ob berechtigt oder unberechtigt, in einer Weise über die oberen Instanzen ausläßt, die notwendig dazu führen muß, daß das Ansehen dieser oberen Instanzen in den Augen der unteren Instanzen erschüttert wird (Sehr richtig! im Zentrum). Dieser Akt vom 3. Dezember ist schon von diesem Gesichtspunkt aus meines Erachtens vollständig verfehlt gewesen und durchaus zu mißbilligen. Ich bin der Meinung, daß wohl auch der Herr Minister des Innern zu der Frage, wie er diesen Akt betrachtet, wird Stellung nehmen müssen, und ich bin der Meinung, daß der Herr Minister des Innern dabei zu einer anderen Auffassung, als ich sie dargelegt habe, wohl nicht kommen wird, und daß, wenn er auch seinerseits in bezug auf diesen Akt zu einer ähnlichen Beurteilung gelangt, das wesentlich dazu beitragen würde, die Spannung, welche jetzt zwischen der Fabrikinspektion und den Gewerkschaften eingetreten ist, zu ihrer Lösung gebracht würde. Damit allein, daß die Fabrikinspektion sachlich die Beschwerden in dem Schreiben des Kiefer erledigt oder wenigstens in Bearbeitung genommen hat, ist die Frage der Beurteilung dieses Schreibens vom 3. Dezember noch nicht erledigt. Ich glaube, es wird notwendig sein, daß der Herr Minister des Innern zu der Frage der Zulässigkeit und Zweckmäßigkeit eines solchen Schreibens sich aussprechen wird.

Nun wirft der Herr Fabrikinspektor in seinem Schreiben vom 3. Dezember dem Engel wieder bewußte Unwahrheit vor. Ich anerkenne vollständig, daß der Sekretär Engel sich fortgesetzt und in einer Reihe von Punk-

ken in Widerspruch gesetzt hat mit anderen Aussagen, an deren Richtigkeit zu zweifeln ich keinen Anlaß habe. Aber ich habe über Sonntag das Material nochmals in allen seinen Teilen genau durchgesehen: So ganz außer Zweifel steht meines Erachtens die Frage doch nicht, ob Engel nicht doch in einer gewissen Verranntheit in der Vorstellung herumgelaufen ist, als ob er mehr erreicht habe, als er tatsächlich erreicht hat. Ich will darauf nicht des näheren eingehen; aber es finden sich eine ganze Reihe von Momenten, auch psychologische Momente, die man eigentlich anders nicht verstehen kann als so, daß Engel sich in einem Hirngespinst bewegt hat, das er sich nun einmal zurecht gelegt hatte und über das er nicht hinausgekommen ist (Unruhe bei den Sozialdemokraten). Ich gebe zu, daß auch andere Gewerkschaftssekretäre eine etwas schwankende Haltung zeigen, wenn man die beiderlei Stellungnahmen, die beiderlei Äußerungen miteinander vergleicht, die sie nach der einen Seite und die sie auch nach der anderen Seite abgegeben haben. Aber ich bitte auch, diese Widersprüche nicht zu scharf zu betonen. Es ist selbstverständlich, daß, wenn ein und derselbe Mann hier von dem einen Standpunkt aus befragt wird und dort vom anderen Standpunkt aus, schon durch die Fragen eine gewisse zweiseitige Darstellung in diese Sache hineingebracht wird. Und so können sehr leicht verschiedene Darstellungen hervortreten, die, wenn man sie lediglich nebeneinander vergleicht, Widersprüche aufweisen, die sich aber bei einer kontradiktorischen mündlichen Verhandlung doch im wesentlichen wieder auflösen würden. Eine solche kontradiktorische Verhandlung haben wir in dieser Sache nicht; und solange wir sie nicht haben, und wir werden sie voraussichtlich nicht haben, wird eine vollständige Klärung der Widersprüche nicht möglich sein. Denn nur in einer mündlichen Verhandlung, wo alle Zeugen zugegen sind und auf jeden Widerspruch sofort wieder eine Erörterung eintreten kann, und wo die Vernehmung einheitlich erfolgt, könnten wir zu einer glatten Feststellung der verschiedenen Tatbestände, soweit das überhaupt möglich ist, gelangen. Soviel über die anderen Sekretäre.

Für den außerordentlich schweren Vorwurf, als ob auch die Zentralinstanzen der christlichen Gewerkschaften irgendwie die Tendenz verfolgt hätten, Zweideutigkeiten, Widersprüche, Unwahrheiten im Interesse der gewerkschaftlichen Sache hingehen zu lassen oder selbst anzuwenden, liegt aber nun nach meinem Dafürhalten auch gar kein Anhalt vor. Wenn die Zentralinstanzen der Gewerkschaften und der Herr Fabrikinspektor in der Beurteilung der Dinge nicht zusammengekommen sind, wenn sie fortwährend aneinander vorbei geredet haben, so kommt das eben daher, daß beide verschiedenes Material hatten, von dem sie ausgingen, und daß niemand da war, der das gesamte Material zusammenbrachte. Am 9. Oktober hat erstmals Stegerwald an den Herrn Fabrikinspektor geschrieben und gebeten, der Herr Fabrikinspektor möge ihm das zur Beurteilung der Angelegenheit erforderliche Material zukommen lassen. Die Herren in Cöln und Duisburg haben also den Wunsch gehabt, das Material zu empfangen, das dem Herrn Fabrikinspektor zu Handen gekommen war, um sich selbst ein Urteil zu bilden. Daß sie dieses Urteil sich selbst bilden wollten, das war doch vollkommen berechtigt, und ich würde es im höchsten Grade bedauern, wenn die Zentralleitung einer so großen Organisation, wie das die christlichen Gewerkschaften sind, sich einfach auf das subjektive Gutachten eines einzelnen Mannes, und wenn er noch so hochgestellt ist, sich gestellt und darnach ihr Verhalten gegenüber ihren Funktionären eingerichtet hätten. Ich sage also, schon in dem Schreiben vom 9. Oktober ist der Wunsch ausgesprochen, das völlige Material zu erhalten. Solches Material hat der Herr Fabrikinspektor nicht geschickt. Er war allerdings, soviel ich sehe, damals auch noch gar nicht im Besitz von irgend welchem Material, das über seine eigene persönliche Wahrnehmung bei den Verhandlungen in Rheinfelden und über das Material hinausging, was der Zentralleitung ohnedies bekannt war, außer den Erklärungen, die von Engel und dem Herrn Landeskommissär usw. herüber und hinüber abgegeben worden sind. Ich sage also, der Herr Fabrikinspektor hat den Leuten nach Cöln kein Material geschickt, sondern er hat ihnen am 25. Oktober einen Brief geschrieben, worin er seinerseits ein Urteil über Engel abgibt. Daß daraufhin die Zentralleitung gegen Engel noch keine Entschließung traf, halte ich für vollkommen berechtigt, und ich würde es für unrichtig halten, wenn sie anders gehandelt hätte. Man kann ihr daraus meines Erachtens keinen Vorwurf machen, so groß auch damals schon das Bedürfnis des Herrn Fabrikinspektors gewesen ist, Engel aus der Agitation beseitigt zu sehen.

Nun kam der Tag von Cöln, der 28. Oktober. An diesem 28. Oktober hat der Herr Fabrikinspektor erreicht, daß Engel einstweilen von seinem Dienst suspendiert wurde. Der Herr Fabrikinspektor ist aber mit dem Resultat dieser Cölner Verhandlungen insofern unzufrieden gewesen, als die Zentralleitung, die Herren Wieber, Stegerwald und Schiffer, sich nicht sofort damals schon davon überzeugen ließen, daß Engel eine unhaltbare und seiner Stellung nicht gewachsene Persönlichkeit sei. Nun hat sich mir am letzten Freitag Abend unmittelbar nach der Verhandlung der Generalsekretär Stegerwald vorgestellt und hat mir gesagt: „Der Herr Fabrikinspektor hat heute eine ganze Reihe von Tatsachen vorgetragen, die vor dem 28. Oktober liegen, und ich habe gar keinen Zweifel, daß wir uns damals schon davon überzeugt hätten, daß Engel nicht haltbar sei, wenn der Herr Fabrikinspektor uns diese Dinge damals in der ausführlichen Weise und mit der tatsächlichen Substantiierung vorgetragen hätte, wie das jetzt der Fall war". Herr Stegerwald hat mir am Freitag auch wiederholt, der Herr Fabrikinspektor habe sich in Cöln auf eine verhältnismäßig spärliche Mitteilung von Tatsachen beschränkt, im übrigen aber, wie das die Broschüre ausdrückt, durch Drohungen zu wirken gesucht. Nun hat der Herr Fabrikinspektor in Abrede gestellt, daß er Drohungen gebraucht habe; eine hat er allerdings zugegeben, aber eine, die hier nicht in Betracht kommt. Ich will ganz gern zugeben, daß der Herr Fabrikinspektor von seinem subjektivem Standpunkt aus wohl in Abrede stellen kann, er habe Drohungen gebraucht. Mit den Drohungen ist es eben so eine Sache, es kommt darauf an, von welchem Standpunkt man sie ansieht. Wenn mir mein Vermieter sagt: „Wenn Sie mir nicht 300 M. mehr Miete zahlen, so werden Sie am nächsten Termin hinausgesetzt", so wird der Vermieter sagen: Gedroht habe ich dem Manne nicht, ich habe nur mehr Zins verlangt und habe dem Manne klargestellt, daß er, wenn er meinen Wünschen nicht nachkomme, am nächsten Termin ausziehen müsse. Der Mieter aber wird vielleicht sagen: Mein Vermieter hat mir gedroht, daß er mich auf die Straße setze, wenn ich nicht mehr Zins bezahle. So wird es wahrscheinlich auch in Cöln gegangen sein. Stegerwald hat mir nun aber doch einige tatsächliche Substantiierungen bezüglich der Drohungen mitgeteilt, er hat mir geschrieben, daß

der Herr Fabrikinspektor in Cöln am 28. Oktober erklärt habe, wenn im Falle Engel ein Einverständnis nicht erzielt werde, so werde er noch vor den Landtagsstichwahlen vom 30. Oktober die Angelegenheit in die Zeitung bringen (Hört, hört! im Zentrum), und das werde jedenfalls einen schlechten Eindruck auf die Wähler machen (Hört, hört! im Zentrum). Weiter hat mir Stegerwald mitgeteilt, bei der gleichen Gelegenheit habe der Herr Fabrikinspektor auch erklärt, wenn die Sache nicht erledigt werde, so werde es jedenfalls zu einem großen Beleidigungsprozeß wegen Beleidigung des Landeskommissärs kommen, und da werde jedenfalls die Sache für die christlichen Gewerkschaften nicht besonders günstig verlaufen; es würde daraus vielleicht auch ein Meineidsprozeß hervorgehen. Das soll der Herr Fabrikinspektor am 28. Oktober in Cöln gesagt haben. Am 13. November soll er dann gegenüber einem Gewerkschaftssekretär weiter erklärt haben, wenn die Sache mit Engel nicht ins Reine komme, so werde er gezwungen sein, bei der Verhandlung des Landfriedenbruchsprozesses in Waldshut Aussagen zu machen, die auf die Gewerkschaften ein ungünstiges Licht werfen würden; er sei dann eben gezwungen, alles das vorzuführen, was er für notwendig erachte. Dem gleichen Gewerkschaftssekretär gegenüber soll der Herr Fabrikinspektor gesagt haben, wenn die Sache mit Engel erledigt werde, so sei er in der Lage, sie in seinem nächsten Jahresbericht kurz zu behandeln und zu sagen, wie er in den ersten Zeitungsnotizen nach dem Cölner Tage gesagt hat, die Zentralleitung der Gewerkschaften habe die Sache in loyaler und koulanter Weise erledigt; wenn aber die Sache nicht aus der Welt geschafft werde, sei er gezwungen, die ganze Sache ausführlich darzustellen, und das werde für die Gewerkschaften jedenfalls keinen günstigen Eindruck machen. Hiernach ist also jedenfalls nicht ohne Grund in der Broschüre die Behauptung aufgestellt worden, daß der Herr Fabrikinspektor Wendungen und Ausdrücke gebraucht und den Leuten Folgen dargestellt hat, die sie als Drohungen auffaßten und auffassen konnten. Herr Stegerwald hat mir gesagt, und das ist auch in der Broschüre schon hervorgehoben worden, der Herr Fabrikinspektor habe überhaupt weniger durch Darlegung von Gründen und von konkreten bestimmten Tatsachen zu wirken und zu überzeugen gesucht, als eben durch Hervorhebung der übeln Folgen, die eintreten würden, wenn nicht die Sache Engel in seinem Sinne erledigt würde. Nun wäre mir wünschenswert, zu hören, ob denn der Herr Fabrikinspektor an dem 28. Oktober in Cöln den Leuten alle diejenigen Details vorgeführt hat, die er neulich in seiner großen Rede uns vorgetragen hat, oder ob dies nicht geschehen ist. Der Herr Fabrikinspektor war ja zwischen der ersten Einleitung der Aktion am 9. Oktober und dem Tag von Cöln in Rheinfelden, er hat dort Kammerer, Dossenbach, Schöpperle und weitere fünf Arbeiter vernommen, er ist auch nach Mannheim gereist und hat Thelen vernommen, und er hat uns alles das, was die Leute ihm da angegeben haben, neulich vorgetragen. Hat nun der Herr Fabrikinspektor an dem 28. Oktober in Cöln den Leuten alles das auch vorgetragen? Hat der Herr Fabrikinspektor die Korrespondenz, die zwischen dem 13. und dem 28. Oktober zwischen ihm und Engel gepflogen worden ist, den Leuten in Cöln ebenfalls vorgeführt? Hat er überhaupt in Cöln den Herren von der Zentralleitung alles das dargestellt, was er uns am Freitag mitgeteilt hat? Soweit ich sehe, muß man die Frage verneinen; denn noch in dem Brief vom 22. November an Schiffer, den Vorstand des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften, sagt der Herr Fabrikinspektor: „Wie schon in dem am 25. Oktober an das Generalsekretariat des Gesamtverbandes gerichteten Schreiben erkläre ich mich nochmals bereit, legitimierte Vertreter des Gesamtverbandes zu empfangen, um ihnen das amtliche Material vorzulegen, das ihnen beweisen wird, daß die Gewerkschaftssekretäre Engel und Thelen sich in unqualifizierbarer, die Gewerkschaftssekretäre Kammerer und Kiefer sich in zweideutiger Weise benommen haben.“ Also noch am 22. November erklärt der Herr Fabrikinspektor zwar seine Bereitwilligkeit zur Vorlegung des Materials an legitimierte Vertreter, man muß aber nach dem Briefe annehmen, daß er bis dahin das Material, das er im Besitz hatte, der Zentralleitung noch nicht vorgelegt hatte. Dann war es aber meines Erachtens auch eine unberechtigte Forderung des Herrn Fabrikinspektors, von den Herren ohne weiteres eine Entschließung in seinem Sinne zu verlangen.

Was lag denn den Herren von der Zentralleitung für ein Material vor? Wenn nicht — wie ich jetzt erfahren möchte — der Herr Fabrikinspektor ihnen sein Material zugänglich gemacht hat, dann hatten die Herren an der Zentralleitung zunächst eben nichts, als was von ihren Leuten und von dem Herrn Landeskommissär in den verschiedenen Veröffentlichungen in der Presse erklärt worden war. Ich will ausdrücklich darauf hinweisen, daß am 28. Oktober noch keine Erhebungen von seiten der Zentralleitung gemacht waren. Die Herren Wieber und Stegerwald sind erst am 30. oder 31. Oktober in Rheinfelden gewesen und haben erst da ihre Erhebungen gemacht. Aber auch dann wurden ihnen Angaben gemacht, die zum Teil abwichen von dem, was uns der Herr Fabrikinspektor am Freitag vorgetragen hat. Und wenn nun Herr Schiffer in einem Schreiben vom 26. November dem Herrn Fabrikinspektor auseinandersetzte, daß ihm ein anderes Material vorläge als das, worauf der Herr Fabrikinspektor sein Urteil stützte, so war das vollständig richtig; denn die Herren, die Ende Oktober in Rheinfelden waren, haben ihrerseits allerdings auch einen Fehler gemacht insofern, als sie versäumt haben, auf der Hinreise oder auf der Herreise beim Herrn Vorstand der Fabrikinspektion hier vorzusprechen und auch ihn zu hören, und insofern als sie es auch unterlassen haben, sich an den Herrn Landeskommissär in Konstanz zu wenden und die Darstellung des Herrn Landeskommissärs zu hören. So erhielten die Herren Wieber und Stegerwald auf ihre Untersuchungsweise wohl nur ein unvollständiges Material und vielleicht ein Material, das die Sache zu sehr im Sinne Engels darstellte. Doch verweise ich auch auf die protokollarischen Aussagen von Arbeitern, wie sie S. 52 der ersten Broschüre mitgeteilt sind. Da erklärten zwei Arbeiter, daß etwa um 11 Uhr nachts Engel vom Polizeidiener aus der Streikversammlung in das nebenliegende Beratungszimmer gerufen worden sei, „daß eine Anzahl von etwa 15 Personen, darunter die aussagenden Arbeiter,“ mitgegangen seien, und daß da einer der Regierungsbeamten, den die Zeugen mit Namen nicht kannten, erklärt habe, daß die Lohnfrage bis zum 15. September geregelt werden solle, die Leute sollten sich zufrieden geben und sich ruhig verhalten. Das war das Material, welches den Herren der Zentralleitung vorlag, und von diesem Material aus muß man ihre Stellungnahme beurteilen. Dabei kommt noch in Betracht, daß am 15. Oktober in der Tat eine gar nicht unwesentliche Aufbesserung der Löhne nach ver-

schiedenen Richtungen hin erfolgte, was gewiß unterstützend für die Darstellung Engels war, daß in dem Streikvergleich vom 15. August eine baldige Lohnerhöhung zugesagt worden sei. Wenn jetzt auch die Sache von der Fabrikleitung so dargestellt wird, als ob diese Zulage eine Sache der freien Entschließung ihrerseits gewesen wäre, so wird das insofern ja richtig sein, als sie durch eine Zusage, zu einer Aufbesserung auf 15. Oktober nicht verpflichtet war; aber daß diese Aufbesserung eine Folge des Streiks war, das wird man doch nicht wohl bestreiten können. Wenn man alles das zusammenfaßt, dann glaube ich, wird heute auch der Herr Fabrikinspektor zugeben müssen, daß es immerhin erklärlich ist, daß die Herren von der Zentralleitung das Verhalten Engels anders beurteilten als der Herr Fabrikinspektor, daß sie noch einen besseren Beweis dafür haben wollten, daß Engels Behauptungen unwahr seien, um ihn fallen zu lassen, und daß man den Herren von der Zentralleitung nicht schon deshalb, weil sie nicht einfach auf die Informationen des Herrn Fabrikinspektors eingingen, den Vorwurf machen kann, daß sie Zweideutigkeiten, Unklarheiten, Widersprüche, Unwahrheiten usw. anwandten. (Sehr richtig! im Zentrum.) Nach all dem glaube ich, daß der Vorwurf, den der Herr Fabrikinspektor am 3. Dezember der Zentralleitung gemacht hat, auch unsererseits als unberechtigt und ungeeignet zurückgewiesen werden muß (Beifall im Zentrum).

Nun möchte ich nur noch ein paar Einzelheiten berühren. Der Herr Minister hat neulich ausgeführt, daß sich in der Broschüre merkwürdigerweise eine Erklärung des Herrn Landeskommissärs vom 9. Oktober nicht finde. Herr Stegerwald schreibt mir nun, es sei allerdings richtig, daß diese Erklärung vom 9. Oktober nicht aufgenommen worden sei, aber ohne Verschulden des Verfassers der Broschüre aus einem sehr einfachen Grunde; nämlich aus dem Grunde, weil die Zentralleitung, bei der die Broschüre verfaßt wurde, jene Erklärung des Herrn Landeskommissärs zu der Zeit, als die Broschüre in Druck genommen wurde, noch nicht gekannt hätte; sie hätte diese Erklärung des Herrn Landeskommissärs erst aus einer Broschüre kennen gelernt, die ein sozialdemokratischer Bezirksleiter veröffentlicht habe. Herr Stegerwald fügt bei, sie hätten gar keinen Grund gehabt, diese Erklärung des Herrn Landeskommissärs vom 9. Oktober zu unterdrücken, wenn sie sie gekannt hätten; denn abgesehen davon, daß sie eigentlich von keiner großen Bedeutung sei, hätte sie insofern der Gewerkschaft eine Stütze bieten können, als gerade die Erklärung des Herrn Landeskommissärs vom 9. Oktober beweise, daß eben auch dem Herrn Landeskommissär in jenen Tagen Irrtümer unterlaufen seien; denn in dieser Erklärung sei gesagt, daß der Brief, welcher die Beendigung des Streiks anzeigte und der am 15. August dem Herrn Landeskommissär zuhanden gegeben wurde, von Engel geschrieben worden sei, während das nicht richtig sei; geschrieben sei diese Anzeige oder dieser Brief — ich kenne die Form nicht — von Kammerer und Engel habe ihn nur unterzeichnet (Lachen links). Sodann hat der Herr Fabrikinspektor es als charakteristisch für die Behandlung der ganzen Sache hingestellt, daß in der Broschüre der Inhalt der Entscheidungsgründe in dem Waldshuter Prozesse so angegeben sei, als ob das Gericht die Berechtigung des Streiks anerkannt habe. Herr Stegerwald schreibt mir in dieser Beziehung, es sei allerdings richtig, daß das in der Broschüre stehe; aber zu der Zeit, wo die Broschüre gedruckt worden sei, sei der offizielle Text der Urteilsgründe noch nicht bekannt gewesen, und sie hätten die Darstellung über das Resultat der Waldshuter Verhandlung nicht aus irgend einer offiziellen Ausfertigung nehmen können, sondern sie hätten sie aus einem Berichte der „Freiburger Tagespost“ genommen; dort sei aber wörtlich das gestanden, was in die Broschüre aufgenommen wurde.

Sodann hat mir in der Zwischenzeit auch Herr Thelen, mit dem der Herr Fabrikinspektor in Mannheim verhandelt hat, ein Schreiben geschickt, worin er erklärt, daß er sich keineswegs mit der Schroffheit und mit der Präzision, wie sie der Herr Fabrikinspektor geschildert, ausgesprochen habe. Geschrieben sei damals überhaupt nichts worden, weder sei ein Protokoll aufgenommen worden noch irgend eine schriftliche Aufzeichnung von Seiten des Herrn Fabrikinspektors in Gegenwart des Herrn Thelen gemacht worden. Er habe z. B. nicht gesagt, daß Engel schon früher Dummheiten gemacht habe, denn aus persönlicher Erfahrung wisse er es nicht, sondern er habe nur erklärt, er habe gehört, daß Engel schon früher Dummheiten gemacht haben solle. So führt Thelen eine Reihe von Einzelheiten an, die alle die Darstellung des Herrn Fabrikinspektors mehr oder weniger abschwächen. Man wird jedoch auf diese Dinge hier nicht näher eingehen können, da es sich um einen Vorgang handelt, der zwischen Thelen und dem Fabrikinspektor allein stattgefunden hat, und wobei jeder eben auch wieder seine subjektive Auffassung mehr oder weniger in die Sache hineinträgt.

Damit glaube ich die Aktionen des Herrn Fabrikinspektors in der Angelegenheit verlassen zu können, und ich möchte mich nun im zweiten Teile nur noch einen Augenblick mit den Ausführungen des Herrn Abg. Kolb vom letzten Freitag beschäftigen.

Der Herr Kollege Kolb hat seiner sozialdemokratischen Abneigung gegen die christlichen Gewerkschaften in seiner Rede reichlich Ausdruck verliehen, und er hat sie durch seine Darstellung möglichst in ein schiefes, diskreditierendes Licht zu stellen gesucht. Er hat zunächst gesagt, man habe sich vonseiten der katholischen Sozialpolitik erst dann mit den Gewerkschaften beschäftigt, als man gemerkt habe, daß die freien Gewerkschaften, die er als sozialdemokratische schon für jene Zeit anerkannt hat, dem Zentrum politisch Wähler wegfingen. Erst von da an habe man sich auch auf katholischer und auf christlicher Seite für die gewerkschaftliche Idee interessiert und habe die Organisierung von christlichen Gewerkschaften in die Hand genommen. Nun ist es ja richtig, daß die christlichen Gewerkschaften erheblich jüngeren Datums sind als die sogenannten freien Gewerkschaften. Aber die Arbeiterorganisationen an sich sind auf katholischer Seite viel älter wie die sozialdemokratische Organisation. Ich darf da hinweisen auf die Gesellenvereine, die ungefähr dreißig Jahre älter sind als die freien Gewerkschaften; ich darf hinweisen auf die katholischen und evangelischen Arbeitervereine, die meines Wissens ebenfalls älter sind als die Gewerkschaften. (Abg. Kolb: 1890 wurde damit angefangen!) Es hat doch von jeher katholische Knappschaftsvereine gegeben, das sind doch Arbeitervereine, und die waren nicht gewerkschaftlich organisiert in dem Sinne, daß die Gewerkschaft durch das ganze Reich sich erstreckt hat; die waren örtlich organisiert, auf die Zeche konzentriert, und waren also in diesem

Sinne Arbeitervereine. Was ich darüber gesagt habe, ist, glaube ich, vollständig unwiderlegbar.

Wenn man also vonseiten der katholischen Sozialpolitiker an den gewerkschaftlichen Gedanken erst später praktisch herangetreten ist, so kommt das eben daher, daß auf dieser Seite etwas längst existiert hat, was auf sozialdemokratischer Seite noch nicht vorhanden war. Und ich darf wohl auch darauf hinweisen, wie sehr gerade auch von Leuten aus der Sozialdemokratie diese alten christlichen Organisationen, die Gesellenvereine und die Arbeitervereine, geschätzt worden sind. Eine große Reihe von führenden Leuten aus der Sozialdemokratie hat ihre bessere Schulung in den katholischen Gesellenvereinen und Arbeitervereinen gefunden. (Zuruf: Bebel!) Ich komme noch auf Bebel, aber ich brauche gar nicht bis zu Bebel gehen; der verstorbene Abg. Dreesbach war meines Wissens ein Schüler des Cölner katholischen Gesellenvereines, und er hat meines Wissens ebenso dankbar von diesem Verein gesprochen, wie es jetzt in einer ganz besonderen Weise der Abg. Bebel in seinen Lebenserinnerungen, übrigens auch schon früher getan hat. Bei dieser Sachlage, wo bereits ältere Organisationen verhanden waren, ist es doch erklärlich, daß das Bedürfnis, auf einer neuen beruflichen Grundlage Organisationen zu schaffen, nicht in dem gleichen Maße dringend war wie auf der sozialdemokratischen Seite, wo man eben die katholisch und evangelisch organisierten Vereine nicht wünschte, weil man sie nicht brauchen konnte, und wo man sich deshalb nach einer anderen Organisation umsehen mußte. Aber auch die Gewerkschaften, die man heute noch freie nennt, sind meines Wissens ursprünglich mit der Prätention neutraler Gewerkschaften aufgetreten. Und wenn man das Alter der jetzt bestehenden beiderseitigen Organisationen bestimmen will, so glaube ich, können die christlichen Organisationen sehr wohl sagen: Die gemeinschaftliche Mutter waren die alten freien Gewerkschaften, die sich ursprünglich für neutrale ausgaben, später aber als sozialdemokratische sich entwickelten.

Nun hat der Herr Kollege Kolb auch wieder das Fuldaer Pastorale und das Begleitschreiben des Herrn Erzbischofs Dr. Nörber in Freiburg erwähnt, um zu beweisen, daß man von autoritativer Seite auch später noch der gewerkschaftlichen Organisation ablehnend gegenüber stand, und hat daraus einen Vorwurf zu machen gesucht, daß auf christlicher Seite nicht sofort alles einer Meinung inbezug auf diese Fragen gewesen sei. Es ist aber doch sehr erklärlich, daß da Meinungsverschiedenheiten bestanden. Es hat sich aber bald eine überwiegende Meinung für die christlichen Gewerkschaften gebildet, und diese christlichen Gewerkschaften sind s. Z. in den Reihen aller staatserhaltenden Parteien und auch von seiten aller Regierungen mit großer Freude begrüßt worden. Es wäre deshalb unverständlich, wenn es jetzt eine Regierung oder einen Fabrikinspektor gäbe, der diesen christlich organisierten Gewerkschaften feindlich gegenübertreten würde (Sehr richtig! Sehr gut! im Zentrum).

Der Herr Abg. Kolb hat dann geglaubt, gegen die christlichen Gewerkschaften einen Vorwurf in dem Sinne erheben zu können, als ob sie, nur um ihre Organisation auszubreiten und die Zahl ihrer Mitglieder zu vergrößern, unberechtigten Streik inszenierten. Selbst wenn man der Meinung sein sollte, daß der Streik in Rheinfelden nicht richtig gewesen, so läßt sich aus diesem einen Fall der gemachte Vorwurf des Herrn Kolb nicht rechtfertigen. Die sozialdemokratischen Gewerkschaften haben selbst eine reiche Geschichte an verfehlten Streiks (Sehr richtig! Sehr gut! beim Zentrum), und wenn man alle die verfehlten sozialdemokratischen Streiks nun so auslegen wollte, sie seien nur inszeniert worden, um die Organisation der freien Gewerkschaften auszudehnen, so würde das einen sehr bedenklichen Mißbrauch der Arbeiterschaft in Deutschland darstellen. Es ist aber Tatsache, daß auch von Seiten der Sozialdemokratie in Rheinfelden anerkannt worden ist, daß die Löhne ungenügend waren, und daß also insofern wenigstens materiell die Voraussetzungen für einen begründeten Streik vorhanden waren. Der Herr Abg. Kolb hat, wenn ich ihn recht verstanden habe, eigentlich auch nur an der Tatsache kritisiert, daß die Organisation in Rheinfelden viel zu jung gewesen sei, um schon in einen Streik marschieren zu können. Das mag sein, das will ich zugeben, aber das rechtfertigt doch nicht den schweren Vorwurf, den der Herr Abg. Kolb hier ganz im allgemeinen erhoben hat. Sodann mag doch auch darauf hingewiesen werden, in welcher Weise die Anhänger der freien Gewerkschaften oft gegen die unorganisierte oder gegen die christlichorganisierte Arbeiterschaft vorgehen, um sie in ihre Organisation hereinzubringen: wie da die reine Wäsche kontrolliert wird, wie da Arbeitswerkzeuge zugrunde gerichtet werden (Hört! hört! rechts), wie abgelegte Kleider beschmutzt oder zerschnitten werden, alles nur zu dem Zweck, um die Leute in die sozialdemokratische Organisation hereinzutreiben (Abg. Schwall: Lauter Schauermären!). Also Sie (zu den Sozialdemokraten) sind auch nicht hasenrein (Heiterkeit rechts, Lachen bei den Sozialdemokraten). Wenn man bei Ihnen in dieser Beziehung Herz und Nieren prüft, kommen wahrscheinlich sehr viel mehr Dinge zum Vorschein, die sich mit dem, was sein soll, nicht vertragen, als wie auf Seite der christlichen Gewerkschaften.

Weiter habe ich mich gewundert, daß der Herr Abg. Kolb mit so großer Despektierlichkeit generell von den christlichen Gewerkschaftssekretären gesprochen hat (Abg. Kolb: Nicht von allen!). Die christlichen Gewerkschaftssekretäre rekrutieren sich meines Wissens im großen und ganzen genau aus denselben Schichten der Bevölkerung, aus denen sich die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer rekrutieren. Sie wachsen aus dem Arbeiterstande heraus, sie treten in diese Tätigkeit ein, zumeist ohne eine über die Volksschulbildung nennenswert hinausgehende Bildung zu besitzen, sie bilden sich aus in der Schule des Lebens; und da glaube ich, werden im allgemeinen die sozialdemokratischen Gewerkschaftssekretäre vor den christlichen keinen Vorzug genießen, sondern sie werden sich beiderseits miteinander messen können. Möglicherweise könnte vielleicht die Sozialdemokratie eines voraus haben: Da sie eine ältere Organisation ist, mag sie da und dort ältere, geschultere, erfahrenere Leute unter ihren Gewerkschaftssekretären haben. Das liegt in der Natur der Dinge; aber dieser Fehler gleicht sich von Jahr zu Jahr mehr aus, und es ist deshalb bedauerlich, wenn der Herr Abg. Kolb von den christlichen Gewerkschaftssekretären ganz im allgemeinen als von einer „Klique", von einer „schönen Gesellschaft" und dergleichen gesprochen hat (Abg. Kolb: Das ist ein Irrtum Ihrerseits, ich habe nur die gemeint, die . . .). Sie haben es in einer so allgemeinen Weise gesagt, daß das nicht wohl anders aufgefaßt werden konnte. Sodann hat Herr Abg. Kolb sehr stark damit gearbeitet, daß er die gewerkschaftlichen Beamten der Unwahrheit und der Lüge geziehen. Ich

habe ja vorhin ausgeführt: Aus Widersprüchen allein folgt noch nicht die Lüge und die wissentliche Unwahrheit; und wenn eine Entscheidung darüber getroffen werden müßte, ob irgend einer der christlichen Gewerkschaftsbeamten wirklich eine bewußte Unwahrheit ausgesprochen hätte, müßte das doch erst noch durch eine kontradiktorische Verhandlung festgestellt werden. Also so kann man nicht urteilen, wie der Herr Abg. Kolb geurteilt hat. Der Herr Abg. Kolb ist da offenbar in die Redeweise verfallen, die sonst auf Parteitagen der Sozialdemokraten üblich ist (Lachen bei den Sozialdemokraten). Dort ist es ja allerdings Brauch, daß man sich mit Lügner, Verleumder, Wandhorcher, altes Weib, gemeiner Lügner, Zuträger, Judas, Stänkerer und derartigen Worten behandelt (Heiterkeit im Zentrum). Es hat mich überhaupt gewundert, daß gerade der Herr Abg. Kolb in der Richtung so stark aufgetragen hat, denn er hat ja am eigenen Leibe schon erfahren, wie leicht man der Unwahrheit geziehen wird. Ich erinnere mich, daß eines Tages in den Blättern, und zwar, wenn ich mich recht erinnere, auch in den sozialdemokratischen Blättern die Behauptung verbreitet worden ist, der Herr Abg. Kolb habe erklärt, er werde, wenn sich der Herr Abg. Geck wieder in den badischen Landtag wählen lasse, hier kein Mandat mehr annehmen. Diese Behauptung ist, soweit ich mich erinnere (ich lasse aber den Tatbestand berichtigen), von ihm in Abrede gestellt worden. Es sind aber dann Leute aufgetreten, die erklärt haben: Was der Herr Abg. Kolb jetzt sagt, ist unwahr, wir sind Zeugen dafür, daß er die Äußerung getan hat (Sehr gut! im Zentrum). Das ist aber nicht die einzige Affäre, die dem Herrn Abg. Kolb passiert ist. Ich möchte an den bekannten Hauskrieg erinnern, der zwischen dem Herrn Abg. Kolb und dem Herrn Abg. Geck in früheren Tagen schon sehr lebhaft gespielt hat, und möchte einmal das Zeugnis vorlesen, das der Herr Abg. Geck, der meines Wissens jetzt der älteste Führer der Sozialdemokraten im badischen Lande ist, dem Herrn Abg. Kolb ins Stammbuch geschrieben hat, im „Ortenauer Boten" vom Jahre 1908 Nr. 197. Dort beginnt der Herr Abg. Geck sich gegen die Kolb'schen Angriffe zu verteidigen, und dann sagt er: „Was Kolb vorbringt, sind entweder längst widerlegte, weil schon früher vorgetragene Liebenswürdigkeiten, von denen er dann selber zu sagen pflegt, daß ihm dummerweise der Gaul wieder einmal durchgegangen sei (Heiterkeit im Zentrum), oder es sind nicht substantiierte Behauptungen und Vermutungen, die sich bei ihm rasch zur Überzeugung verdichten, sobald er glaubt, mich damit diskreditieren zu können" (Hört, hört! im Zentrum). In der gleichen Darstellung schreibt der Herr Abg. Geck, daß durch ein Schiedgericht dem Herrn Abg. Kolb aufgegeben worden sei, in Zukunft seine persönliche Polemik mit weniger Schärfe zu führen, und daß der Herr Abg. Kolb die Zusage gemacht habe, daß er das in Zukunft halten werde. Dann aber fährt der Herr Abg. Geck fort: „Dieses Versprechen ist von ihm in feierlicher Weise vor den Führern der Partei gegeben, aber nicht gehalten worden" (Hört, hört! im Zentrum). Dann darf ich auch hinweisen darauf, daß in der eigenen Zeitung des Herrn Kolb, also jedenfalls von Leuten, die zu seiner Partei gehören und ihm persönlich nahestehen, eines Tages geschrieben worden ist, daß der Herr Abg. Kolb hier im Hause eine fulminante Rede gehalten habe, daß er die Nationalliberalen dabei vollständig niedergeschmettert und einen reichen Beifall geerntet habe (Abg. Kolb: Es ist gar nicht wahr, was Sie sagen, es ist objektiv unwahr!). Was ist unwahr? (Abg. Kolb: Was Sie eben behauptet haben!) Ist das nicht wahr? (Abg. Kolb: Nein, das ist nicht wahr, das ist nicht darin gestanden). Der Herr Abg. Geck — ich zitiere.. (Abg. Kolb: Ja, zitieren Sie, was Sie jetzt sagen!). Es kommt ja übrigens darauf gar nicht an, was geschrieben war, sondern nur darauf, daß von einer Rede Kolbs berichtet wurde, die gar nicht gehalten war. (Lachen und Zurufe links). Ich will Ihnen aber doch das vorlesen, was der Herr Abg. Geck sagt. Ich werde mich doch wohl auf den Herrn Geck in dieser Beziehung verlassen können, oder wollen Sie dem auch wieder Lügen vorwerfen? (Abg. Kolb: Lesen Sie einmal vor, ich werden Ihnen dann sagen, wie es war!) „Indessen geht ihm wieder — sagt Geck — der Gaul durch und führt ihn zu den für den „Volksfreund" selbst verhängnisvollsten Dingen.. Denken Sie nur an die vor kurzem erfolgte Kolbsche Berichterstattung im „Volksfreund" über eine nicht stattgefundene Kammersitzung, worin in der badischen Lehrerfrage Kolb mit seiner nichtgehaltenen überzeugungsvollen Rede seine politischen Gegner, insbesondere die nationalliberalen Lehrerfreunde, auf den Boden niederstreckte und unmöglich machte" (Hört, hört! im Zentrum). Ich habe den Bericht nicht aufgeschlagen, ich muß aber annehmen, daß der Inhalt so ist, wie Geck hier sagt (Abg. Dr. Heimburger: Ich habe ihn aber gelesen, das stand aber nicht darin! Heiterkeit links; Abg. Knebel: Der Herr Geck sagt es doch!). Jedenfalls ist zweifellos, daß zu der Zeit, wo der Artikel geschrieben wurde, es eine Unwahrheit war, daß die Rede gehalten worden. Der Verfasser hat gehofft, daß sie gehalten werde, er war aber zu voreilig, und was er da mitgeteilt, war eine Unwahrheit.

Dann will ich noch sagen: In ein System, in eine theoretische Lehre ist jedenfalls auf unserer Seite das Lügen noch nicht gebracht worden. Sie haben aber Parteischriftsteller, die die Lüge, die den Meineid unter Umständen für eine berechtigte Sache erklärt haben (Abg. Kolb: Unerhört!). Ich erinnere mich an einen Prozeß gegen einen (wenn ich mich recht entsinne) Redakteur namens Leutz. Der hatte (in einer Beleidigungssache, war es, glaube ich) auf seinen Eid hin ausgesagt, daß er mit einer Dame nicht in intimen Beziehungen gestanden habe (Abg. Hummel: Das war ein Konservativer! Abg. Dr. Heimburger: Es war ein antisemitischer Reichstagsabgeordneter!). Lassen Sie mich nur reden, Sie werden die Pointe schon finden. Hinterher hat sich aber herausgestellt, daß das doch so war, und der Mann ist wegen Meineids verurteilt worden. Ich erinnere mich nun, daß darüber in den sozialdemokratischen Zeitungen lange Ausführungen gemacht worden sind, worin dieser Herr Leutz als vollständig gerechtfertigt dargestellt worden ist, indem man sich auf den Standpunkt stellte, daß, wenn man vor der Wahl stehe, ob man eine Frauensperson etwa mit seiner Aussage in Verlegenheit bringen oder ob man einen Meineid leiste, es dann gewissermaßen Ritterpflicht sei, den Meineid zu leisten. Das haben die Herren damals ausgeführt.

Nach all diesen Dingen war jedenfalls der Herr Abg. Kolb nicht gerade der berufene Mann, der in Fragen der Unwahrheiten hier so sehr urgierte, wie er es tatsächlich getan hat, und ich bin der Meinung, man braucht dem Urteil, welches der Herr Abg. Kolb inbezug auf die Organe der christlichen Gewerkschaften abgeleitet hat, hiernach kein allzu großes Gewicht beizulegen (Beifall im Zentrum).

Abg. **Willi** (Soz.): Der Herr Abg. Zehnter hat sehr, sehr weit ausholen müssen, um für seinen Schützling Engel noch eine einigermaßen annehmbare Entschuldigung zu finden. Er will auch heute noch nicht daran glauben, daß Engel bewußt die Unwahrheit gesagt hat, und will ihn nach der Richtung hin wenigstens in Schutz nehmen, wenn er auch im Gegensatz zu den Zentrumsrednern vom vergangenen Freitag zugeben muß, daß die Vorwürfe, die dem Herrn Fabrikinspektor im Fall Engel gemacht worden sind, wenigstens in soweit nicht berechtigt waren, als Engel oben in Rheinfelden tatsächlich Dinge gemacht hat, die einfach nicht zu verantworten sind. Über den Sonntag ist man sich also doch darüber klar geworden, daß das Verhalten Engels in Rheinfelden ein durchaus unverantwortliches war. Zu dieser Überzeugung hätte man aber auch auf Ihrer Seite zu einem viel früheren Zeitpunkt gelangen können. Unberechtigt ist aber auch der Vorwurf, den der Herr Abg. Dr. Zehnter gegenüber dem Herrn Fabrikinspektor auch heute wieder erhebt, insofern als er sagt, man hätte den Herren Stegerwald und Wieber das ganze Material früher vorlegen können und alles derart unterbreiten sollen, wie es seitens des Herrn Fabrikinspektors jetzt geschehen ist, dann würden sie schon zu der Überzeugung gekommen sein, daß Engel unhaltbar ist. Wir haben ja aus dem Munde des Herrn Fabrikinspektors gehört, daß er den Leuten dazu Gelegenheit geben wollte, die Herren sind aber an Karlsruhe vorbei gefahren, sie haben im Oberlande ihre sog. Untersuchungen angestellt, und erst, nachdem der Fabrikinspektor sah, daß diese Leute Einsicht in das Material nicht nehmen wollten, daß sie ohne vorherige Einsichtnahme in das Material sich eine Untersuchung gestattet haben, hat der Fabrikinspektor, und zwar meines Erachtens ganz mit Recht, sich auf den Standpunkt gestellt, daß er mit den Leuten nichts mehr zu tun habe.

Nun muß man aber, wenn man den ganzen Fall beurteilen will, auch die Anfänge jener Bewegung verfolgen. Die Arbeiter der Natriumwerke waren mit ihren Löhnen unzufrieden, riefen den freien Fabrikarbeiterverband, in dem sie teilweise organisiert waren, um Hilfe, und in einer Versammlung der Arbeiter der Natriumwerke hat dann der Herr Engel erklärt: „Hier in Rheinfelden muß einmal etwas ganz außergewöhnliches passieren (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten), damit es anders wird!" Man muß sich diesen Ausspruch des Herrn Engel merken, um das Nachfolgende verstehen zu können. Die Wünsche und Forderungen der Arbeiter der Natriumwerke sind dann zum Teil bewilligt worden, es waren verhältnismäßig geringe Verbesserungen erreicht worden, es war aber immerhin ein Erfolg zu verzeichnen. Nun hat Herr Engel sich gesagt: Wenn der freie Fabrikarbeiterverband in Rheinfelden solche Erfolge erzielt, dann wird er uns das Wasser abgraben, jetzt müssen wir auch etwas tun. Dieses Streben des Herrn Engel als Gewerkschaftsführer mag an sich berechtigt gewesen sein; ich gebe auch gerne zu, daß die Löhne der Arbeiter, wie sie in den Aluminiumwerken bezahlt wurden, so niedrig waren, daß die Unzufriedenheit der Arbeiter sehr wohl begreiflich war. Ein Gewerkschaftsführer muß aber, wenn er die Arbeiter in eine Lohnbewegung führt, vor allem doch auch fragen, ob innerhalb der interessierten Arbeiterschaft die Voraussetzungen dafür gegeben sind, daß man eine solche Lohnbewegung auch mit Erfolg durchführen kann. An diesen Voraussetzungen hat es durchweg gefehlt. Zunächst waren die Leute, die in den Kampf kamen, zum Teil erst seit wenigen Tagen organisiert, sie hatten zum Teil im September ihre Mitgliederbücher noch nicht in der Hand. Wer einigermaßen über das ABC im Gewerkschaftsleben hinaus ist, muß aber wissen, daß man mit solchen Leuten in einen Streik nicht eintreten kann. Für Engel war jedoch die Überlegung maßgebend: Der freie Fabrikarbeiterverband hat in Rheinfelden Boden gewonnen, wir müssen daher, mag es kosten, was es will, für die christliche Gewerkschaft Erfolge erzielen. Engel hat ferner möglichst große Unterstützungen versprochen, die aber später wenigstens teilweise nicht ausbezahlt wurden. Auch darin hat er einen Fehler gemacht. Es ist an Gerichtsstelle ausgesprochen worden, daß die Leute nicht in einen Streik eingetreten wären, wenn nicht so hohe Streikunterstützungen versprochen worden wären. Derart darf ein gewissenhafter Gewerkschaftsführer nicht operieren (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten). Ein Gewerkschaftsführer hat vor allen Dingen in ernsthafter Weise zu erwägen, ob etwas erreicht werden kann. Er muß doch auch an die Weiber und Kinder dieser Arbeiter denken, die, wie es in Rheinfelden beinahe geschehen ist, obdachlos und brotlos dagestanden wären, ohne daß die Organisation ihnen auf die Dauer einen Rückhalt hätte gewähren können. Es ist nicht so leicht, in einer solchen Bewegung den Führer zu spielen, man hat auch ein Verantwortung zu tragen. Derjenige, der die Arbeiter veranlaßt, in eine solche Bewegung einzutreten, übernimmt ein sehr hohes Maß von Verantwortung. Hieran scheint es aber bei Engel vor allem gefehlt zu haben, am Verantwortungsgefühl. Das ist ein Vorwurf, den er auf sich nehmen muß, den niemand entkräften kann.

Nun hätten wir Sozialdemokraten ganz gewiß keine Veranlassung gehabt, uns weiter in die Angelegenheit einzumischen, wenn nicht in der christlichen Gewerkschaftspresse gegenüber der sozialdemokratischen Partei und gegenüber den freien Gewerkschaften Vorwürfe erhoben worden wären, die in keiner Weise auch nur einen Schein von Berechtigung haben. Als die Krawalle vorüber waren, hatte man die Stirn, in der christlichen Gewerkschaftspresse zu schreiben: „Wahrscheinlich sind es Sozialdemokraten, die den Krawall verursacht haben, weil sie bei der Bewegung zu kurz gekommen sind." Man hat also noch versucht, die Schuld an den Krawallen den Sozialdemokraten in die Schuhe zu schieben. Da war es nicht nur ein Gebot der Ehre sondern auch der Selbsterhaltung, diesen Ausstreuungen der sog. christlichen Gewerkschaftspresse entgegenzutreten, diesen Schwindel über die Ursache des Streiks und der Unruhen aus der Welt zu schaffen. Das war für uns eine Pflicht. Wir haben uns selbstverständlich nach besten Kräften gewehrt. Wir haben auch feststellen können, daß Herr Engel gerade von einem frei organisierten Arbeiter vor den Krawallen gewarnt worden ist. Der Arbeiter Vierling, der Vertrauensmann des Verbandes der Fabrikarbeiter, hat in der Sitzung, bevor der Krawall stattfand, Engel darauf aufmerksam gemacht, in welcher Stimmung sich die Leute befänden, und hat ihn gebeten, bei den Leuten zu bleiben und sie zu veranlassen, von ihrem unsinnigen Vorhaben abzustehen. Engel ist aber nicht in der Versammlung geblieben und hat die Leute auch nicht abgehalten, sondern ist weggelaufen und hat die Leute sich selbst überlassen! Dann kam der Krawall und der Sturm auf die Fabrik.

Niemand wird uns heute glauben machen wollen, daß die unrichtigen Angaben in gutem Glauben gemacht

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

worden sind. Das Gegenteil wurde vor Gericht eidlich festgestellt. So war u. a. behauptet worden, der Sturm auf die Fabrik sei erst erfolgt, nachdem die Schüsse gefallen waren. Vor Gericht ist aber das Gegenteil festgestellt worden. Trotzdem versucht man heute noch, die falsche Behauptung zu wiederholen. Wie man dazu kommen kann, das zu tun und Engel noch guten Glauben beizumessen, das möchte ich denen überlassen, die solche Versuche unternehmen. Man hat auch sonst noch mit Unwahrheiten gearbeitet. So war z. B. auch ein Vorkommnis zwischen dem Meister Fischer und dem Arbeiter Flad in vollständig unrichtiger Weise dargestellt worden. Auf Grund der Gerichtsverhandlungen wurde das im Waldshuter Zentrumsblatt seinerzeit zugegeben, nichtsdestoweniger kommt man immer wieder mit derartigen Unwahrheiten. Unwahr ist auch die Behauptung, daß Engel mit offenem Messer von Sozialdemokraten bedroht worden sei. Es wurden ihm allerdings Vorhaltungen gemacht wegen seiner Angriffe, die er den freien Gewerkschaften gegenüber erhoben hatte, es ist aber niemand eingefallen, ihn zu bedrohen. Das sind auch wieder Unwahrheiten, und daran ist nichts zu ändern und zu entschuldigen. Engel hat auch behauptet, ein Vorstandsmitglied des freien Fabrikarbeiterverbandes hätte gesagt, wenn der Streik jetzt nicht zu Ende gehe, dann stelle der Verband der Aluminiumfabrik Arbeiter. Auch diese Behauptung, die mit einer Spitze gegen die freien Gewerkschaften aufgestellt worden ist, ist durchaus unwahr, ebenso verlogen wie die verschiedenen anderen Behauptungen, die Engel in die Welt gesetzt hat. Ferner ist von ihm behauptet worden, daß jemand gesagt habe, heute Abend muß noch Blut fließen. Richtig ist, daß ein christlicher Arbeiter gesagt hat, soweit mußte es kommen, daß noch Blut floß. Der Arbeiter hat also lediglich dem Rheinfelder Pfarrer gegenüber sein Bedauern ausgesprochen, aber es ist niemandem eingefallen, zu sagen: Heute abend muß noch Blut fließen. Wenn Blut geflossen ist, so trägt gerade Herr Engel ein gerüttelt Maß von Schuld hieran. Dann ist auch eine Reihe von Lügen über den Maler Goll aus Lörrach verbreitet worden. Man kann aber über alle diese Lügereien hinweggehen, sie werden uns nichts schaden, sie werden auf diejenigen zurückfallen, die sie in die Welt gesetzt haben.

Wenn der Herr Abg. Dr. Zehnter heute gemeint hat, durch die Art und Weise, wie die Sache hier im Landtag behandelt worden ist und wie der Herr Fabrikinspektor die Sache behandelt habe, sei der Sozialdemokratie eine große Freude bereitet worden, so muß ich demgegenüber hier feststellen, daß uns Sozialdemokraten mit dieser Sache absolut keine Freude bereitet worden ist. Wir müssen im Gegenteil außerordentlich bedauern, daß diese Geschichte vorgekommen ist, und wir müssen das bedauern nicht nur der christlichen Gewerkschaften wegen, sondern der Gewerkschaften überhaupt. Denn man wird in Unternehmerkreisen sehr leicht geneigt sein, das, was seitens der christlichen Gewerkschaftsführer in diesem Fall getan worden ist, auch anderen zuzutrauen, und zwar zu Unrecht zuzutrauen. Diese Taktik, die hier befolgt worden ist, weisen aber die freien Gewerkschaften weit von sich zurück, eine solche Taktik ist bei den freien Gewerkschaften nicht gang und gebe. Wenn freie Gewerkschaftsführer in unseren Reihen derartige Dinge gemacht hätten, so würden wir keinen Augenblick gezögert haben, zu erklären: Wenn fortgesetzt Fehler gemacht werden, werden wir mit allen zu Gebote stehenden Mitteln dafür sorgen, daß der Mann derartige Dinge in der Zukunft nicht mehr machen kann (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten). Das haben aber die Herren von jener Seite (zum Zentrum) nicht getan, und das ist außerordentlich bedauerlich. Würden die Herren, nachdem doch durch die Darlegungen des Herrn Fabrikinspektors alles klipp und klar festgestellt worden ist, hier erklärt haben: Wir sehen ein, daß nicht nur Dummheiten gemacht worden sind, sondern daß Engel und auch verschiedene andere Unwahrheiten in der Öffentlichkeit über jene Vorgänge berichtet haben, und wir bedauern das, so würde das eine Erklärung gewesen sein, die den christlichen Gewerkschaften und den Herren vom Zentrum nur zur Ehre hätte gereichen können. Das hat man aber leider nicht getan, mit allen möglichen Sophismen suchte man die Taten Engels zu erklären, und das ist außerordentlich zu bedauern. Man suchte stundenlang, um weither geholte Entschuldigungen hier vorzubringen. Aber auch durch alle diese Entschuldigungen wird der Mohr-Engel nicht weiß gewaschen werden können.

Zur Charakteristik dieses Herrn möge nur eines dienen: Währenddem diese ganze Handlungsweise des Herrn Engel hier im Hause zur Sprache gebracht worden ist, hat Herr Engel auf der Galerie zugehört, hat, wie mir mitgeteilt worden ist, über die Ausführungen des Herrn Fabrikinspektors noch höhnisch gelacht (Hört, hört!) und ist lächelnden Mundes von hier weggegangen. Ein Mann, der so etwas fertig bringt und dabei noch in Schutz genommen wird, muß sehr mächtige Beschützer haben, wenn er trotz aller dieser Vorkommnisse auch heute noch in der christlichen Gewerkschaftsbewegung möglich ist. Dieser selbe Mann sollte — ich weiß zwar nicht, ob es auch wirklich zur Tat geworden ist — in einer auf den gestrigen Sonntag in Oggersheim anberaumten Versammlung über den Rheinfelder Streik und über die „Schurkereien der Sozialdemokraten" sprechen! Ich weiß, wie gesagt, nicht, ob diese Versammlung stattgefunden hat, daß man aber in diesen Tagen eine solche Versammlung mit diesem Thema anberaumen konnte, und daß man Engel dazu als Referenten bestellen konnte, das spricht ganze Bände für die Leitung der christlichen Gewerkschaftsbewegung (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten) und die Beschützer dieser Bewegung. Ich sage noch einmal: Ich bedaure, daß man nicht den Mut der Ehrlichkeit da drüben gefunden hat, den Herrn Engel kurzer Hand von sich abzuschütteln, wie er es verdient hätte, denn dieser Herr wird Ihnen auch in der Zukunft ganz gewiß keinen Vorteil bringen.

Wenn in der Agitation draußen diese Affäre gegen die christlichen Gewerkschaften verwertet wird, so brauchen Sie sich wahrhaftig darüber nicht zu wundern, man hat ja auch gegenüber den freien Gewerkschaften nicht zurückgehalten. Was hat man den freien Gewerkschaften nicht alles unterstellt, wie hat man uns gerade gelegentlich des Rheinfelder Streiks als Verräter an der Sache der Arbeiter hingestellt, obwohl die streikenden Arbeiter von sozialdemokratischer Seite sowohl in materieller wie in moralischer Beziehung unterstützt worden sind (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), und obwohl gerade die Sozialdemokraten erwiesenermaßen es waren, die versucht haben, die Arbeiter von ihrem unsinnigen Vorhaben zurückzuhalten, das Unheil von diesen verblendeten Arbeitern abzuwenden! Trotzdem aber spricht man in bezug auf die freiorganisierten Arbeiter von „Verrätern" und von „Schurken", die dort der christlichen Gewerkschaftsbewegung „in den Rücken gefallen wären"! Wenn man von „in den Rücken fallen" reden wollte, so könnte man

sehr viele Beispiele anführen, wo die christlichen Gewerkschaften den in Kampfe stehenden Arbeitern in den Rücken gefallen sind, wo also sie Verrat an den Interessen der Arbeiterschaft geübt haben. Ich will aber nicht soweit zurückgreifen und auf diese Dinge nicht weiter eingehen.

Man hat am vorigen Freitag versucht, die Behauptung aufzustellen, daß gegenüber der Großh. Fabrikinspektion der Vorwurf der Parteilichkeit hier nicht erhoben worden wäre. Ich möchte dem Herrn Abg. Knebel in dieser Beziehung den Wortlaut dessen vor Augen führen, was der Herr Abg. Reinhardt hier in diesem Hause gesagt hat. Er sagte wörtlich: „Die Fabrikinspektion sollte allen Beteiligten ohne Ausnahme und gleichmäßig ihr Ohr und ihre Hilfe leisten, und zwar sollte sie das tun ohne Rücksicht auf die Parteistellung derselben und ohne Rücksicht auf die prinzipiellen Meinungsverschiedenheiten der Organisationen, mögen diese nun hinsichtlich der Zahl ihrer Vertreter zu den starken oder zu den schwächeren gehören. Das hohe Lob, das in dieser Hinsicht dem früheren Fabrikinspektor Wörishoffer gezollt werden konnte, scheint mir auf den gegenwärtigen Träger dieses Amtes nicht übertragbar zu sein. Schon im letzten Landtag war man genötigt, über die Bevorzugung einer Richtung zu klagen; und die Vorgänge, die sich an den Ausgang des Streiks in den Aluminiumwerken in Rheinfelden anknüpften, nötigen mich auch diesmal zur Klage über Nichtachtung einer Richtung, der christlichen Gewerkschaften". Wenn in diesen Worten nicht der Vorwurf der Parteilichkeit liegt, dann weiß ich wahrhaftig nicht mehr, wie Parteilichkeit anders hätte betont werden können. Nun will ich Ihnen aber noch einiges weitere vorführen, um zu zeigen, wie gegen die Fabrikinspektion in der christlichen Gewerkschaftspresse gehetzt worden ist. In dem „Christlichen Holzarbeiter" vom 25. Februar heißt es in dem Leitartikel „Großherzoglich Badisch" unter anderem: „Es ist interessant, den Gang der Dinge in Bad.-Rheinfelden und die sich daraus ergebenden Differenzen zwischen Fabrikinspektion und christlichen Gewerkschaften zu verfolgen. Zwei in den letzten Tagen erschienene Broschüren bieten Gelegenheit dazu. Was von der Großh. Badischen Fabrikinspektion aus Anlaß der Vorgänge in Badisch-Rheinfelden nur geschehen konnte, um die christlichen Gewerkschaften zu demütigen, wurde versucht. Fabrikinspektion und Staatsanwaltschaft (diese beim Prozeß wegen der Streikkrawalle) sind nach bestem Können tätig gewesen, die christliche Gewerkschaftsbewegung in Mißkredit zu bringen, zugunsten der sozialdemokratischen Bewegung. Die Liebe zu den sozialdemokratischen Verbänden scheint in Baden überaus stark zu sein. Nicht genug, daß Herr Dr. Bittmann mit seiner Erklärung den „Genossen" Wasser auf die Mühle liefert, er spielt auch in Sachen, die die Sozialdemokratie gar nichts angehen, den Berichterstatter der roten Presse. Die christlichen Gewerkschaftsführer bekommen statt einer aktenmäßigen Darstellung Briefe mit vielsagenden Redensarten, „Genosse" Vorhölzer aber bekommt Einsicht in die Akten. Ehrlichen Führern der christlichen Arbeiter wird „die Türe vor der Nase zugemacht". Christliche Arbeiter, die gehört haben, wie Landeskommissär Straub die Zugeständnisse der Firma überbrachte, und die erklären, daß diese mit den von Engel den streikenden Arbeitern vorgetragenen Ausführungen in Einklang ständen, werden von Dr. Bittmann des „falschen Zeugnisses" und des „glatten Meineids" bezichtigt, falls sie ihre Aussagen beschwörten." Ich frage jeden objektiv Denkenden: Liegt in diesen Sätzen nicht der Vorwurf der Parteilichkeit sowohl gegenüber der Fabrikinspektion als der Staatsanwaltschaft, der Vorwurf der Parteilichkeit in der denkbar schlimmsten Form? Es kommt aber noch besser, es heißt dann u. a. weiter: „Herr Gewerberat Dr. Bittmann hat sich mit seinem Vorgehen im „Falle Engel" selbst gerichtet. Einzig und allein die Sozialdemokratie wird ihm treue Gefolgschaft auf solchen Wegen leisten. Vor der objektiv denkenden Öffentlichkeit hat die christliche Gewerkschaftsbewegung aus Anlaß dieser Vorgänge nichts zu fürchten. Mag die Großh. Badische Regierungs- und Fabrikinspektions-Gnadensonne, die der christlichen Gewerkschaftsbewegung noch nie geschienen hat, das Antlitz der sozialdemokratischen Bewegung nur ruhig weiter erhellen; der christlichen Gewerkschaftsbewegung macht das nichts. Die Großh. Badische Sozialdemokratie mag sich der Büreaukratie nur entmannen und entehren, um der Gnadensonne weiter würdig zu sein. Den aktenmäßigen Nachweis, daß die christlichen Gewerkschaftsbeamten Engel und Thelen „in bewußter Weise die Unwahrheit gesagt haben", hat Herr Dr. Bittmann noch nicht erbracht. Die aufdringlichen Demütigungsversuche verdienten deshalb nichts anderes als die geschehene Zurückweisung. In der christlichen Gewerkschaftsbewegung sind eben Recht und Gerechtigkeit als die Grundsätze allen Wirkens anerkannt!" (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten). Wir sehnen uns nicht nach irgend einer Gnadensonne! Die freien Gewerkschaften haben sich in einer Reihe von Jahren aus eigener Kraft entfaltet, trotz der vielen Hindernisse, die ihnen gerade auch von jener Seite (zum Zentrum) in den Weg gelegt worden sind (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten). Die Tätigkeit der freien Gewerkschaften hat in den weitesten Kreisen der Arbeiterschaft Anerkennung gefunden, trotzdem man von jener Seite alles versucht hat, um die Arbeiterschaft zu spalten, anstatt dafür zu sorgen, daß die Arbeiterschaft einig wird, anstatt dafür zu sorgen, daß die Arbeiterschaft in wirtschaftlichen Fragen unter einen Hut gebracht wird. Trotzdem aber können wir in den freien Gewerkschaften auf eine Reihe schöner Erfolge hinweisen, ohne daß wir uns dessen rühmen, was geschehen ist. Was hier geschehen ist, das ist geschehen dank des Umstandes, daß immer größere Arbeitermassen einsehen, daß sie sich zusammenschließen, daß sie sich organisieren müssen, um auf wirtschaftlichem Gebiete eine Besserung ihrer Verhältnisse zu erringen. Drüben im Zentrumslager, drüben bei den christlichen Gewerkschaften ist man bei jeder Gelegenheit dazu bereit, den freien Gewerkschaften den Vorwurf zu machen, daß sie die christlichen Gewerkschaften nur verleumden wollten, daß sie den christlichen Gewerkschaften auf alle mögliche Art und Weise Abtrag tun wollten. Uns könnte es aber nur recht sein, wenn die christliche Gewerkschaftsbewegung recht stark wird; uns könnte es nur recht sein, wenn sie im wirtschaftlichen Kampf Hand in Hand mit uns zusammenarbeiten würde. Bis jetzt hat man jedoch in den allermeisten Fällen das Gegenteil davon gesehen. In einer ganzen Reihe von Fällen waren es christliche Gewerkschaftler, die den Arbeitern in den Rücken fielen, wo sie im Kampfe standen. Ich erinnere an den Kampf in Freiburg, ich erinnere an die verschiedenen Kämpfe, die sich hier in Karlsruhe abgespielt haben, wo wir immer die sonderbare Erscheinung verzeichnen konnten, daß Arbeiter, die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften waren, Verrat an den Interessen der Gesamtheit geübt haben.

Bei Betrachtung dieser Rheinfelder Affäre, bei den Ver-

suchen, die in diesen Tagen gemacht worden sind, um Herrn Engel rein zu waschen, wurde für die von der anderen Seite aufgestellten Behauptungen die in einem christlichen Verlag in Cöln erschienene Broschüre als Grundlage genommen. Da möchte ich hier doch eines zur Bewertung dieser Broschüre sagen: In dieser Broschüre fehlen vor allen Dingen ein Brief des Landeskommissärs Straub, dann fehlt eine Erklärung des Fabrikinspektors Dr. Bittmann und eine Erklärung des Herrn Bürgermeister Senger. Warum man gerade diese Erklärungen in der Broschüre nicht veröffentlicht hat, das ist doch wirklich recht eigentümlich und läßt wohl den Schluß zu, daß man den Wert dieser Broschüre nicht allzu hoch einschätzen darf. Die Herren, die bei ihrer Beurteilung der Rheinfelder Affäre diese Broschüre zur Grundlage genommen haben, stehen auf einem Boden, auf dem sie aber nicht feststehen können, weil hier so verschiedenes fehlt, was für die Beurteilung des Ganzen notwendig wäre.

Nun wird gesagt, wenn den Herren Wieber, Stegerwald usw. das Material unterbreitet worden wäre, so wie es jetzt seitens des Herrn Fabrikinspektors in diesem Hohen Hause geschehen ist, dann würden jene Herren eine andere Auffassung bekommen haben. Ja, warum haben denn diese Herren das Material nicht eingesehen? Es wurde Ihnen ja zur Verfügung gestellt. Wir haben ja vom Herrn Fabrikinspektor gehört, daß er bereit war, den Herren das Material zu geben. Aber sie haben eben, ohne dieses Material erst anzusehen, sich ihr Urteil ohne dieses Material gebildet (Abg. Dr. Zehnter: Sie haben ja am 13. November viermal darum nachgesucht, empfangen zu werden!). Da war — das haben wir vom Herrn Fabrikinspektor gehört — die „Untersuchung" bereits vorbei, da war in der öffentlichen Presse bereits eine Hetze gegen die Fabrikinspektion inszeniert, da war bereits erklärt, daß die Untersuchungen ergeben hätten, daß Engel und nicht die Fabrikinspektion Recht habe. Wenn da die Fabrikinspektion sich nicht mehr dazu hergab, die Leute zu empfangen, so nimmt mich das wahrhaftig nicht Wunder.

Seitens des Herrn Abg. Knebel ist am verflossenen Freitag so manches gesagt worden, was ich unter Umständen unterschreiben könnte, so, wenn er z. B. sagte, es müsse vor allen Dingen mit der Besserung der Menschen selber angefangen werden. Wenn aber der Herr Abg. Knebel dann weiter gemeint hat, durch die Tätigkeit unserer Gewerkschaften würde gewissermaßen nur der Geldhunger, nur das Streben nach materiellen Gütern gefördert, so ersehe ich aus diesen Ausführungen des Herrn Abg. Knebel, daß er sich mit der Tätigkeit der freien Gewerkschaften noch herzlich wenig befaßt hat (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten). Denn sonst müßte er wissen, daß sich die Tätigkeit unserer Gewerkschaften nicht allein auf materiellem Gebiete bewegt, sondern daß unsere Gewerkschaften auch bestrebt sind, das geistige Niveau der Arbeiterschaft zu heben. Der Herr Abg. Knebel möge einmal einen Blick werfen in unsere reiche Gewerkschaftsliteratur, er möge einmal einen Blick werfen in unsere Bibliotheken, er möge einmal hineinkommen in die Versammlungen und hören, welche Vorträge dort gehalten werden, wie dafür gesorgt wird, daß Aufklärung auf allen Gebieten des menschlichen Lebens dort geboten wird; dann wird er wohl finden, daß man sich nicht allein darauf beschränkt, die materielle Lage des Arbeiters zu heben. Soweit es aber auf die für die Gewerkschaftsbewegung ebenfalls außerordentlich wichtige Aufgabe der Besserung der materiellen Lage der Arbeiter ankommt, so sind die christlichen Gewerkschaften hierin von den freien Gewerkschaften nicht verschieden, auch sie haben mit Recht und vor allen Dingen darnach gestrebt, bessere Löhne, kürzere Arbeitszeit usw. zu bekommen. Da komme man nicht und sage, wie der Herr Abg. Knebel es getan hat: Der Klassenkampf ist zu verwerfen, der Klassenkampf ist antisozial. Auf Ihrer Seite kann man übrigens auch anders. So hat seinerzeit einmal ein Herr von Ihrer Seite folgendes gesagt: „Das unkluge Verhalten vieler Arbeitgeber züchtet geradezu den Klassenkampf." Das war der Herr Kaplan Sassen in einer Versammlung der christlichen Arbeiter zu Aachen am 21. November 1906, und der Herr hat mit dem Ausspruch durchaus nicht Unrecht gehabt. Aber Unrecht ist es, wenn man in der Theorie den Klassenkampf fortwährend leugnet, sich damit bei dem Unternehmertum angenehm macht und die freien Gewerkschaften diskreditiert, indem man sagt: „Diese freien Gewerkschaften predigen den Klassenkampf; wir aber, die christlichen Gewerkschaften, verwerfen den Klassenkampf. Wir sind also bessere Menschen. Also, Ihr Unternehmer, nehmt uns in Gnaden auf, von uns habt Ihr keinen Klassenkampf zu fürchten." Auch die christlichen Gewerkschaften sind manchmal schon gegen ihren Willen in den Klassenkampf hineingekommen. Die Arbeiterschaft hat es ganz nicht in der Hand, ob sie den Klassenkampf will oder nicht will. Wir stehen jetzt wieder in Deutschland vor einem großen schweren und ernsten Kampfe, den nicht die Arbeiterschaft herbeisehnt, der ihr aber aufgedrängt wird vom Unternehmertum im Baugewerbe, das die Zeit gekommen glaubt, nun einmal die Arbeiterschaft recht gründlich demütigen zu können. Die gleiche Bewegung sehen wir im Holzgewerbe. In diesen beiden bedeutsamen, wichtigen Zweigen unseres industriellen gewerblichen Lebens sehen wir diese Vorstöße des Unternehmertums gegen die Arbeiterschaft, die Vorstöße, die darauf berechnet sind, die wirtschaftliche Lage der Arbeiter nach Möglichkeit zu verschlechtern. Wenn man dem gegenüber hält, daß die teilweise ganz exorbitante Verteuerung der notwendigen Lebensmittel mit Naturnotwendigkeit zu einer Erhöhung der Einnahmen des Arbeiters zwingt, dann kann man doch wahrhaftig nicht von einem Geldhunger der Proletarier reden, dann ist der Geldhunger doch wohl auf der anderen Seite zu suchen. Hier wird der Klassenkampf heraufbeschworen nicht durch die Tätigkeit der Arbeiter und ihrer Organisationen sondern durch die Tätigkeit der Unternehmerorganisationen, durch die Tätigkeit derer, die manchmal allerdings vom Geldhunger besessen sind und glauben, daß man gerade die gegenwärtige Zeit des wirtschaftlichen Niederganges ausnützen solle und ausnützen müsse, um der organisierten Arbeiterschaft nach Möglichkeit Schaden zuzufügen.

Wenn der Herr Abg. Knebel am verflossenen Freitag davon gesprochen hat, daß man mit der Besserung bei den Menschen selbst beginnen solle, wenn er bezweifelt hat, daß durch die Tätigkeit unserer Organisation bei den Arbeitern die richtige Freude zur Arbeit erweckt werde, so möchte ich doch auch daran erinnern, daß gerade durch die Tätigkeit unserer Organisationen in sehr deutlicher Weise auf verschiedenen Gebieten zum Ausdruck gekommen ist, daß die Freude an der Arbeit sich in den Kreisen der Arbeiter gehoben hat. Ich erinnere z. B. nur daran, daß das Blaumachen, das früher in den verschiedenen Gewerben gang und gäbe war, gerade unter der Einwirkung der gewerkschaftlichen Organisation nahezu vollständig beseitigt ist. Ich könnte Ihnen ferner

eine Reihe von Industriestädten nennen, in denen in früheren Jahren Vergehen gegen das Leben, Körperverletzung usw., nachgerade an der Tagesordnung waren, wo Messerstechereien beinahe jeden Tag vorkamen, während wir heute aus jenen Industriestädten wenig mehr von derartigen Vorkommnissen hören. Die Arbeiterschaft wurde durch die Erziehung in den gewerkschaftlichen Organisationen auf ein höheres Niveau gebracht, und man kann wohl nicht sagen, daß die Gewerkschaften ihre Aufgabe hier nicht erfüllt hätten. Ich muß die Behauptung, als ob nur der gläubige Arbeiter, als ob nur der christliche Arbeiter ein tüchtiger und braver Mensch sei, mit aller Entschiedenheit zurückweisen (Zustimmung bei den Sozialdemokraten). Es ist nicht notwendig, daß man ein gläubiger Katholik oder ein gläubiger Protestant ist, man kann trotzdem ein ehrlicher, anständiger, fleißiger und tüchtiger Arbeiter sein. Wenn man das Gegenteil behauptet, so behauptet man eben etwas, was mit den Tatsachen nicht übereinstimmt (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten).

Die Rede, die der Herr Abg. Knebel am verflossenen Freitag gehalten hat, sollte wohl eine Verteidigung der christlichen Gewerkschaften sein. Wenn man sie aber nach ihrem ganzen Inhalte faßt, so ist sie eine Verurteilung der Gewerkschaften überhaupt (Sehr richtig!), denn sie sagt, wenn man sie in wenigen Sätzen zusammendrängen will, eigentlich nichts anderes als: Der Klassenkampf ist zu verurteilen, der Arbeiter hat sich mit dem abzufinden, was ihm gutwillig geboten wird, er hat in Demut das anzunehmen, was man ihm gibt, und sich damit zu bescheiden, er hat kein Recht, um eine Besserung seiner wirtschaftlichen Verhältnisse zu kämpfen. Mit dieser Rede dürfte der Herr Abg. Knebel seinen Freunden in der christlichen Gewerkschaftsbewegung einen sehr schlechten Dienst erwiesen haben (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten). Auch in den christlichen Gewerkschaften sieht man eben mehr und mehr ein, daß der Klassenkampf besteht, daß man um ihn nicht herumkommen kann. In der gegenwärtigen Zeit ist es doch ein Unding, wenn man den Kopf in den Sand steckt und sich den Tatsachen gegenüber verschließt. Das sollte man füglich unterlassen, denn damit kommt man wahrhaftig nicht weit, und ich habe ja vorhin schon an dem Ausspruche des katholischen Herrn Kaplans gezeigt, daß man auch in jenen Kreisen den Klassenkampf unter Umständen als berechtigt anerkennt. Die Geschichte der christlichen Gewerkschaftsbewegung beweist uns immer mehr und mehr, daß auch sie die Berechtigung des Klassenkampfes anerkennen müssen. Er wird auch ihnen manchmal aufgedrängt, ohne daß sie ihn selber wollen. Also um diese Dinge kommt man nicht herum. Dann soll man aber auch nicht uns entgegentreten mit der Behauptung, der Klassenkampf sei antisozial und die freien Gewerkschaften seien deshalb zu verwerfen, weil sie den Klassenkampf befürworten. Mit derartigen Dingen ist heutzutage nichts mehr auszurichten, damit wird man keine großen Geschäfte für die christlichen Gewerkschaften machen.

Auch über die Ergebnisse der Gerichtsverhandlung in Waldshut wurde gesprochen. Man will immer noch nicht zugeben, daß das, was dort festgestellt wurde, absolut unzweifelhaft ist. Wenn man den Herrn Engel heute noch in Schutz nehmen will, wenn man ihm heute noch guten Glauben beimessen will, möge man sich doch auch vor Augen halten, was der Herr Staatsanwalt in jenem Prozesse gesagt hat; wenn man das weiß, was dort sehr deutlich und klar gesagt worden ist, kann man nicht mehr die Ansicht behalten, daß Herr Engel lediglich in gutem Glauben gehandelt hat und daß er einem Irrtume unterlegen ist. Nein, Herr Engel hat gewußt, daß er die Unwahrheit in die Welt setzt! Er hat gewußt, daß er den Arbeitern Versprechungen gemacht hat, die seitens der Fabrikleitung nicht zugestanden waren, und er ist auch nach der Feststellung des Landeskommissärs und auch nach der Veröffentlichung der Fabrikinspektion immer noch auf seiner Unwahrheit stehen geblieben. Wenn Herr Engel gestern hierüber gesprochen hat, so zweifle ich gar nicht daran, daß er auch gestern noch seinen alten Standpunkt verteidigt und gesagt haben wird: Nicht ich habe Unrecht sondern der Herr Fabrikinspektor.

Nun ist von jener Seite die Meinung ausgesprochen worden, daß es nicht notwendig gewesen wäre, zu dem Ergebnis zu kommen, zu dem der Herr Fabrikinspektor schließlich kam, daß er nämlich den Verkehr mit den christlichen Gewerkschaften abbrach. Demgegenüber frage ich: Was sollte eigentlich der Herr Fabrikinspektor tun? Sollte er sich weiter der Gefahr aussetzen, von diesen Leuten aufs neue angelogen zu werden? Sollte er sich der Gefahr aussetzen, unter Umständen wie in Rheinfelden weiter in derartige Geschichten verstrickt zu werden?

Vom Herrn Minister von Bodman ist gesagt worden, es wäre nicht zu verwundern und man würde dem Herrn Fabrikinspektor keinen Vorwurf machen können, wenn er sich in Zukunft von derartigen Verhandlungen fernhielte. Ich würde das außerordentlich bedauern. Bei der Schwere der wirtschaftlichen Kämpfe in der heutigen Zeit und bei dem Umfange, den sie manchmal annehmen, ist es, wenn auch nicht in allen, so doch in manchen Fällen notwendig, daß man eine Institution hat, die unparteiisch vermittelnd eingreifen kann; und ich würde es einfach außerordentlich bedauern, und zwar im Interesse der Arbeiterschaft bedauern müssen, wenn künftighin die Fabrikinspektion ihre vermittelnde Tätigkeit nicht mehr zur Verfügung stellen würde. Ich meine, aus diesen Rheinfelder Vorkommnissen wird doch nicht die Folgerung gezogen werden können, daß nun die Fabrikinspektion in der Weise vorsichtig sein muß, daß sie, wenn sie angerufen wird, überhaupt die Vermittlung abzulehnen habe. Ich meine, sie sollte trotz dieser unliebsamen Vorkommnisse in Rheinfelden nach wie vor mit ihrer vermittelnden Tätigkeit einsetzen, sofern diese irgendwie gewünscht wird.

Im übrigen aber hätte ich doch gewünscht, daß man auch auf jener Seite (zum Zentrum) eingesehen hätte, daß man mit einer solchen Verteidigung sein eigenes Interesse mit Füßen tritt. Es wäre meines Erachtens viel besser und viel mehr im Interesse der christlichen und auch der gesamten Arbeiterschaft gehandelt gewesen, wenn man offen und ehrlich zugegeben hätte: Jawohl, hier sind schwere, unverantwortliche Fehler begangen worden, und der Mann, der diese Geschichten gemacht hat, hat uns bloßgestellt; wir werden also nun dafür sorgen, daß er solche Geschichten in Zukunft nicht mehr machen kann! — Wenn das geschehen wäre, so würde daraus jedenfalls für die Arbeiter mehr Nutzen erwachsen sein, als wenn man nun stundenlange Versuche unternimmt, den Herrn von den Fehlern rein zu waschen, die er nun zweifellos einmal begangen hat.

Damit will ich diese unliebsame Rheinfelder Affäre verlassen und zum Schluß noch einige Anregungen geben,

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

die sich auf die Fabrikinspektion und die Gewerbeaufsicht im allgemeinen beziehen.

Von der Großh. Regierung ist die Zusicherung gegeben worden, daß künftighin die Steinbruchbetriebe samt und sonders der Aufsicht der Fabrikinspektion unterstellt werden sollen. Es ist dies aber auch durchaus notwendig. Die Zustände, wie sie da und dort in Steinbrüchen bestehen, sind derart und die Zahl der Verfehlungen, die dort vorkommen und vorgekommen sind, ist so groß, daß es mir durchaus geboten erscheint, in aller Bälde eine Änderung gegenüber dem seitherigen Zustand eintreten zu lassen und diese Betriebe mit tunlichster Beschleunigung der Großh. Fabrikinspektion zu unterstellen.

Weiterhin scheinen mir aber auch z. B. im Malergewerbe Zustände zu bestehen, die häufigere Revisionen dringend erforderlich machen, zumal die Zahl der in diesem Gewerbe bisher vorgenommenen Revisionen leider eine sehr geringe war. Im Laufe der letzten Jahre habe ich mehrfach aus Kreisen der Arbeiter dieses Berufes Klagen darüber gehört, daß die Mißstände in diesem Gewerbe zu wenig Beachtung finden. Es soll das selbstverständlich kein Vorwurf gegen die Fabrikinspektion sein; ich möchte nur die Anregung geben, dem Malergewerbe künftighin eine erhöhte Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Ferner möchte ich den gleichen Wunsch hinsichtlich der Beaufsichtigung des Gast- und Schankwirtschaftsgewerbes zum Ausdruck bringen, da gerade in diesem Gewerbe tatsächlich teilweise noch geradezu erschreckende Mißstände bestehen. Das Personal ist teilweise vom frühesten Morgen an nicht nur bis Mitternacht sondern oft über Mitternacht hinaus beschäftigt. Man mutet den Leuten, z. B. den Hausburschen, zu, daß sie zu jeder Stunde der Nacht bereit sind; man läßt den Leuten nicht die Möglichkeit, den Körper auch nur in einigermaßen entsprechender Weise auszuruhen. Wenn die Gesundheit dieser Leute frühzeitig untergraben wird, dann ist es wahrhaftig kein Wunder; und es ist auch kein Wunder, wenn das weibliche Personal in diesem Gewerbe sittlichen Gefahren ausgesetzt ist, und wenn darüber geklagt wird, daß in jenem Gewerbe Elemente vorhanden seien, die in sittlicher Beziehung sehr anrüchig sind. Wenn man, wie es hier gerade in sogenannten besseren Lokalen vorkommt, die Leute vom frühen Morgen, oft von 8 Uhr oder 9 Uhr bis nachts 2 und 3 Uhr im Betriebe beschäftigt, ohne ihnen auch nur einen einzigen Pfennig Lohn zu geben, ihnen sogar noch zumutet, die Fensterreinigung zu bezahlen, wenn man ihnen zumutet, aus ihrem Trinkgeld die Putzfrau zu bezahlen, wenn man ihnen, wie das da und dort vorkommt, schließlich sogar noch zumutet, daß sie die Zeitungen bezahlen, so sind das Anforderungen, die verwerflich sind und wahrhaft als unsittlich bezeichnet werden müssen (Sehr richtig!). Hier reicht leider die bestehende Gesetzgebung nicht aus, um einen zulänglichen Schutz dieses Personals zu gewährleisten. Aber ich meine, es ließe sich doch immerhin manches erreichen, und ich möchte deshalb die Aufmerksamkeit der Großh. Regierung auf diese Dinge lenken. Man möge einmal gründlich nach den Mißständen in diesem Gewerbe forschen, und man wird finden, daß das, was ich hier gesagt habe, nicht übertrieben ist, sondern vielleicht noch lange nicht an die Wirklichkeit heranreicht.

Dann möchte ich noch eine Frage an die Großh. Regierung richten. Sie betrifft die Reichsversicherungsordnung, deren Entwurf nun aus der dritten Lesung im Bundesrat hervorgegangen sein soll und wohl inzwischen dem Reichstag zugegangen sein wird. Der Herr Minister hat uns vor einigen Tagen bereits mitgeteilt, wie diese Angelegenheit z. Zt. steht. Er hat uns aber nicht mitgeteilt, welche Stellung der Vertreter der Großh. Badischen Regierung im Bundesrat zu dieser Vorlage eingenommen hat. Ich möchte hier feststellen, daß in den Kreisen der Interessenten und zumal in den Kreisen der der Arbeiterbevölkerung angehörigen Interessenten für diese Reichsversicherungsordnung mit ihrer Zerstörung des Selbstverwaltungsrechts in der Krankenversicherung sehr wenig Sympathie vorhanden, daß man vielmehr der Meinung ist, daß diese Reichsversicherungsordnung keinen Fortschritt sondern einen Rückschritt bedeutet. In den Kreisen der Arbeiterschaft ist man wohl fast ausschließlich der Auffassung, daß es außerordentlich bedauerlich wäre, wenn auch die Badische Regierung dieser Vorlage im Bundesrate zugestimmt hätte. Des weiteren möchte ich mir aber auch an die Großh. Regierung die Anfrage erlauben, wie es kam, daß bei der Konferenz die vor etwa einem Jahre im Reichsamt des Innern stattgefunden hat und in welcher von Vertretern der Krankenkassen die Reichsversicherungsordnung beraten wurde, Baden nicht vertreten war. So viel mir bekannt ist, sind Vertreter der einzelnen Bundesstaaten zu jener Konferenz zugezogen worden; so waren selbstverständlich Preußen, dann aber auch Bayern, Hessen und Württemberg vertreten; nur Baden soll auf der Konferenz nicht vertreten gewesen sein, was in den Kreisen der Krankenkassenangehörigen peinlich berührt hat. Man versteht da nicht, wie es kam, daß Baden nicht vertreten war, und ich möchte deshalb wie gesagt in dieser Richtung um Aufklärung ersuchen.

Damit will ich meine Ausführungen beenden und zum Schlusse nur hoffen und wünschen, daß die unliebsamen Vorgänge in Rheinfelden keine neue Auflage erleben; ich möchte aber auch weiter hoffen und wünschen, daß man es nicht wieder erlebt, daß derartige Machenschaften, wie sie dort von Einzelnen betrieben worden sind, obendrein auch noch verteidigt werden. Ich meine, wenn solche Dinge einmal passiert sind, so tut man am allerbesten, den Dingen ins Gesicht zu schauen und die Schuldigen einfach zu verurteilen, anstatt sie noch in Schutz zu nehmen. Damit dient man den Interessen der Arbeiterschaft viel mehr, als wenn man derartige Machenschaften auch noch in Schutz nimmt. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Vorstand der Fabrikinspektion Oberregierungsrat Dr. **Bittmann:** Gegenüber den Einwendungen des Herrn Abg. Dr. Zehnter habe ich Folgendes zu bemerken:

Das Material zu meinem ersten Schreiben vom 11. Oktober bestand lediglich aus den Veröffentlichungen in der sogenannten Preßfehde zwischen dem Herrn Landeskommissär Straub und dem Gewerkschaftssekretär Engel. Ein anderes Material lag damals noch nicht vor. Ich habe auf diese Veröffentlichungen in meinem Schreiben deutlich hingewiesen, und es wäre dem Gesamtverbande sehr leicht gewesen, sich dieselben zu verschaffen. Wie die Broschüre besagt, hat sich der Generalsekretär Stegerwald sofort nach Empfang meines Schreibens an den Sekretär Engel mit dem Ersuchen um Material gewendet, hat es aber, wie wir vorhin hörten, selbst zur Zeit der Drucklegung der Broschüre im Januar oder Februar dieses Jahres, also nach drei oder vier Monaten, von diesem noch nicht vollständig erhalten, fehlte doch noch die vierte Veröffentlichung des Herrn Landeskommissärs. Nach dem

Schreiben an den Gesamtverband habe ich meine Erhebungen in Rheinfelden angestellt und demnächst das gesammelte Material den Herren in Cöln vorgelegt; das heißt, ich versuchte es vorzulegen, mußte aber nach meinen ersten Darlegungen sofort die Beobachtung machen, daß man mein Material als amtliches nicht anerkennen, sondern lediglich als eine einseitige Darstellung (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten), die ganz und gar kein Gewicht habe, gelten lassen wollte. Daraufhin erklärte ich den Herren, daß ich unter solchen Umständen auf die Ausführung meines Vorhabens verzichten müsse und schlug mein Aktenstück zu (Zuruf des Abg. Dr. Zehnter). Auch die Rheinfelder Erhebungen waren in meinen Akten, ich hatte den Wunsch, alles lückenlos auszubreiten. Dies wurde mir unmöglich gemacht, denn ich mußte meinen Standpunkt als Beamter wahren. So beschränkte ich mich denn darauf, die Entfernung Engels und die Erklärung Thelens zur Erörterung zu bringen. Wenn es den Herren im übrigen an Material fehlte, wäre es ihnen sehr leicht gewesen, es sich auf ihrer Reise ins Oberland zu beschaffen. Es war ausdrücklich ausgemacht, daß sie bei mir vorsprechen — sie kamen nicht. Sie wurden ausdrücklich von dem Herrn Oberamtmann Kapferer gebeten, den Herrn Landeskommissär aufzusuchen — auch da kamen sie nicht. Weder bei dem Herrn Landeskommissär noch bei mir holten sie sich das von ihnen so heiß ersehnte Material, und als ihnen dann später von mir einiges zur Verfügung gestellt wurde (siehe Broschüre 2 Seite 20 und 21), nämlich zwei Protokolle des Bezirksamts Säckingen, Äußerungen des Gewerkschaftssekretärs Kammerer und Äußerungen des Bürgermeisters von Nollingen, da bekam ich zur Antwort, das alles sei unwesentlich, die Darstellung wiche ja nur zeitlich von der Darstellung Engels ab; tatsächlich aber lieferten gerade diese beiden Äußerungen überzeugende Beweise für die unwahren Behauptungen Engels.

Meine Äußerungen über die Unterredung mit Thelen und über seine Aussagen halte ich vollinhaltlich aufrecht. Zu den sogen. Drohungen, die ich in Cöln ausgestoßen haben soll, habe ich Folgendes zu bemerken: Von all den Gegenständen, die der Herr Abg. Dr. Zehnter vorführte, war die Rede, aber in ganz anderem Sinne. Daß ich von einem Einfluß auf die Wahlen sprach, das hängt einfach so zusammen: Ein oder zwei Tage nach meiner Bekanntmachung gegen Engel erschien auf meinem Bureau ein mir vertrauter christlicher Gewerkschaftssekretär, der mit mir von der Erklärung gegen Thelen zu sprechen anfing und zugleich erzählte, daß er abends zuvor mit einigen Kollegen zusammengesessen sei, die ihm gesagt hätten: „Das hat der Fabrikinspektor um diese Zeit bloß veröffentlicht, um einen Einfluß auf die Wahlen auszuüben" (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten). Ich sagte darauf: „Haben Sie das geglaubt?" worauf er antwortete: „Nein, so etwas denke ich doch nicht." Diesen Zwischenfall erwähnte ich in Cöln (Abg. Kolb: Hört, hört!).

Dann wurde davon gesprochen, ich hätte auch mit ungünstigen Äußerungen im Landfriedensbruchprozeß, im Jahresbericht und in einem Beleidigungsprozesse gedroht. Es ist richtig, daß diese Gegenstände von mir berührt wurden, aber keineswegs in drohender Form. Ich habe in meinem Vortrage am Freitag betont, daß der bevorstehende Landtag und die zu erwartende Strafkammersitzung mir Veranlassung gaben, die Angelegenheit rasch aus der Welt zu schaffen, ehe sie publik wurde und zu unangenehmen Folgen für die Gewerkschaften führte. In eben diesem Sinne habe ich auch zu den Herren in Cöln gesprochen. Ich habe ihnen gesagt: „Es kommt möglicherweise zu einem Beleidigungsprozesse, den der Herr Landeskommissär gegen Thelen anstrengt," — der Herr Landeskommissär hatte damals als möglich geäußert, daß er sich zu diesem Schritt entschließen wolle — „nun denken Sie sich, wenn die Sache verhandelt wird und es werden Zeugen vernommen werden, der Herr Landeskommissär, ich selber und andere, da muß sich ja alles herausstellen, was ich behaupte und was hier meine Akten bekunden. Darauf werden Sie es doch nicht ankommen lassen. Schaffen Sie mit mir die Angelegenheit aus der Welt und erfüllen Sie meinen Wunsch, entfernen Sie Engel u. veranlassen Sie Thelen zu einer Erklärung." In gleicher Weise machte ich sie auch auf den demnächstigen Landfriedensbruchprozeß aufmerksam und bat sie dringend, doch das nötige zu tun. Ich sagte den Herren: „Glauben Sie nicht, daß ich hier in meinem Interesse oder im Interesse des Herrn Landeskommissärs erscheine. Der Herr Landeskommissär hat eine Ehrenerklärung für sich nicht nötig. Wenn ich so streng darauf bestehe, daß Thelen eine Erklärung abgibt und daß Engel entfernt wird, so geschieht dies ausschließlich der christlichen Gewerkschaften wegen, damit diese sich reinigen und mit blanker Flagge vor mir und vor der Öffentlichkeit stehen." Im gleichen warnenden, gütlichen und freundschaftlichen Tone habe ich den Herren auch gesagt: „Es ist meine Pflicht, im Jahresbericht wichtigere Streiks darzustellen. In welche unangenehme und peinliche Situation bringen Sie mich, den Sie als einen Freund der Gewerkschaften kennen, wenn Sie die Sache jetzt nicht erledigen und wenn ich im Jahresbericht sagen muß, die Sache ist so und so gegangen.". Warnend und freundschaftlich habe ich in allem diesem gesprochen, nicht drohend.

Minister des Innern Freiherr **von und zu Bodman**: Es macht dem Gerechtigkeitssinn des Herrn Abg. Dr Zehnter alle Ehre, daß er im Eingang seines Vortrags anerkannt hat, daß man dem Herrn Fabrikinspektor eine bewußt parteiische Handlung nicht zur Last legen könne, und daß er den besten Willen des Herrn Vorstandes der Fabrikinspektion ausdrücklich anerkannt hat. Auch was er sonst im allgemeinen gesagt hat, liegt in derselben Richtung.

Nun hat der Herr Abg. Dr. Zehnter eine bestimmte Erklärung des Ministers über den einen Vorgang gewünscht, nämlich über das Schreiben des Herrn Vorstandes der Fabrikinspektion an den Sekretär des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Kiefer. Ich will dem Wunsche des Herrn Abg. Dr. Zehnter, eine Erklärung zu diesem Vorgang abzugeben, gerne entsprechen. Ich habe schon in der letzten Sitzung gesagt, daß die Anzeige des Herrn Kiefer, die sich auf Mißstände in einem Betriebe in Herbolzheim bezog, geschäftliche Erledigung gefunden hat. Ich bin der Ansicht, daß davon dem Herrn Kiefer hätte Nachricht gegeben werden sollen, und ich halte auch den Anlaß, eine Antwort zu geben, die sich mit einer ganz anderen und grundsätzlichen Frage befaßt, für nicht glücklich gewählt. Ich bin auch der Ansicht, daß der Herr Vorstand der Fabrikinspektion nicht wohl an einen einzelnen Sekretär eine solche Mitteilung richten konnte. Es kommt aber in Betracht, daß er sich in dem Verlauf der Verhandlungen doch von dem innigen Verhältnis überzeugt hatte, das zwischen den einzelnen Sekretären und der Zentralleitung besteht, und daß er deshalb weniger Bedenken trug, seine Mitteilung an diesen einzelnen Sekretär zu richten. Es kommt weiter in Betracht, daß das Schreiben ja nicht für die Öffentlichkeit bestimmt war, sondern daß es zum Weitergeben bestimmt war und daß

es nur einer der Schritte ist, die der Herr Vorstand der Fabrikinspektion in derselben Richtung bei den verschiedenen Organen der Verbände getan hat. Ich bin aber ferner der Ansicht, daß, wenn in diesem Schreiben gesagt ist, die Fabrikinspektion habe jeden Verkehr mit den christlichen Gewerkschaften abgebrochen, das eine zu weite Fassung ist. Schon am Freitag habe ich gesagt, es liege nicht im Ermessen einer Behörde, den Verkehr mit irgend jemand abzubrechen, der dienstlich mit ihr zu tun habe, also auch nicht mit einer Vereinigung, mit welcher man üble Erfahrungen gemacht hat. Soweit diese Vereinigung eine Behörde dienstlich in Anspruch nimmt, muß dieser dienstlichen Inanspruchnahme Folge gegeben werden, der dienstliche Verkehr kann nicht abgebrochen werden. Soweit aber diese Äußerung sich auf den Verkehr bezieht, der nicht streng dienstlich ist, sondern der in Erfüllung freiwillig gewählter Aufgaben der Fabrikinspektion geschieht, war der Vorstand der Fabrikinspektion wohl berechtigt zu sagen, daß er diesen Verkehr aufgegeben habe und nicht fortsetzen werde.

Nun hat der Herr Abg. Dr. Zehnter außerdem insbesondere zwei Punkte in dieser Streikangelegenheit beanstandet, nämlich, daß dem Herrn Gewerkschaftssekretär Engel bewußte Unwahrheiten vorgeworfen wurden. Er hat gesagt, das sei ein sehr schwerer Vorwurf, den zu erheben man sich sehr hüten müsse. Von bewußter Unwahrheit könne man doch eigentlich erst sprechen, wenn ein kontradiktorisches Verfahren über die gegenseitigen Aussagen stattgefunden habe und wenn dabei festgestellt worden sei, daß der eine Teil die Unwahrheit gesagt habe. Ich kann dem nicht beipflichten. Es bewegt sich das in derselben Richtung, die wir in der Broschüre und auch sonst gefunden haben in der Äußerung: „Es steht Aussage gegen Aussage". Ich meine aber, man muß die Aussage nicht nur ansehen, man muß sie auch wägen; und ich kann das Gewicht der Aussage des Herrn Engel nicht gleichstellen dem Gewicht der Aussage des Gr. Landeskommissärs (Sehr richtig!).

Ich habe mir die Einzelheiten dieser ganzen Angelegenheit auch angesehen und bin meinerseits auch zu der Auffassung gekommen, daß es sich hier um bewußte Unwahrheiten handelt. Und wenn der Herr Vorstand der Fabrikinspektion auf Grund seiner sehr viel genaueren Kenntnisse der Dinge und Personen zu dieser Auffassung gekommen ist, so durfte er dieser Auffassung auch Ausdruck verleihen. Ich mache dabei wiederholt darauf aufmerksam, daß das Schreiben nicht für die Öffentlichkeit bestimmt war. In der Kundgebung vom 23. Oktober, mit der der Vorstand der Fabrikinspektion sich an die Öffentlichkeit gewendet hat, hat er gesagt: „Entweder bewußte Unwahrheit oder schwere Gedächtnisstörungen und Zwangsvorstellungen." Das Letzte ist dasselbe, was der Herr Abg. Dr. Zehnter ausgedrückt hat mit dem Wort: „Verranntheit".

Der Herr Abg. Dr. Zehnter hat dann weiter beanstandet, daß in diesem Schreiben den leitenden Organen vorgeworfen wird, sie hätten den Argwohn begründet, daß Zweideutigkeiten, Unwahrheiten und Entstellung der Wahrheit von ihnen als erlaubte Gewerkschaftstaktik zur Hervorrufung und Austragung von Arbeiterbewegungen angesehen würden. Ich gebe zu, daß das starke Ausdrücke sind, und daß es vielleicht wünschenswert gewesen wäre, in einem von amtlicher Stelle ausgehenden Schreiben so starke Ausdrücke zu vermeiden. Indessen kommt in Betracht, daß die Herren — es handelt sich um ein Schreiben an einen Gewerkschaftssekretär — an starke Ausdrücke gewöhnt sind (Heiterkeit links), daß sie selbst mit starken Ausdrücken operieren. Ich erinnere daran, daß Thelen gesagt hat, [illegible] habe deshalb den Eindruck gehabt, daß Engel die Wahrheit gesagt habe, weil der Herr Landeskommissär „ihn so sanft angefaßt habe." In der Sache kommt alles in Betracht, was dieser Kundgebung vom 3. Dezember vorhergegangen ist, und das ist ja vom Herrn Vorstand der Fabrikinspektion eingehend dargelegt worden und ergibt sich auch aus den Schriftstücken, die hier abgedruckt sind. Insbesondere kommt in Betracht, und das möchte ich dem Herrn Abg. Dr. Zehnter auf seinen Vorwurf gegen den Herrn Vorstand der Fabrikinspektion, daß er sein Material nicht zur Verfügung gestellt habe, noch besonders sagen, daß ja der Herr Vorstand der Fabrikinspektion schon am 25. Oktober an das Zentralsekretariat der christlichen Gewerkschaften geschrieben hat: „Ich stelle mich in meinem Geschäftszimmer, Leopoldstr. [illegible] legitimierten Vertretern zur Verfügung und werde an Hand meiner Akten rückhaltlosen Aufschluß erteilen." Das wurde am 25. Oktober auf das Verlangen vom 11. Oktober nach Material. Und am 28. Oktober hat, wie Sie gehört haben, der Herr Vorstand der Fabrikinspektion dieses Material den Herren persönlich vorgelegt. Auch später noch, so z. B. am 22. November, hat er sich wiederholt bereit erklärt, dies Material zur Verfügung zu stellen. Er hat allerdings am 13. November den Empfang gewisser Bevollmächtigter abgelehnt, aber aus Gründen, die er Ihnen dargelegt hat, und die meines Erachtens gute Gründe sind. Es kommt hier in Betracht, daß Herr Engel inzwischen (am 28. Oktober) zwar abberufen worden war, die aber am 30. Oktober die Erhebungen in Rheinfelden stattfanden, die, wie der Herr Abg. Dr. Zehnter zugegeben hat, durchaus einseitig gewesen sind, da dort weder der Herr Landeskommissär noch der Herr Oberregierungsrat Bittmann gehört worden sind. Daß der Vorstand der Fabrikinspektion nach solchen Erfahrungen zu dem Argwohn kommen konnte, der hier ausgesprochen ist — mehr ist nicht ausgesprochen —, das finde ich erklärlich und ich kann ihm deshalb in der Sache daraus einen Vorwurf nicht machen.

Im übrigen habe ich schon gestern gesagt, daß auch ich mich der Hoffnung hingebe, daß die Beziehungen, welche abgebrochen worden sind, wieder geknüpft werden, und zwar nicht nur auf dem rein dienstlichen Gebiete, wo sie ja gar nicht abgebrochen werden dürfen, sondern auch auf dem Gebiete, um welches es sich hier handelt, auf dem Gebiete der freiwilligen Vermittlung. Ich selbst stehe auf dem Standpunkt des Herrn Vorstandes der Fabrikinspektion, daß ich es außerordentlich bedauere, daß eine Arbeiterbewegung, die sich auf den nationalen und auf den christlichen Boden stellt, solche Schatten hat über sich ziehen lassen, die ihr nur schaden können (Sehr richtig! links).

Abg. **Duffner** (Zentr.): Der Herr Kollege Will[illegible] hat seine Rede damit begonnen, daß er den Gewerkschaftssekretär Engel als den besonderen Schützling des Herrn Abg. Dr. Zehnter (Abg. **Willi**: Des Zentrums!) jawohl, damit auch des Zentrums hingestellt hat. Wenn der Herr Kollege das glaubt, dann hat er die Ausführungen des Herrn Kollegen Dr. Zehnter offenbar gar nicht verfolgt, sonst würde er zu einem solchen Resultat nicht kommen. Im übrigen bin auch ich der Meinung, daß, nachdem die Gewerkschaftsleitung den Gewerkschaftssekretär Engel seiner Amtshandlungen in Baden enthoben hat, nachdem sie Anlaß dazu hatte, sich auch die Herren da drüben (zu den Sozialdemokraten) damit abfinden können.

Nun hat aber der Herr Kollege Willi von einer Versammlung in Oggersheim gesprochen, die

ttgefunden haben soll, und in welcher der Gewerkschaftssekretär Engel über den Streik in Rheinfelden gesprochen haben soll. Ich erkläre für meine Person und glaube, daß ich auch im Namen meiner politischen Freunde sprechen darf: Wenn das so ist, daß zu derselben Zeit, in der die Verhandlungen über den Rheinfelder Streik hier im Hohen Hause ihren Gang nehmen, eine Versammlung in Oggersheim getagt und der Gewerkschaftssekretär Engel über den Rheinfelder Streik gesprochen hat, so können wir das nur auf das tiefste mißbilligen (Abg. Kolb: Am Samstag hat er in Kaiserslautern gesprochen! Abg. Maier: Seelenkultur!). Der Zwischenruf „Seelenkultur" paßt hier absolut nicht herein. Ich meine, die Herren da drüben, wenigstens einige von ihnen, könnten sich mit ihren Zwischenrufen etwas besser in Acht nehmen. Wie soll „Seelenkultur" in Zusammenhang stehen mit den Versammlungen in Oggersheim und Kaiserslautern, wo Engel gesprochen haben soll? Wenn wir sein Auftreten in dieser Zeit abwägen, so könnte Ihnen das eigentlich genügen (Zwischenrufe).

In den letzten Tagen — gerade der Zwischenruf weist wieder darauf hin, auch der Herr Abg. Willi hat ähnliche Töne gefunden — ist auch von der erzieherischen Tätigkeit der Organisationen die Rede gewesen. Da scheint mir es doch wohl auch am Platze zu sein, einmal daran zu erinnern, daß es auch eine hohe und schöne Aufgabe der Organisationen wäre, die große Kluft, die nun einmal zwischen der Arbeitgeberschaft und der Arbeitnehmerschaft besteht, so gut als möglich auszugleichen und eine Erziehung in der Richtung anzustreben, daß wieder ein größeres gegenseitiges Vertrauen der beiden zusammengehörigen Faktoren Platz greift. Ich dächte, es wäre ein hohes und erstrebenswertes Ziel, das zweifellos gute Früchte bringen würde, wenn man erreichen könnte, daß der Arbeiter nicht vielfach in dem Unternehmer, in dem Arbeitgeber von vornherein schon den geschworenen Feind, den Ausbeuter, den Unterdrücker oder gar, wie jüngst ein hier gebrauchter Ausdruck gelautet hat, den Raubvogel sieht, und wenn man auf der anderen Seite nicht in jedem Bestreben des Arbeitnehmers, eine soziale Besserstellung zu erreichen, Unzufriedenheit und Auflehnung gegen die alten Traditionen sehen würde. Wenn das so bleibt, leben wir, trotz Arbeitskammern, trotz Arbeiterausschüssen und trotz aller sozialen Erfolge in einem Frieden, unter dem der Boden raucht. Darum geht mein Wunsch nach etwas mehr Vertrauen in das gegenseitige Recht und nach etwas mehr Vertrauen in den gegenseitigen guten Willen! Die Menschheit ist meines Erachtens noch nicht so tief gesunken, daß sie nicht ein ehrliches Vertrauen schätzen und auch zu erwidern vermöchte. Wenn gerade diesem Punkt der sozialen Pädagogik, von der ich gesprochen habe, etwas mehr Beachtung geschenkt würde, so wäre gewiß der Erfolg der Mühe wert. Wenn aber immer und immer wieder dem Fabrikanten von vornherein nur der reaktionärste, der unsozialste und krasseste Ausbeuterstandpunkt unterschoben wird, dann wird man nicht von einer solchen Erziehung sprechen können.

Wenn der Herr Kollege Pfeiffle gesagt hat, wenn die Heimindustrie in die bedürftigen Kreise hineingetragen werde, so geschehe das nicht, um diese Arbeitskräfte der Industrie dienstbar zu machen, sondern, weil man die Armut mißbrauchen wolle, so ist das in dieser Verallgemeinerung keine Erziehung sondern ein so unendlich schwerer Vorwurf, daß ich ihn auf das energischste zurückweisen muß. Es mag das für den einen oder den anderen Fall zutreffen, dann sind wir die ersten, die das bedauern; in einer solchen Verallgemeinerung müssen wir einen derartigen Vorwurf aber auf das entschiedenste zurückweisen. Ich werde auf das Gebiet der Heimarbeit nachher noch mit kurzen Worten zu sprechen kommen.

Es sind am Dienstag eine Reihe von gewerblichen Betrieben wiederholt angegriffen worden und dabei zum Teil recht schlecht weggekommen. Ich weiß nun wohl, daß ich im Rahmen der heutigen Tagesordnung den Faden nicht weiterspinnen kann, ich will das auch nicht tun, weil diese Dinge zu anderen Gebieten gehören, ich will mir nur gestatten, mich mit einigen kurzen Ausführungen an den Herrn Fabrikinspektor zu wenden. Als die Ableitung der Fabrikabwässer in die öffentlichen Gewässer besprochen wurde, hat der Herr Regierungsvertreter davon gesprochen, daß die Fabrikinspektion bemüht gewesen ist, die Untersuchung der Verseuchungen nach verschiedenen Seiten hin vorzunehmen. Es seien Wasserproben genommen, Beobachtungen angestellt worden usw. Nun habe ich aber nicht gefunden, daß diese Bemühungen auch nach der Seite hin stattgefunden haben, daß auch die Interessen der Industrie voll berücksichtigt worden wären. Die Fabrikinspektion hat eine ganze Reihe von Verfügungen und Verordnungen hinausgegeben, die aber doch alle eigentlich äußerlich eine Belästigung der Industrie, wenn ich mich so ausdrücken darf, dargestellt haben. Ich habe die Auffassung, daß die Fabrikinspektion nicht allein dazu da ist, die Interessen der Arbeiterschaft zu wahren, sondern daß sie auch — namentlich in derartigen Fällen, wie ich sie im Auge habe — die Aufgabe hat, sich neben den Arbeitern auch der Industrie anzunehmen, namentlich in der Richtung, daß sie die Industrie in solch schwierigen Lagen unterstützt.

Nun gestatte ich mir kurz darauf hinzuweisen, daß ich schon im Jahre 1906 bei der gleichen Gelegenheit folgendes ausgeführt habe. Ich habe damals gesagt, daß ich es nicht allein für eine Pflicht des Fabrikanten ansehen könne, ein Weitergreifen derartiger Verseuchungen durch Fabrikabwässer und gewerbliche Abwässer zu verhindern, sondern „ich halte dies vielmehr für eine Pflicht des Staates, und zwar nicht in der Richtung, daß er diese Pflicht in Form von Verfügungen an die Fabrikanten erfüllt, sondern daß er seine Wissenschaft in den Dienst der Sache stellt. Wir haben im Lande drei Hochschulen, eine landwirtschaftlich-chemische Versuchsanstalt und andere solche Einrichtungen, wir haben Chemiker und Techniker; für alle diese Organe wäre es eine dankbare Aufgabe, der Frage näher zu treten, auf welchem Wege die verschiedenen schädlichen Stoffe, die bisher notgedrungen noch in unsere Bäche und Flüsse auf direktem Wege oder auf Umwegen gelangen, gebunden und unschädlich gemacht werden können." Gerade hier einzugreifen, hielte ich für eine außerordentlich dankbare Aufgabe der Großh. Fabrikinspektion, und ich möchte wünschen, daß diese Untersuchung von Staats wegen gepflogen würde und nicht etwa bloß auf Rechnung der Fabrikanten. Ich habe damals noch ausgeführt, daß an dieser Frage eine Reihe von gewerblichen Unternehmungen beteiligt sind, daß es nicht eine Frage einzelner Interessenten sei, sondern daß das ganze Land hier engagiert sei, und da möchte ich mir gestatten, den Herrn Fabrikinspektor zu bitten, daß er in der von mir gewünschten Richtung tätig ist. Ich bin überzeugt, daß, wenn hier ein Ausgleich gefunden wird, das dann ein Ausgleich sein wird, der alle Teile durchaus befriedigt.

Nun will ich zum Herrn Kollegen Pfeiffle zurückkehren. Ich hatte ursprünglich nicht die Absicht, mich zum Wort zu melden; allein ich habe es für meine Aufgabe gehalten, zu seinen Ausführungen Stellung zu nehmen. Er hat insbesondere gesagt: „Ich gebe nicht zu, daß die Heimindustrie noch eine Notwendigkeit ist, namentlich draußen auf dem Lande nicht. Es gibt kaum noch einen Ort in unserem Lande Baden, wo nicht eine oder mehrere Fabriken sind. Es wäre also allen diesen Kreisen Gelegenheit geboten, in den Fabriken Beschäftigung zu finden." Wenn der Herr Kollege Pfeiffle das sagen kann, dann beweist er damit nur, daß er die Verhältnisse namentlich auf dem Schwarzwald droben nach keiner Richtung hin kennt (Sehr richtig! im Zentrum). Er hat dann speziell auf die Zigarrenfabrikation abgehoben. Ich will ihm auf dieses Gebiet nicht folgen, dazu bin ich zu wenig sachverständig. Wenn er aber im allgemeinen gesprochen hat, dann möchte ich gegen eine solche Auffassung doch ganz energisch Verwahrung einlegen, und ich tue das auch im Namen und Auftrag des Herrn Abg. Dieterle. Von vornherein möchte ich aber, um jedes Mißverständnis auszuschalten, hier zum Ausdruck bringen, daß ich jeden Mißbrauch, der sich in der Heimindustrie findet — es bestehen solche Mißbräuche, das unterliegt keinem Zweifel —, auf das energischste bekämpft und ausgerottet wünsche, wie überhaupt ein sozial denkender Mann es nur wünschen kann, und daß selbstverständlich eine gewisse Kontrolle Voraussetzung dafür sein muß. Wenn der Herr Kollege Pfeiffle davon gesprochen hat, daß es Fälle gebe, in denen Kinder bis 11 und 12 Uhr nachts bei der Arbeit sitzen müssen, wobei die Eltern mit dem Stock dahinter seien, da möchte ich doch im Namen der Menschlichkeit, möchte ich fast sagen, wünschen, daß der Herr Kollege Pfeiffle seiner Phantasie zu sehr die Zügel habe schießen lassen, daß er nachträglich einsehen könne, daß er in Wirklichkeit weit von der Wahrheit abgekommen ist.

Der Herr Kollege Pfeiffle hat dann auch von Heimarbeitsausstellungen und Heimarbeiterkongressen gesprochen. Dabei hat er sich auch auf das Zeugnis hoher Kreise berufen, die ihrer Entrüstung darüber Ausdruck gegeben hätten, daß für gewisse Artikel der Heimarbeit so ungemein niedrige Löhne bezahlt werden. Wenn der Herr Kollege Pfeiffle damit hat sagen wollen, daß es auch in den Kreisen außerhalb der Arbeiterschaft Leute gibt, die Herz und Sinn und Verständnis für die Leiden und für die Nöten der arbeitenden Bevölkerung haben, dann wollen wir das als aus einem solchen Munde kommend ganz besonders anerkennend registrieren. Ich möchte allerdings noch einen Schritt weiter gehen und wünschen, daß gerade diese Kreise nicht nur bei derartigen Veranlassungen in Entrüstung kommen, sondern daß jeder einzelne für sich auch dafür sorgen sollte, um nach Kräften die bestehenden Gegensätze auszugleichen. Ich gehe aber mit dem Herrn Kollegen Pfeiffle auch noch in mancher anderer Beziehung einig. Die Genußmittelfabrikation in der Heimindustrie kann doch wohl nur auf das schärfste verurteilt werden. Ich habe auch seinerzeit Gelegenheit gehabt, eine solche Heimarbeitsausstellung, von der Herr Kollege Pfeiffle gesprochen hat, selbst anzusehen, und da hat mich nicht nur ein Gefühl der Entrüstung, sondern vielmehr ein Gefühl tiefer Trauer beschlichen, wie ich gesehen habe, welche Löhne zum Teil für einzelne dort ausgestellte Artikel bezahlt werden. Ich habe es nicht für möglich gehalten, obwohl ich auch einen langen Teil meines Lebens in der Industrie gestanden bin, daß für menschliche Arbeit derartige Entschädigungen bezahlt werden, wie man es dort hat sehen können. Als ich aber der Sache etwas näher auf den Grund gegangen bin, habe ich gefunden, daß nicht das Land auf der Anklagebank sitzt, sondern in allererster Linie die Großstadt. Ich möchte da ganz speziell auf die Konfektionsbranche und ähnliche verwandte Branchen abheben. Ich glaube, wer überhaupt jene Ausstellung verlassen hat, hat sie nur verlassen können mit dem Wunsche, daß hier unter allen Umständen Wandel geschaffen werde.

Aber nicht allein bei uns, auch in anderen Ländern sind ja dewartige Mißstände bekannt. Herr Kollege Pfeiffle hat die Ausstellung und den Heimarbeiterschutzkongreß in Zürich angeführt. Eine Zeitung „Die Schweizer Arbeiterin" hat darüber geschrieben — der Herr Präsident wird mir wohl gestatten, einige kurze Abschnitte zu verlesen —: „Diese Ausstellung hat die bitterbösen Zustände unserer schweizerischen Heimarbeit schonungslos aufgedeckt, schonungslos, aber in keiner Weise tendenziös, wie von manchen Blättern behauptet worden ist. Die Ergebnisse der Ausstellung sind in nahezu allen schweizerischen Blättern besprochen worden, und es ist damit der Notschrei der armen Heimarbeiter in die Welt hinausgedrungen; eben das bezweckte die Ausstellung, das Elend dieser Kategorie von Arbeitern der Welt bekannt zu machen, damit das soziale Gewissen der Regierenden und des Volkes erwache. Die Ausstellung hat also erreicht, was sie erreichen sollte."

Und da möchte ich wünschen, daß die auf deutschem Boden abgehaltenen Ausstellungen ebenfalls von einem solchen Erfolg sprechen können. Was mich aber veranlaßt, gerade auf den Züricher Kongreß zu sprechen zu kommen, der im Anschluß an diese Heimarbeiterausstellung stattgefunden hat, ist der Umstand, daß dieser Heimarbeiterschutzkongreß grundsätzlich auf einem ganz anderen Boden steht als der Herr Kollege Pfeiffle. Der erste Referent dieses Heimarbeiterschutzkongresses hat an die Spitze einer Reihe von Thesen als obersten Leitsatz den folgenden gesetzt; er hat ausgeführt: „Die Hausindustrie ist eine Erwerbsform, welche in der Schweiz rund 100 000 Arbeiterinnen und Arbeiter beschäftigt und sich über sämtliche Kantone erstreckt. Rechnen wir die durch Hausindustrie ernährten Familienglieder dazu, so ergibt sich, daß durch die Hausindustrie nahezu 10 Prozent der schweizerischen Wohnbevölkerung erhalten werden. Daraus läßt sich die soziale und wirtschaftliche Bedeutung dieser Erwerbsform für die Schweiz erschließen." Hier ist also die Heimarbeit nicht grundsätzlich abgelehnt, wie der Herr Kollege Pfeiffle es getan hat; es ist ihr im Gegenteil eine große soziale Notwendigkeit beigemessen worden, und ich glaube, was hier für die Schweiz gilt, das gilt für große Teile unseres engeren badischen Heimatlandes auch.

Der Referent hat dann zunächst auf die Ursachen der Mißstände hingewiesen, er hat das Trucksystem, das Sweatingsystem, die Akkorde, die Beeinträchtigung der Heimarbeiterschaft durch das Fergger- oder Zwischenmeister- und das Abzugswesen, er hat die überlange Arbeitszeit, Nacht- und Sonntagsarbeit, die Beschäftigung minderjähriger Kinder, die unzureichende Ernährung und das Wohnungselend, die vielfache Gefährdung der Gesundheit der Heimarbeiter und des die Heimarbeitsprodukte konsumierenden Publikums genannt. Das sind wiederum zum allergrößten Teil Fälle, die nicht auf das flache Land Anwendung finden sondern gerade auf die Großstadt

Er wünscht dann eine ganze Reihe von Reformen, und da wendet er sich zunächst an die organisierte Arbeiterschaft, er wünscht eine tatkräftige Förderung der gewerkschaftlichen Organisation der Heimarbeiter und des Beitrittes der Heimarbeitergewerkschaften zu den Zentralverbänden, die Inangriffnahme der Vorarbeiten für ein zu schaffendes schweizerisches Heimarbeitsgesetz seitens des schweizerischen Arbeiterbundes und der Gewerkschaften; Maßnahmen zur Beseitigung der Heimarbeit in der Konfektions-, Leder-, Nahrungs- und Genußmittelindustrie, überhaupt in solchen Erwerbsarten, deren Hausbetrieb eine Schädigung der Produzenten oder Konsumenten bedeutet; schließlich die Unterstützung der Heimarbeitergewerkschaften in der Abschließung von Tarifverträgen, in der genossenschaftlichen Beschaffung elektrischer oder anderer mechanischer Betriebskräfte für die Heimarbeit, in der Ausdehnung der Kranken-, Unfall- und Altersversicherung auf die Heimarbeiter.

Auch hier finden wir wieder, daß es sich in der Hauptsache um die städtische Heimarbeiterfrage handelt. Er wendet sich dann zum Schlusse auch an die Eidgenossen und an die Kantone selbst — ich will die einzelnen Abschnitte nicht weiter zur Verlesung bringen —, von denen er eine besondere Hilfe für die Heimarbeit erwartet.

In diesem Material — ich habe nur einen Teil des mir zur Verfügung stehenden zur Kenntnis des Hohen Hauses gebracht — ist in der Tat eine solche Fülle von Anregungen enthalten, daß ich geglaubt habe, hier wenigstens mit einigen kurzen Worten darauf zurückkommen zu sollen, soweit die betreffenden Punkte bei uns noch nicht geregelt sind.

Es ist dann noch der Ruf nach der Gesetzgebung erwähnt worden. Ich will nicht weiter darauf eingehen, da bei uns ja der Reichstag sich mit der Heimarbeiterfrage beschäftigt. Aber nicht uninteressant ist es, wie man gerade in den Kreisen, die es zunächst angeht, über die Wirkung der Gesetzgebung gerade auf die Heimarbeit urteilt. So hat im letzten Herbst die Vorsitzende des Heimarbeiterinnenbundes, ein Fräulein Behm in Berlin, einen interessanten Vortrag gehalten, in dem sie sich von der Gesetzgebung sehr wenig für die Heimarbeit versprochen hat. Sie sah in der Hauptsache in der Erweckung des Solidaritätsgefühles und der Organisierung der Heimarbeiterinnen den Weg, um gesunde Zustände zu schaffen, und es ist auch in der Tat durch die Organisierung der Heimarbeiterinnen im Heimarbeiterbunde, der bis jetzt erst 7000 Mitglieder zählt, schon eine Reihe von großen Erfolgen erzielt worden. Ich will nur daran erinnern, daß in Breslau in der Schirmindustrie allein durch den Abschluß günstiger Tarifverträge mindestens 20000 M. diesem Zweige der Heimindustrie neu zugeführt worden sind. Derartige Erfolge zeigen am besten, daß durch die Organisation der Heimarbeiter die Erfolge erzielt werden können, die man von ihr erhofft. Dadurch dürfte wohl auch das gegenseitige Unterbieten durch die Arbeiter selbst, wie es gerade in der Heimarbeit häufig vorkommt, verschwinden, das doch schließlich als die Wurzel alles Übels und als der Grund der vielfach so außerordentlich niedrigen Löhne angesehen werden muß.

Wenn also der Herr Kollege Pfeiffle an die in der Großstadt herrschenden schlechten Zustände in der Heimindustrie seine bessernde Hand anlegen will, dann wird er mich an seiner Seite finden. Es geht aber einfach zu weit, wenn er kurzer Hand die Schuld der Stadt dem Lande mitaufsädt, wie er es getan hat, oder wenn er wenigstens nicht unterscheidet. Er hat bei seinen Darlegungen gezeigt, daß ihm offenbar für besonders gelagerte Verhältnisse einzelner Landesteile bei uns in Baden das richtige Augenmaß abgeht. (Abg. Pfeiffle: Ich habe keinen Unterschied gemacht! Der Präsident bittet den Redner, nicht auf Zwischenrufe zu achten.) Das ist gerade der Fehler, daß der Herr Kollege Pfeiffle einen Unterschied nicht gemacht hat. Ich will ja, daß der Unterschied gemacht werden soll, daß man nicht verallgemeinert, und daß man für die Schuld der Stadt nicht einfach das Land verantwortlich macht. Wenn der Herr Kollege Pfeiffle — ich darf nur auf den Schwarzwald exemplifizieren und da kann ich nur sagen, er kennt die Verhältnisse auf dem Schwarzwalde nicht — den geschilderten Standpunkt einnimmt und die Heimarbeit grundsätzlich verurteilt und ihre Notwendigkeit verneint so möchte ich für meine Person der Großh. Regierung den wärmsten Dank abstatten für ihre mühevollen und erfolgreichen Bemühungen gerade auf dem Gebiete der Heimindustrie, gerade dafür, daß sie für die Erhaltung einer günstige Lebensbedingungen schaffenden Heimindustrie bei uns auf dem Schwarzwalde bisher sich so sehr bemüht hat. Wenn die Theorie des Herrn Kollegen Pfeiffle wirklich praktisch verwertet würde, so würde eine ganze Reihe von Existenzen, die heute auf die Heimarbeit bei uns einfach angewiesen sind, ihr Brot verlieren. In sehr vielen Fällen ernährt die Landwirtschaft bei uns, namentlich in den kleineren Betrieben, wo es sich um die Heimarbeit handelt, ihren Mann nicht mehr, und denken Sie daran, wie froh die Leute bei uns auf dem Schwarzwalde sind, wenn sie im Winter eingeschneit sind und keine sonstige Arbeit mehr haben, wenn ihnen der Weg zur Fabrik überhaupt abgeschnitten ist, wie froh sie dann sind, wenn sie überhaupt eine Arbeitsgelegenheit haben, die ihnen einen angemessenen Verdienst bietet. (Abg. Süßkind: Einen Hungerverdienst!) Ich habe den Zwischenruf nicht verstanden. Ich will freilich auch wünschen, daß dieser Verdienst als angemessener Verdienst bezeichnet werden kann. Ich glaube aber, daß ich den Ausführungen des Herrn Kollegen Pfeiffle auch das entgegenhalten kann, daß man durchaus nicht in allen Arbeiterkreisen die gänzlich Beseitigung der Heimarbeit wünscht. Wie viele Frauen sind gerade durch die Heimarbeit in der Lage, die Fabrik zu meiden. Ich meine, Sie sowohl (zu den Sozialdemokraten) wie wir haben ein Interesse daran, zu verlangen, daß der Satz: „Die Frau gehört nicht in die Fabrik!“ endlich einmal zur Geltung kommen solle. Wenn ihr in Form der Heimarbeit Gelegenheit gegeben ist, etwas zu verdienen, dann kann sie sich daneben dem Haushalte widmen, dann ist sie in der Lage, nebenher noch ihre Kinder zu erziehen. Nehmen Sie eine Witwe, so ist sie in diesem Falle auch in der Lage, ihre Kinder bei sich behalten zu können, wenn sie auf dem Wege der Heimarbeit noch etwas zu verdienen vermag. Ich darf wohl auch noch hinzufügen, daß es sich bei den meisten Zweigen der Heimarbeit, die ich im Auge habe, in der Regel um durchaus leichte Arbeiten handelt, die keine allzugroßen Anforderungen an die physische Kraft der Arbeiterin stellen.

Ich darf mir vielleicht bei der Gelegenheit eine ganz kurze historische Reminiszenz gestatten, die Sie darauf hinweisen wird, mit welchem Rechte ich den Wert einer gesunden Heimindustrie beurteile. (Zwischenrufe des Abg. Pfeiffle.) Der Herr Kollege Pfeiffle ist wohl allwissend, er weiß schon, was ich sagen will, ehe ich gesprochen habe. Ich will auf die Strohflechterei

abheben und will Sie daran erinnern, wie früher tausende und abertausende von fleißigen Händen auf dem Schwarzwalde durch die Strohflechterei ihr Brot gefunden haben und tatsächlich dadurch ernährt worden sind. Ich habe mit großem Interesse das Buch des Herrn Fabrikinspektors durchgesehen und bin aufgrund der Kenntnis der Verhältnisse, die ich in langen Jahren selbst erlangt habe, hinsichtlich der durchschnittlichen Tagelöhne, die da eingesetzt sind, nicht mit allem einverstanden. Ich glaube, daß vielfach einzelne andere Arbeitsleistungen, wie landwirtschaftliche Arbeiten usw. bei der Verdienstberechnung nicht mit inbetracht gezogen worden sind. Dadurch enthält der Abschnitt da und dort Mitteilungen, die wohl die Frage aufwerfen lassen, ob in der Tat die Strohflechterei die Bedeutung hatte, die man ihr früher zugeschrieben hat. Ich kann nur bedauern, daß dieser so außerordentlich wertvolle Erwerbszweig für unseren Schwarzwald verschwunden und durch die Kraft des chinesischen und japanesischen Marktes total erdrückt worden ist, sodaß er heute leider nur noch ein Scheindasein führt. Und ich stimme dem Herrn Fabrikinspektor vollständig zu, wenn er in seinem Werke ausgeführt hat, daß es wohl heute „keinem Obervogt, keinem Menschenfreunde und keinem Handelsherrn mehr gelingen werde, der Schwarzwaldstrohflechterei neues Leben einzuflößen. Ihre Uhr ist abgelaufen." Das ist in der Tat eine bittere Wahrheit, aber sie kann mir nur ein herzliches Wort des Bedauerns abringen, daß es so gekommen ist. Ich kann Ihnen versichern, hätten wir auf unserem Schwarzwalde diesen Zweig unserer Heimindustrie noch, es wäre, namentlich in Arbeiterkreisen, um manches besser bestellt, als es heute der Fall ist.

Ganz ähnlich liegen die Verhältnisse auch in der Uhrenhausindustrie, die ja auch vom Herrn Kollegen Pfeiffle genannt worden ist, und durch deren Niedergang mancher Verdienst verschwunden ist, der früher Vielen zugute gekommen ist. In Bezug auf diese beiden Industrieen ist wohl ein gewisser kleiner Ausgleich durch die industriellen Betriebe geschaffen worden, aber nicht für alle Teile und auch nicht immer zum Vorteil des Arbeiters. Das möchte ich bei der Gelegenheit doch auch gesagt haben.

Aus meinen Darlegungen geht, glaube ich, hervor, daß der Herr Kollege Pfeiffle nicht recht hatte, wenn er gesagt hat, die Heimindustrie sei dazu da, um die Armut zu mißbrauchen. Die Hausindustrie auf dem Schwarzwalde droben bestand schon zu einer Zeit, in der man eine Industrie, wie wir sie nun heute haben, noch gar nicht gekannt hat. Und wenn der Herr Kollege Pfeiffle bei den Fabrikanten Umfrage über ihre Stellung zur Heimindustrie halten will, dann wird er wahrscheinlich die Antwort bekommen, daß sie die Heimindustrie lange nicht in dem Maße wünschen, wie er es anzunehmen scheint.

Dann darf ich wohl noch einen anderen Gesichtspunkt hier mit in die Debatte hineintragen. Würde die alte Heimindustrie, wie wir sie früher auf dem Schwarzwalde hatten, noch bestehen, dann hätten wir in diesem Hohen Hause auch nicht nötig, so bewegliche Klagen über den Kampf anzustimmen, den unsere Schwarzwaldlandwirtschaft nun einmal zu führen hat, Klagen, wie sie namentlich vor zwei Jahren hier im Hohen Hause zum Ausdruck gekommen sind! Zurzeit, da die Hausindustrie blühte, kannte man auf dem Schwarzwald die Leutenot noch nicht, wie wir sie leider heute kennen; man kannte auch noch nicht die vielen leerstehenden bäuerlichen Anwesen, die heute traurig von den Höhen unserer Berge ins Tal hinunterschauen: auch ein Zeichen von den Wirkungen der Zentralisation der Arbeit in den Fabriken und weiter auch ein Beweis dafür, wie sehr die Landflucht schon gerade auch in den abgelegenen Teilen unseres Landes Fuß gefaßt hat. Ob mit dem Verlassen der eigenen Scholle, mag sie auch unter schwierigen Verhältnissen zu bebauen sein, ob mit dem Aufgeben einer gewissen Bodenständigkeit, ob mit dem Suchen nach einer ungebundenen Lebensführung, verlockend gemacht durch die höheren Barbezüge, wie die Fabrik nun einmal sie zu gewähren in der Lage ist, das Allheilmittel für unsere Waldbevölkerung gefunden ist, dahinter möchte ich denn doch ein sehr großes Fragezeichen setzen. Mir scheint es, daß mit dem Zug unserer ländlichen Bevölkerung vom Land in die Fabrik dieser Bevölkerung eine Fata Morgana erscheint, die ihr irgendwelche glänzende Gefilde zeigt, wobei sie aber auf der andern Seite in eine viel schlimmere Abhängigkeit versinkt, als die Abhängigkeit von Witterungsunbilden, von Wintersnot und Einsamkeit gewesen ist, und die sie in Unzufriedenheit und Groll gegenüber den Nebenmenschen hineintreibt. Im Unvermögen, sich mit den neuen Lebensbedingungen abzufinden, ist dann das Ende nichts anderes als eine Vermehrung des Proletariats. Und das können Sie auf jener Seite des Hauses (zu den Sozialdemokraten) auch nicht wünschen. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Doch!) „Doch" sagt man, das müssen politische Gründe sein, aus sozialen Gründen, meine ich, kann man es nicht.

Will man also über die Heimarbeit den Stab brechen, will man, wie das der Herr Kollege Pfeiffle getan, ihre Notwendigkeit leugnen, so darf man, glaube ich, doch auch nicht unterlassen, auch die Gesichtspunkte, die ich mir gestattet habe, dem hohen Hause vorzutragen, mit in Rechnung zu stellen. Tut man das, dann wird das Endergebnis sein, daß wieder einmal das alte Wort recht behält, das schon lange sagt: Eines schickt sich nicht für alle. Jedenfalls aber sind gerade auch in der Heimarbeiterfrage — und das möchte ich mir gestatten, ganz besonders dem Herrn Fabrikinspektor ans Herz zu legen — die wirtschaftlichen Verhältnisse des Schwarzwaldes und speziell des hohen Schwarzwaldes ganz anders zu beurteilen als die Verhältnisse in anderen Landesteilen oder gar in der Großstadt.

Ich bin am Schlusse. Ich freue mich, daß der Herr Ministeralrat Dr. Schneider so warme Worte für die Heimindustrie auf dem Schwarzwalde, speziell auf dem Hotzenwald gefunden hat, und ich glaube, wir dürfen allgemein der Großh. Regierung für ihre auf Förderung der Heimarbeit auf dem Schwarzwalde gerichteten Bemühungen nur dankbar sein und dürfen es nur freudig begrüßen, wenn sie hier alles tut, um unserer Heimarbeit droben auf unserm Schwarzwalde wieder einen gesunden Boden zu verschaffen. Ich möchte sie bitten, auch ferner in dieser Richtung tätig zu sein, um unserem bodenständigen Volke die Lust an der Scholle zu erhalten, aber nicht nur die Lust, sondern auch die Möglichkeit, auf dieser Scholle zu bleiben.

Zu diesem Ziel aber führt neben vielen anderen Wegen auch eine wirklich geregelte und eine auskömmlichen Lohn gewährende Hausindustrie, und ich wiederhole also: Soweit es möglich ist, weg mit den Auswüchsen, die die Hausindustrie heute noch an sich hat, und Stellung der Heimarbet auf einen menschenwürdigen Boden! (Beifall beim Zentrum.)

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Abg. Kolb (Soz.): Gegenüber einer Bemerkung, die der Herr Abg. Duffner über Engel und über Versammlungen, die dieser in den letzten Tagen abgehalten hat, machte, möchte ich nur feststellen, daß dieser „Engel" — der nun schon seit einigen Tagen im Mittelpunkt der Debatte steht — nicht nur gestern in Oggersheim sondern auch am Samstag in Kaiserslautern gesprochen hat u. zwar über das Thema gesprochen hat: „Der Kampf in Badisch Rheinfelden, der Landfriedensbruchprozeß und die Schurkereien der Sozialdemokratie, ihrer Presse und ihrer Gewerkschaften" (Abg. Neuhaus: Nur bedauerlich!), ein wirklich interessantes Thema, interessant im Hinblick auf die Taten dieses Herrn, die hier vom Regierungstisch aus festgestellt worden sind. Er hat sich am Samstag in Kaiserslautern außerordentlich wegen der Rolle, die er in dieser ganzen Angelegenheit gespielt hat, gerühmt und u. a. die Bemerkung gemacht: „Wir brauchen keinen Oberregierungsrat, wenn die Arbeiter hinter uns stehen; wir sind stark genug und können uns selbst helfen". Sie (zum Zentrum) wollen daraus ersehen, wie unglücklich und überflüssig die Aktion war, die Sie für diesen Herrn glaubten in Szene setzen zu müssen.

Der Herr Abg. Dr. Zehnter hat heute am Schlusse seiner Ausführungen Bemerkungen gemacht, auf die ich im Laufe meiner Ausführungen noch eingehen will und schon deswegen eingehen muß, weil sie tatsächlich nicht richtig sind und weil sie in der Presse zum Teil seit Monaten gegen mich persönlich ausgeschlachtet wurden, denn diese Bemerkungen und die ganze sogenannte „Abrechnung", die der Herr Abg. Dr. Zehnter heute mit mir halten mußte, waren ja bekanntlich am Samstag schon im „Badischen Beobachter" angekündigt. Ich war also vorbereitet (Abg. Dr. Zehnter: Ich habe sie jedenfalls nicht angekündigt! Ich habe auch nichts davon gelesen). Es ist jedenfalls sehr auffallend, daß Sie heute alles das vorgetragen haben, was am Samstag der „Badische Beobachter" geschrieben hat (Zurufe von Zentrumsseite).

Ich will jedoch zunächst feststellen, daß es auffallen muß, wenn nun auf einmal der Herr Abg. Reinhardt, der am Freitag mit so vielem Tam-Tam und mit dem Brustton der Entrüstung hier diese ganze Sache eingeleitet hat, in der Versenkung verschwindet und wenn nun das Zentrum seine beiden besten Redner, die Herren Abgg. Knebel und Dr. Zehnter vorschickt, damit diese den von Herrn Reinhardt verfahrenen Karren wieder einigermaßen ins Gleis bringen. Das scheint mir der Beweis dafür zu sein, daß man offenbar dem Herrn Abg. Reinhardt nicht zutraut, daß er die Geschichte, die er so ungeschickt angefaßt hat, nun auch wieder ins richtige Gleis bringen werde. In der Tat handelt es sich auch hier um eine Sache, die man auch beim besten Willen und bei dem größten Aufwand von geschickter Redekunst nicht in ein Licht stellen kann, das für die in Frage kommenden Personen günstig wäre.

Der Herr Abg. Dr. Zehnter hat sich ja außerordentlich viel Mühe gegeben, um für Engel und die christlichen Gewerkschaften, soweit sie hier eine Rolle spielen, zu retten, was zu retten ist. Allein auch ihm ist es nicht gelungen, die Tatsachen, die eben nun einmal vorliegen, aus der Welt zu schaffen. Es steht fest, daß hier mit sehr großen Unwahrheiten operiert worden ist, und daß die in Frage kommenden Herren, nachdem sie der Unwahrheit überführt waren, nicht den Mut gefunden haben, offen zu gestehen, daß sie sich entweder im Irrtum oder auf irgend eine andere Weise im Widerspruch mit der Wahrheit befunden haben.

Der Herr Abg. Dr. Zehnter hat seine Vorwürfe gegen mich damit eingeleitet, daß er gesagt hat, ich hätte in der letzten Sitzung förmlich die Gelegenheit benützt, um eine Abneigung gegenüber den christlichen Gewerkschaften zum Ausdruck zu bringen. Wenn der Herr Abg. Dr. Zehnter meinen Ausführungen aufmerksam gefolgt wäre, dann hätte er zur gegenteiligen Auffassung kommen müssen. Ich habe nicht meiner Abneigung gegen die christlichen Gewerkschaften Ausdruck gegeben, sondern ich habe im Gegenteil ausdrücklich bedauert, daß dieser Kampf zwischen den christlichen und den freien Gewerkschaften besteht (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten). Ich will die bezüglichen Bemerkungen noch einmal vorlesen; nach dem amtlichen Bericht habe ich gesagt: „Unseretwegen können die christlichen Gewerkschaften bestehen. Ja, es wäre geradezu töricht, wenn man jetzt, nachdem sie bestehen, nur deshalb, weil sie bestehen, einen Kampf gegen sie führen wollte. Denn dort, wo es sich wirklich um einen Kampf gegen Arbeiter handelt, müssen die Richtungen, so verschiedenartig sie sich auch sonst stellen, zusammenzuarbeiten versuchen, um für die Arbeiter gemeinsam etwas zu erreichen. Es wäre nicht nur töricht, sondern auch nicht zu verantworten, wenn die Arbeiterführer nicht alles mögliche versuchen würden, den Boden der Verständigung von vornherein herbeizuführen, um dafür zu sorgen, daß, wenn der Kampf einmal losgeht, man nicht lange zu tun hat, um sich selber erst gegenseitig verstehen zu lernen." Ich meine, diese Ausführungen sprechen wohl nicht für die Auffassung, die heute hier der Herr Abg. Zehnter mir gegenüber zum Ausdruck gebracht hat.

Er hat dann weiterhin bemerkt, ich hätte die christlichen Gewerkschaftsführer unisono in einen Topf hineingeworfen und erklärt, daß sie es mit der Wahrheit nicht ernst nehmen. Auch das ist eine durchaus irrige Auffassung. Meine diesbezügliche Erklärung bezog sich lediglich auf die Gewerkschaftsführer, die hier in dieser Angelegenheit mit eine Rolle spielen. Ich habe diesbezüglich ausgeführt: „Auffällig und auch bezeichnend für die „Seelenkultur" der christlichen Gewerkschaften ist die Tatsache, daß die christlichen Gewerkschaftsführer einer um den andern dem Herrn Fabrikinspektor gegenüber das denkbar ungünstigste Urteil über diesen Engel abgegeben haben, daß sie sich aber später, als der Gesamtverband sich um die Sache angenommen und auch verhandelt hatte, nun auf einmal wie ein Mann auf dem Boden der Unwahrheit zusammengefunden haben." Das ist eine Tatsache, die nachgewiesen ist, über die man nun einmal beim besten Willen nicht hinwegkommt. Herr Thelen hat sich außerordentlich ungünstig über den Herrn Engel geäußert; er versuchte aber nachträglich, die Dinge etwas anders darzustellen, obwohl, wie wir aus den Ausführungen des Herrn Fabrikinspektors gehört haben, mit Unrecht. Es mag ja sein, daß er nicht aus eigener Erfahrung gewußt hat, daß Engel früher schon Dummheiten gemacht hatte aber darauf kommt es ja gar nicht an. Die Hauptsache ist, daß er sich ungünstig geäußert hat, daß er aber hinterher mit den anderen zusammen versucht hat, diesen Herrn in Schutz zu nehmen. Genau dasselbe trifft zu auf den Herrn Kiefer, und genau dasselbe trifft zu auf den Herrn Kammerer, der eine Erklärung abgegeben hat, die zu Protokoll aufgenommen wurde und auch in der Broschüre enthalten ist, worin er öffentlich zugibt, daß er nichts davon gehört habe, daß

in jener Unterredung am Abend, als der Herr Landeskommissär über die Unterhandlung mit der Fabrikleitung Mitteilung machte, irgend etwas davon gesprochen wurde, es werde bis zum 15. September eine 15 prozentige Lohnerhöhung bewilligt; er hat ganz genau und bestimmt das erklärt, was in der schriftlichen Erklärung des Herrn Landeskommissär niedergelegt ist, und trotzdem hat der Mann hinterher den Mut gefunden, die Aktion gegen den Landeskommissär und gegen die Fabrikinspektion mit zu unternehmen.

Es ist auch außerordentlich bezeichnend für die Art und Weise, wie hier vorgegangen wird, daß man auch jetzt noch versucht, meine Partei und die freien Gewerkschaften für die ganze Geschichte verantwortlich zu machen. Ich habe da die neueste Nummer des Münchener „Arbeiter" vom 6. März d. J., in der auch über diese Dinge gesprochen wird, und zwar in einem sehr abfälligen Urteil über den Herrn Fabrikinspektor. Es wird da ein Zitat aus der Broschüre angeführt, und dann heißt es u. a.: „Ein Extrakt aus dem vorstehenden Protokoll wurde durch Herrn Dr. Bittmann in der sozialdemokratischen Presse Badens veröffentlicht." Die Herren wissen ganz genau, daß der Herr Fabrikinspektor am Samstag gesagt hat: „Die Mitteilung wurde nicht bloß an die sozialdemokratische Presse sondern an sämtliche hiesige Tageszeitungen gegeben;" aber es wird hier ausdrücklich nur die sozialdemokratische Presse genannt, um auf diese Weise natürlich den Herrn Fabrikinspektor zu verdächtigen. Dann heißt es weiter, daß der Herr Fabrikinspektor gebeten habe, man möge nun das Kriegsbeil begraben, „woran sich die sozialdemokratischen Hetzer allerdings trotz der vertraulichen Bitte des Fabrikinspektors nicht gekehrt, sondern ruhig weiter geschwindelt und verleumdet haben." Wir sind nun auf einmal die Schwindler und Verleumder, nachdem doch durch wahrhaft genügendes Material festgestellt ist, daß, wenn man von Schwindlern und Verleumdern reden kann, sie jedenfalls nicht auf unserer Seite zu suchen sind! Der Herr Fabrikinspektor hat ausdrücklich erklärt, daß die sozialdemokratische Presse wie die andere Presse von der Sache nichts mehr gebracht habe, nachdem er einen diesbezüglichen Wunsch ausgesprochen hat. Erst später, als Engel und andere in der „Kölnischen Volkszeitung" und anderen Zentrumszeitungen Artikel brachten, wonach die Sozialdemokraten für die Krawalle in Rheinfelden verantwortlich gewesen sein sollen, da haben wir uns selbstverständlich wieder gewehrt und haben die Tatsachen festgestellt gegenüber diesen Lügen, die hier aufs neue aufgetischt worden sind.

Und nun die Vorwürfe des Herrn Abg. Dr. Zehnter, soweit er sie gegen mich selbst gerichtet hat! Er hat gesagt, ich sei der zu allerletzt berufenste, um gegenüber den hier in Frage kommenden Leuten den Vorwurf der Unwahrheit zu erheben, denn mich selbst habe man schon wiederholt bei der Unwahrheit ertappt (Zuruf des Abg. Dr. Zehnter). Er hat sich auf ein Schreiben meines Genossen Geck, das im „Ortenauer Boten" veröffentlicht worden ist, berufen und nebenbei auch wieder auf die alte Geschichte von dem Stimmungsbild, das ich seinerzeit über eine Sitzung geschrieben habe, die nicht stattgefunden haben soll. Es ist bezeichnend für den Herrn Abg. Dr. Zehnter und für die Art seines Vorgehens, daß er hier eine solche Sache (wo er doch wissen muß, daß sie für mich außerordentlich peinlich ist, und daß ich mich gegen einen Parteigenossen, der hier mit mir in der Kammer sitzt, sehr schwer verteidigen kann) anschneidet, um ein schiefes Bild zu bringen. Sehr schön, Herr Kollege Zehnter, ist das nicht! Näher will ich diese Dinge nicht charakterisieren. Aber ich habe gar keine Veranlassung, meine Meinung über das, was vorgegangen ist, hier nicht in aller Öffentlichkeit und mit aller Deutlichkeit auszusprechen.

Was zunächst die Sache mit dem „Entrefilet" über jene bekannte Sitzung betrifft, so liegen die Dinge so: Ich war auf dem letzten Landtag neben meiner parlamentarischen Arbeit noch beauftragt, die Berichterstattung für den „Volksfreund" zu besorgen. Wer einigermaßen in journalistischen Dingen bewandert ist, der weiß, daß es keine leichte Aufgabe ist, neben einer anstrengenden parlamentarischen Tätigkeit nun noch eine derartige sehr anstrengende journalistische Tätigkeit ausüben zu müssen. Es war gegen den Schluß des Landtags in der 117. Sitzung vom 3. August 1908. Da stand hier u. a. auch die Frage der Einreihung der Lehrer in den Gehaltstarif auf der Tagesordnung. Sie stand auf der Tagesordnung, es wurde vorher aber über eine andere Frage verhandelt. Ich war von meiner Fraktion ausersehen, über diese Dinge zu reden. Ich hatte auch das Entrefilet zu schreiben, so lange ich in der Sitzung anwesend war. Der letzte Redner, der mir vorherging, war der Herr Abg. Dr. Obkircher. Ich war also der nächste an der Reihe. Ich machte mir zunächst einige Notizen und dachte dann: Später kommst du doch nicht dazu, du machst das Entrefilet fertig. Ich schrieb dann einige ganz sachliche Bemerkungen über das, was in der Kommission darüber verhandelt worden war und was voraussichtlich das Resultat der Abstimmung hier im Hohen Hause sein würde. Es war abends gegen 7 Uhr. Der Bote wartete draußen, um das Manuskript zu holen. Ich machte es schnell fertig in der Meinung, daß nun nachher die Sache zur Verhandlung komme. Nun hielt unglücklicherweise der Herr Abg. Obkircher eine sehr lange Rede, die sich bis 8 Uhr hinzog, und plötzlich erklärte der Herr Vorsitzende: Wir wollen hier die Verhandlung abbrechen. Ich machte mir darüber weiter keine Gedanken, dachte aber auch nicht mehr daran, daß ich ein paar Worte über das, was sich wahrscheinlich abspielen würde, in das Entrefilet geschrieben hatte, dachte auch morgens nicht mehr daran. Um ½10 Uhr wurde mir hier in die Kammer telephoniert: „Ich finde Deine Rede nicht im Bericht." Dann kam mir natürlich sofort der Gedanke: „Das ist ein Irrtum von mir; ich habe das Entrefilet ja geschrieben, bevor die Sitzung fertig war", und ich antwortete daher: „Laß den Schluß des Entrefilets einfach weg." Die Platte war aber bereits geschlagen, und durch eine Veränderung hätte die Herausgabe der Zeitung eine Verzögerung von einigen Stunden erlitten. Die Sache kam hinein, und ich konnte nichts mehr daran ändern. Das ist ein journalistisches Malheur, das einmal passieren kann, das wahrscheinlich schon jedem Journalisten in irgend einer Form einmal passiert ist. Daraus hat der „Beobachter" ungeheuer Kapital geschlagen und mich als einen Mann hingestellt, der wissentlich über etwas falsch berichtet habe, was gar nicht passiert sei. Um natürlich die Sache ja recht pikant zu machen, hat man es so dargestellt, als habe ich mich persönlich in der Besprechung über den Verlauf jener Debatte in der unglaublichsten, taktlosesten Weise gelobhudelt, um nach außen den Eindruck zu erwecken, als sei ich ein ganz eigenartiger Mensch.

Ich will Ihnen aber doch vorlesen, was ich geschrieben habe. Ich habe geschrieben: „Sodann kam der sozialdemokratische Antrag wegen Einreihung der Lehrer in den Gehaltstarif zur Verhandlung. Die Kommission hatte

die Ablehnung des Antrages beschlossen, und das Plenum schloß sich dem an. Während die Nationalliberalen noch auf der Einreihung der Lehrer in die Abteilung G 2 des neuen Gehaltstarifs bestehen, lehnt das Zentrum die Einreihung der Lehrer in den Gehaltstarif überhaupt ab. Mit den Lehrern kann das Zentrum keine politischen Geschäfte machen, und es glaubt deshalb, auf die Lehrer keine Rücksichten nehmen zu müssen. Viel eher wäre das Zentrum noch für die Einreihung der Geistlichen in den Gehaltstarif zu haben. Die Regierung will weder von dem sozialdemokratischen noch von dem Kommissionsantrag etwas wissen; günstigstenfalls ist sie bereit, die Höchstgehalte etwas zu erhöhen und die Zulagen sowie Zulagefristen den Bestimmungen des neuen Gehaltstarifs anzupassen. Für die sozialdemokratische Fraktion sprach Abg. Kolb, der den bekannten Standpunkt unserer Partei vertrat."

Das sind doch Ausführungen, die man wahrhaftig vorher schreiben kann, wenn die Sache sich normal abspielt. Es war mir nur insofern ein Malheur passiert, als der Herr Vorsitzende die Verhandlungen geschlossen hatte, weil der Herr Abg. Dr. Obkircher damals eine etwas lange Rede hielt und man diesen Punkt nicht mehr an demselben Tage erledigen konnte. Ähnliches passiert ja auch anderen Zeitungen. Man hat es beispielsweise bei dem „Pfälzer Boten" erlebt, daß er über das Inselfest der Gewerkschaften und eine oder zwei Reden berichtet hat, die dort gehalten worden seien und nicht gehalten worden sind. Die Zeitung ist von einem Berichterstatter direkt hineingelegt worden. Der Berichterstatter hat dort wirklich gelogen, während ich hier tatsächlich nur das Opfer eines unglückseligen Zufalls gewesen bin. Wenn man derartige Geschichten in der Weise aufstutzen muß, wie das hier von dem Herrn Abg. Dr. Zehnter wieder geschehen ist, so beweist das eben nur, daß man zu ganz eigenartigen Mitteln greifen muß, um einen politischen Gegner in der öffentlichen Meinung herabzusetzen.

Ganz ähnlich verhält es sich mit der anderen Sache, mit dem Vorwurf der bewußten Unwahrheit, auf den ich bis heute nicht reagiert habe. Das werden Sie mir alle nachfühlen können, daß es mir außerordentlich unangenehm ist, mich gegenüber meinen Genossen Geck auf eine Polemik einlassen zu müssen über das, was vor Jahren vorgefallen ist. Aber ich kann es besprechen, es ist ja kein Geheimnis, daß hier Gegensätze bestehen; ich will den Fall also klar stellen und der Herr Abg. Dr. Zehnter wird mir dann zugeben, daß es auch hier nur ein unglückseliger Zufall gewesen ist, daß der Vorwurf erhoben werden konnte, ich hätte die Unwahrheit gesagt. (Abg. Dr. Zehnter: Das habe ich nicht gesagt!) Sie haben gesagt, ich sei nicht berufen dazu, einem andern gegenüber den Vorwurf der Unwahrhaftigkeit zu erheben. (Abg. Hummel: Das ist die „vornehme Kampfesweise"!) Es war kurz nach dem Nürnberger Parteitag. In Kleinsteinbach war eine Versammlung meiner Partei; ich glaubte, es sei eine Konferenz des ganzen neunten Reichstagswahlkreises, in der mein Genosse Eichhorn seinen Standpunkt in der Budgetfrage klar legen wollte. Ich habe mich dorthin begeben, um auch meinen Standpunkt darzulegen, damit meine Parteigenossen Gelegenheit hätten, sich ein Urteil über die Streitfrage zu bilden. Ich täuschte mich aber, es war nur eine Wahlkreiskonferenz. Die Einberufer kamen eine Stunde zu spät. Während der Zeit unterhielten wir uns über die Vorgänge auf dem Nürnberger Parteitag, auch über Personalfragen, und kamen dadurch in eine aufgeregte Debatte. Daß hier gegensätzliche Meinungen vorhanden waren, läßt sich leicht erklären, da auch auf dem Parteitag die Gemüter aufeinander geplatzt waren. Später kam die Sache auch in der Konferenz zur Sprache, und ich habe meinen Standpunkt in längerer Rede vertreten; in der Zeitung kam ein Bericht darüber. Einige Tage später kam eine Erklärung eines Pforzheimer Genossen, der Mann ist mir bis auf den heutigen Tag nicht bekannt, ich nehme aber an, daß er auf der Konferenz anwesend war. In dieser Erklärung war gesagt, ich hätte geäußert, ich werde mir überlegen, ob ich mit dem Genossen Geck zusammen noch einmal kandidiere. Ich überlegte mir hin und her, ob ich denn das gesagt hätte, ich war mir dessen nicht bewußt. Ich fragte den Vorsitzenden der Konferenz, ob er gehört habe, daß ich das gesagt hätte, und er antwortete, nein, er habe das nicht gehört. Darauf brachte ich eine Erklärung mit Namensunterschrift, daß diese Behauptung nicht richtig sei. Am andern Tag brachte der Pforzheimer Genosse wieder eine Erklärung, daß ich in der Privatunterhaltung etwas derartiges gesagt hätte. Das konnte ich nicht in Abrede stellen, weil ich nicht wußte, ob ich im Privatgespräch etwas derartiges gesagt habe oder nicht; es war ja möglich, aber ich wußte es nicht. Jedenfalls aber konnte ich nicht wissen, daß jemand auf ein Privatgespräch abhebt, wenn er nach jener Versammlung behauptete, ich hätte das und jenes gesagt. So liegen die Dinge. Und heute noch geht der „Beobachter" krebsen mit der Behauptung, ich hätte wissentlich und öffentlich eine unwahre Behauptung aufgestellt. Wenn man zu solchen Mitteln greifen muß, um einen politischen Gegner zu bekämpfen, so ist das ein Beweis, daß es mit der eigenen Sache nicht weit her ist.

Auf die Ausführungen des Herrn Dr. Zehnter über Äußerungen, die bei dem Meineidprozesse des Herrn Leuß gemacht worden sein sollen, will ich nicht eingehen. Es ist ja möglich, daß sich Sozialdemokraten das haben zu Schulden kommen lassen, aber sie haben sich dann die Liguori-Moral zu eigen gemacht.

Nun will ich noch kurz auf das eingehen, was Herr Dr. Zehnter zu dem Gegenstand gesagt hat, der auf der Tagesordnung steht. Er hat gemeint, die christlichen Gewerkschaftsführer in Schutz nehmen zu können, indem er sagte, man müsse bei der ganzen Angelegenheit berücksichtigen, daß auch die christlichen Gewerkschaftsführer mit Material versehen gewesen seien, auf das sie sich glaubten stützen zu können. Sie haben eben kein anderes Material gehabt als das, was ihnen Engel zugeschustert hat, und darauf durften sie sich nicht verlassen. Ganz richtig hat der Herr Fabrikinspektor heute wieder darauf abgehoben, daß die Herren unter allen Umständen hier hätten ankehren müssen und auch beim Landeskommissär (Abg. Dr. Zehnter: Das habe ich auch selber gesagt!) — gewiß —, wenn es ihnen darum zu tun war, Licht in die Sache zu bringen. Daß sie das versäumt haben und nun hinterher kommen und sagen, sie hätten sich auf das Material von Engel gestützt, beweist, daß sie leichtfertig vorgegangen sind, und daß sie sich nicht beklagen dürfen, wenn sie mit Engel zusammen in eine recht schiefe Situation kommen.

Sodann möchte ich mit einigen Worten auf die Ausführungen des Herrn Abg. Dr. Zehnter eingehen, die er über den Gegensatz der christlichen und der freien Gewerkschaften gemacht hat. Herr Dr. Zehnter hat es so dargestellt, als ob die Sozialdemokratie

mit ihrer Arbeiterorganisation eigentlich eine Kopie gemacht habe von dem, was vorher von katholischer Seite geschehen sei. Ursprünglich seien die Arbeiterorganisationen von katholischer Seite ausgegangen und die Sozialdemokrate sei erst hinterher gekommen. Das stimmt nicht ganz, Herr Kollege Zehnter! Wahr ist, daß schon Bischof Ketteler auf die Notwendigkeit gewerkschaftlicher Organisationen aufmerksam gemacht hat. Er hat aber ausdrücklich betont, daß nur lokale Gewerkschaften gegründet werden dürften, denn zentralorganisierte würden sehr leicht ein Opfer revolutionärer Neigungen werden können. Im Jahre 1873 hat in den „Christlich-sozialen Blättern" die Arbeit für Arbeiterorganisationen begonnen.

Ich zähle die christlichen Gesellenvereine nicht zu den Arbeiterorganisationen, die hier in Frage stehen und die die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter zum Ziele haben. Die katholischen Gesellenvereine sind Vereine, die allerdings sehr früh gegründet worden sind, ich glaube schon in den vierziger Jahren des vorigen Jahrhunderts, und die den Zweck hatten, Handwerksgesellen, die in fremde Städte kamen, ein Heim zu bieten und eine Gelegenheit, die Bekanntschaft anderer und gleichgesinnter Handwerksgesellen des Ortes zu machen. Das war ein löbliches Bestreben, gegen das nichts einzuwenden ist. Aber diese Organisation ist nicht zu vergleichen mit dem, was man heute unter Arbeiterorganisation versteht. Erst im Jahre 1873 hat die Debatte über die Gründung von Arbeiterorganisationen in den „Christlich-sozialen Blättern" eingesetzt, und man hat sich dort für eine Angliederung dieser Organisationen an die Gesellenvereine ausgesprochen. Im Jahre 1878 hat sich Rudolf Maier in den „Christlich-sozialen Blättern" für die Gründung eigener konfessioneller Gewerkschaften ausgesprochen, aber es ist ihm scharf entgegnet worden. Es wurde erklärt, daß das zu sehr bedenklichen Konsequenzen führen könnte, man dürfe solche Organisationen nicht gründen.

Mittlerweile kam im Jahre 1878 das Sozialistengesetz, und dann ist, das ist bezeichnend für die christlichen Sozialpolitiker evangelischer und katholischer Richtung, die ganze Diskussion über diese ungeheuer wichtige Sache eingeschlafen, bis zum Jahre 1890, wo das Sozialistengesetz gefallen ist. Die Herren haben 12 Jahre lang diese Sorge vom Halse gehabt; erst 1890, als die Arbeiterbewegung frei von den Fesseln des Sozialistengesetzes sich entfalten konnte, haben sie auch wieder daran gedacht und sich gesagt: „Halt! Wir müssen dafür sorgen, daß etwas für die konfessionellen Arbeiterorganisationen geschieht." Dort wurde auch der „Volksverein für das katholische Deutschland" gegründet. Die „Kölnische Volkszeitung" hat sich beklagt, daß man untätig zusehe, wie Sozialdemokratie und freie Gewerkschaften sich ausbreiten und daß man außerordentlich viel versäumt habe. In den „Christlich-sozialen Blättern" kamen Artikel, in denen die Ansicht ausgedrückt war, daß nur dort Fachorganisationen gegründet werden sollten, wo die Gefahr bestehe, daß die Arbeiterschaft in die Netze der sozialdemokratischen Gewerkschaft geraten könnte; aber überall, wo diese Gefahr nicht bestehe, sollte man sich davor hüten, weil man dadurch die Gefahr wecke, daß die Arbeiter auf die sozialdemokratischen Gewerkschaften aufmerksam werden; lieber schaffe man gar keine Organisation, als daß man die katholischen Arbeiter dieser Gefahr aussetze. Dann ging es los und es wurde planlos gegründet, hier eine katholische Fachabteilung, dort eine katholische Gewerkschaft, dort ein katholischer Arbeiterverein. Die katholischen Arbeiterorganisationen schossen in den 90er Jahren wie Pilze hervor, ohne daß irgendwelches Ziel und irgendwelche Richtung dabei vorhanden waren. Planlos, wie ich sagte, ging man dabei vor, und das ist auch wieder ein Beweis dafür, daß man absolut nicht wußte, was man wollte, sondern daß man die ganze Sache dem Zufall überließ. Dann haben sich auch die katholischen Sozialpolitiker mit diesen Dingen beschäftigt, und man ist dazu übergegangen, die Fachabteilungen zu befürworten, und es ist außerordentlich interessant, was damals der Pfarrer Kochmeyer in einem Referat in Münster über den Zweck der Verbände ausgesprochen hat. Er sagte: „Die Fachabteilungen, weit entfernt, unserem Verein zu schaden oder die Einigkeit zu stören, würden ein großer Nutzen sein 1. für den Präses, der seine Leute besser kennen lernt und mehr Einblick gewinnt in ihre Lage; 2. für die Mitglieder, die geschult und gebildet würden, um namentlich den Sozialisten und ihren ungestümen Forderungen gegenüberzutreten; 3. für die Arbeitgeber, die Fabrikanten und Meister." Das war das Ziel, das man sich zunächst gesetzt hat: Kampf gegen die Sozialisten und eine Schutztruppe für die Unternehmer. Der Abg. Hitze, der große Sozialpolitiker des Zentrums, hat sich mit diesen Dingen auch beschäftigt, und er hat 1894 folgendes Programm für die Fachabteilungen aufgestellt: „1. Förderung der Fachbildung durch Unterricht, Vorträge, Ausstellungen usw., Beschaffung einer Fachbibliothek, Besprechungen, Vermittlung von entsprechenden Arbeitsstellen. 2. Gründliche Unterweisung bzgl. der bestehenden sozialen Gesetze u. Veranstaltungen; praktische Anleitung zu zweckmäßiger Mitwirkung bei Ausführung und Verwaltung derselben. 3. Besprechungen und Erhebungen bezüglich der bestehenden Arbeiterverhältnisse, Klarlegung der Mißstände und der Wege zur Abhilfe; Mitteilung und Anregung entsprechender Verbesserungen und Einrichtungen bei den berufenen Instanzen. Diese Anregungen werden in der Regel und zunächst von den einzelnen Mitgliedern an zuständiger Stelle (beim einzelnen Arbeitgeber in bescheidener, maßvoller Form, im Arbeiterausschuß, im Vorstand der Krankenkasse, im Gewerbegericht usw.) angebracht."

Und dann heißt es an anderer Stelle: „Endlich kann in gegebenen Fällen auch an die öffentliche Meinung appelliert werden durch ruhige, wohlüberlegte, maßvolle Darstellung der Mißstände und praktische, wohlbegründete Vorschläge zur Abhilfe in Zeitungen und Vorträgen. Gewiß kann und soll auch das letzte Mittel zur Erreichung berechtigter Wünsche und Forderungen — der Streik — den Arbeitern nicht beschränkt werden, aber schon die lokale und konfessionelle Beschränkung der Organisation wird die selbständige Aufnahme und Durchführung eines solchen kaum möglich erscheinen lassen." Das war also damals seine Auffassung (Zwischenrufe beim Zentrum), jetzt mag er ja anderer Auffassung sein, seit die München-Gladbacher obenauf sind (Lachen).

Ich will hier nun die geschichtliche Entwicklung der katholischen Arbeitervereine darstellen und darauf aufmerksam machen. Es ist eine Masse solcher Vereine gegründet worden, namentlich in der Nähe von München-Gladbach, und insbesondere sind Gewerkschaften der Textilarbeiter auf rein lokaler Grundlage gegründet worden. Gelegentlich eines Stiftungsfestes einer solchen lokalen gewerkschaftlichen Organisation kam dann der Gedanke auf die Tagesordnung, ob man nicht nach dem Muster der freien Gewerkschaften überall solche Organi-

sationen gründen solle, und ob man nicht auch einen Zentralverband errichten solle. Dann hat man beschlossen, Aufrufe zu erlassen zur Abhaltung eines Kongresses, nämlich zu dem ersten Kongreß der christlichen Gewerkschaften, der in Mainz stattgefunden hat, auf dem die verschiedenen Organisationen sich haben vertreten lassen, und auf dem zum ersten Male in gründlicher Weise über gewerkschaftliche Fragen vom Standpunkt der christlichen Sozialpolitik aus gesprochen wurde. Es war bezeichnend, daß auf jenem ersten Kongreß der christlichen Gewerkschaften sofort beschlossen wurde, das System der Ehrenräte, das man überall hatte, abzuschaffen und zwar deshalb, weil man mit diesen Ehrenräten außerordentlich schlechte Erfahrungen gemacht hatte, und diese Ehrenräte waren die katholischen Geistlichen und die katholischen Fabrikanten. Der Umstand, daß die christlichen Gewerkschaften gerade auf ihrem ersten Kongreß mit diesem System der Ehrenräte tabula rasa gemacht haben, wird es wohl mit in erster Linie veranlaßt haben, daß dann sofort in den Kreisen der Kleriker die Opposition begonnen hat; auf die Folgen werde ich noch zu sprechen kommen. Welche Unklarheit da geherrscht hat, geht schon daraus hervor, daß bald nach diesem Mainzer Kongreß eine Broschüre in München-Gladbach über die christlichen Gewerkschaften herausgegeben wurde, in der es unter anderem hieß, daß man nur rein wirtschaftliche Zwecke zu verfolgen hätte, und daß man in keiner Weise sich mit religiösen und politischen Angelegenheiten befassen dürfe. Wenn also die Leute konsequent gewesen wären, dann hätten sie das „christlich" aus ihrer Firma streichen müssen.

Aber das nur nebenbei. Im Jahre 1900 hat dann der zweite Kongreß der christlichen Gewerkschaften in Frankfurt stattgefunden, wo man noch weiter gegangen ist. Dort hat Giesberts unter anderem erklärt, daß man sich mit den freien Gewerkschaften verständigen müsse, und daß die Arbeiter gemeinsam den Vorstoß auf das Unternehmertum unternehmen müssen, um auf diese Weise ihre wirtschaftlichen Verhältnisse zu verbessern. Daß die christlichen Gewerkschaften mit ihren Kollegen in den freien Gewerkschaften gemeinsame Sache machen sollen, das hat dem Faß den Boden ausgeschlagen, und dann ist die Hetze gegen die christlichen Gewerkschaften losgegangen. Bald darauf ist man dann auch in schärfster Weise gegen die christlichen Gewerkschaften losgezogen und hat die Gründung von Fachabteilungen gefordert, wie auch der Herr Abg. Pieper sich ebenfalls für die Gründung von Fachabteilungen ausgesprochen und erklärt hat, daß in diesen Fragen sich die Katholiken insbesondere den Weisungen ihrer Bischöfe zu fügen haben. Dann ist auch jenes bekannte Fuldaer Pastorale der deutschen Bischöfe erschienen, in der sie sich ganz entschieden für die kath. Fachabteilungen, aber, allerdings in sehr verklausulierten Formen, gegen die christlichen Gewerkschaften ausgesprochen haben. Was die Fuldaer Bischöfe klugerweise vermeiden wollten, das hat dann der Freiburger Erzbischof ganz unklugerweise an die große Glocke gehängt, indem er sich in einem Schreiben gegen die christlichen Gewerkschaften gewandt hat, das eine Interpretation des Fuldaer Pastorales darstellt. Ich erlaube mir mit Erlaubnis des Herrn Präsidenten ein paar Sätze vorzulesen: „Das nachstehende Rundschreiben der letzten Fuldaer Bischofskonferenz übergebe ich anmit dem Hochwürdigen Klerus der Erzdiözese zur sorgfältigen Erwägung und gewissenhaften Beobachtung. Veranlaßt ist es durch die in neuester Zeit hervorgetretene Gewerkschaftsbewegung. Dieselbe hat zwar anfangs durch das von ihr prätendierte nächste Ziel, und weil sie als „christlich" sich bezeichnete, auch bei katholischen und geistlichen Arbeiterfreunden Eindruck gemacht und Hoffnungen erweckt. Allein schon jetzt hat es sich gezeigt, daß das Wort „christlich" hier nur ein leerer Schall und Aushängeschild ist, und daß die Bewegung mit unausbleiblicher Konsequenz nur der Sozialdemokratie zu gute kommen kann, für die sie jene Kreise organisiert und vorbereitet, die einstweilen noch auf dem Boden der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung bleiben wollen. Die Verhandlungen ihres Delegiertentags in Frankfurt, die ja jede (positive) religiöse Grundlage ausschlossen und als zu erstrebendes Ziel die Vereinigung mit den sozialdemokratischen Arbeitern proklamierten, sowie der Beifall, den die sozialdemokratische Presse diesen Verhandlungen und Bestrebungen spendete, lassen hierüber keinen Zweifel übrig." Dann spricht sich der Erzbischof in langen Ausführungen für die katholischen Fachabteilungen aus. Das war eine Aktion gegen die christlichen Gewerkschaften, und bald darauf ist es in der Zentrumspresse natürlich losgegangen; ein Teil der Zentrumspresse hat sich auf die Seite der christlichen Gewerkschaften gestellt, und ein anderer hat sich für die Fachabteilungen ausgesprochen. Man hat nun nicht gewußt, was man machen sollte. Natürlich, ein katholisches Blatt darf sich nicht gegen die Bischöfe auflehnen, und auf der anderen Seite war man in einer peinlichen Situation, man durfte es nicht mit den Arbeitern verderben, und so suchte man sich mit allen möglichen gekünstelten Redensarten herauszureden. So versuchte die „Kölnische Volkszeitung" es so darzustellen, daß in diesem Schreiben des Erzbischofs von Freiburg offenbar ein Mißverständnis unterlaufen wäre. Allein davon kann gar keine Rede sein, denn von den Herren, die dem Bischof von Freiburg ein Mißverständnis unterschieben wollen, war keiner auf der Konferenz, dagegen hat der Erzbischof selbst an der Konferenz teilgenommen, und er wußte ganz genau, warum er in dieser Weise durch sein bischöfliches Schreiben das Pastorale noch besonders interpretiert hat. Allerdings, als man gesehen hat, daß diese Interpretation zum großen Schaden ausschlug, daß sie unklug war, da hat man auf einmal versucht, sich mit einem Mißverständnis herauszureden. Man hat gesagt, von den christlichen Gewerkschaften sei gar nicht die Rede, die habe er gar nicht gemeint, aber andere in Betracht kommende Gewerkschaften haben bis heute noch nicht bestanden. Der Erzbischof von Freiburg hat ja auch ausdrücklich erklärt, welche Gewerkschaften er gemeint hat, nämlich diejenigen Gewerkschaften, die in Frankfurt ihren Kongreß abgehalten hatten. Das ist ausdrücklich erwähnt, und er kann andere Gewerkschaften gar nicht gemeint haben. Es kann also von einem Mißverständnis in dieser Sache in keiner Weise die Rede sein, sondern der Erzbischof von Freiburg hat in ganz ungeschickter Weise das ausgeplaudert, was andere sehr geschickt verklausuliert hatten, damit nicht etwa Feuer unter das Dach kommt. Dann hat auf dem Katholikentag in Bonn, das war im Jahre 1900, in demselben Jahre, in dem dieses Pastorale herausgekommen war, Herr Giesberts versucht, in der Sozialen Kommission eine Resolution für die christlichen Gewerkschaften durchzudrücken. Er ist damit glatt abgefahren, er hat nur zwei Unterschriften dafür bekommen, von einem Herrn Kaplan Müller und von einem anderen Kaplan. Alle übrigen waren dagegen und haben sich in der schärfsten Weise gegen Giesberts ausgesprochen,

sie haben erklärt, die christliche Gewerkschaftspresse führe einen rüpelhaften Ton, auch in den Versammlungen gehe es zu wie in sozialdemokratischen Versammlungen. So war es bis dahin. Dann auf einmal allerdings, nachdem die christlichen Gewerkschaften sich nicht irre machen ließen, sondern weiter arbeiteten, weiter agitierten und an Umfang zugenommen haben, hat die katholische Diplomatie wie immer es verstanden, sich auch hier anzupassen. Man hat die Gewerkschaften in Ruhe gelassen, und von der Zeit an ist auch auf den Katholikentagen von den christlichen Gewerkschaften nicht mehr die Rede; früher waren sie auf der Tagesordnung, auf einmal waren sie verschwunden, um auf den Katholikentagen keinen Mißton aufkommen zu lassen. Denn im Geheimen tobt der Kampf bis auf den heutigen Tag weiter, heute noch bestehen die Gegensätze zwischen der einen Richtung, die für katholische Fachabteilungen ist, und der andere, die für christliche Gewerkschaften ist. Aber das Auffallende ist, daß man nur dort für katholische Fachabteilungen ist, wo man von der Sozialdemokratie und von den freien Gewerkschaften nichts zu fürchten hat. Hinten bei Trier und in Oberschlesien, wo wir gar keine Lokale bekommen können, um Versammlungen abzuhalten, ist man für katholische Fachabteilungen, überall dort aber, wo die freien Gewerkschaften und die Sozialdemokratie agitieren können, ist man für christliche Gewerkschaften. Daraus geht klipp und klar hervor, daß diese ganzen Organisationen nicht der Arbeiter wegen gegründet worden sind, sondern lediglich, um ein Mittel in die Hand zu bekommen, die sozialistische und moderne Arbeiterbewegung aufzuhalten. Das war der Zweck dieser ganzen Gründung, und nicht etwa, den Arbeitern zu helfen und sie in eine bessere wirtschaftliche Situation zu bringen. Was man gefürchtet hat, war das Selbständigwerden der Arbeiter auf politischem und auf wirtschaftlichem Gebiet, und ganz bezeichnend dafür, welche Stimmungen in den beteiligten Kreisen herrschen, sind folgende zwei Briefe, die in einer für die katholischen Arbeitervereinspräsides herausgegebenen Korrespondenz abgedruckt sind und die später in der „Neuen Gesellschaft“ im Jahre 1907 veröffentlicht worden sind. Ein älterer Geistlicher schreibt: „Ich habe die hiesigen Fabrikanten und Arbeitgeber in der Hand und habe ich seit Jahren mit denselben dahin gearbeitet, daß hier kein Sozialdemokrat ankommen kann. Auch sind die Wirte mit ihren Sälen meines Winkes gewärtig. Sozialdemokraten haben wir nicht und wird es auch keine geben, da die hiesigen Arbeiter meist Leute sind, die hier geboren und erzogen sind und von sozialdemokratischen Anschauungen nichts kennen. Um auch den Keim von sozialdemokratischem Treiben fernzuhalten, wurde neulich eine hier versuchte Einführung des christlichen Gewerkvereins der X-Arbeiter vereitelt, obschon der Wirt schon einen Saal dafür hergegeben hatte. Volksversammlungen aber hier zu halten, halte ich nicht für praktisch, damit der eine Verein nicht durch den anderen vernichtet wird. Sollte Gefahr eintreten, werde ich schon zur Stelle sein.“ Sie sehen, katholische Geistliche verbieten sogar die Abhaltung christlicher Gewerkschaftsversammlungen, hintertreiben sie dort, wo sie glauben, daß es für die katholische Sache und die katholischen Arbeitervereine gefährlich werden könnte! Das andere Schreiben ist noch interessanter, es ist von einem Mitglied einer christlichen Gewerkschaft an den Vorsitzenden derselben. Da heißt es: „Es drängt mich, Dir einiges von dem mitzuteilen, was uns in unserer agitatorischen Tätigkeit von unseren katholischen Landgeistlichen an Hindernissen zwischen die Füße geworfen worden ist. Wiederholt habe ich Dir gesagt, daß für uns in hiesiger Gegend ein großes Arbeitsfeld vorhanden ist. Und in der Tat viel größer, als ich es mir früher vorstellte. Es hat aber den Anschein, daß es uns nicht gelingen sollte, die noch christlich gesinnte Arbeiterschaft für uns zu gewinnen. Nicht blos, daß uns mancher der Herren Landpfarrer nicht dazu kommen läßt, eine Organisation zu errichten, weil er sie für überflüssig hält, sondern weil die Organisation, wenn eine solche schon besteht, nicht den Ansichten des Herrn Pfarrers entspricht und wieder vernichtet werden muß. Die Herren sind der Ansicht, daß eine Gewerkschaft auf christlicher Grundlage auch in politischer wie konfessioneller Beziehung tätig sein soll, von Verbesserungen der Lage der Arbeiter soll überhaupt nichts erwähnt werden“. Das ist katholische Sozialpolitik (Lebhafter Widerspruch im Zentrum) — lassen Sie mich nur meinen Satz beenden! — dort, wo Sie von der Sozialdemokratie nichts zu fürchten haben; aber überall dort, wo die Sozialdemokratie vorwärts dringt, wo sie Ihnen die Arbeiter abspenstig zu machen droht, da natürlich machen Sie eine andere Sozialpolitik, da kommen Sie den Arbeitern entgegen, da dürfen sie auch Gewerkschaften gründen dürfen sie auch gegen die Arbeitgeber mobil machen. Alles, damit das liebe Zentrum keinen Schaden von der Sache hat!

Ich habe diese Dinge angeführt, um Ihnen zu zeigen, daß die historische Entwicklung der christlichen Arbeiterbewegung doch eine andere war, als sie von jener Seite dargestellt wurde. Und wenn der Herr Abg. Dr. Zehnter auf den Terrorismus abgehoben hat, der von den freien Gewerkschaften gegen christliche manchmal geübt wird (wir haben schon wiederholt erklärt, daß wir das nicht bestreiten, daß das bedauerlicherweise vorkommt): Der Terrorismus wird nicht bloß zwischen den Arbeitern ausgeübt, sondern überall, wo wirtschaftliche Gegensätze sich bemerkbar machen, da kommen solche Dinge leider vor. Nicht minder aber wird der Terrorismus ausgeübt von den christlichen Arbeitern unter sich selber. Die katholischen Fachabteilungen kämpfen gegen die christlichen Gewerkschaften in viel, viel schärferer Weise, als die freien Gewerkschaften gegen die christlichen kämpfen, und umgekehrt. Das ist durchaus erklärlich: Wenn es in einer Partei einmal Gegensätze gibt, dann werden sie bekanntlich in viel schärferer Weise ausgefochten, als man sonst unter politischen Gegnern Meinungsverschiedenheiten auszutragen pflegt, und so ist es auch hier. Ich habe im vorigen Jahr einmal in einer Zeitung eine ganze Menge von solchen einzelnen Fällen von Terrorismus zwischen christlichen Arbeitern und katholischen Fachabteilungen gelesen, die alles übersteigen, was ich auf diesem Gebiete bisher erfahren habe. Man darf aber nicht verallgemeinern und nicht nur die eine Richtung verantwortlich machen. Es kommen überall Fehler vor, auch unter den christlichen Arbeitern.

Im übrigen habe ich schon in meiner letzten Rede gesagt, daß diese ganze christliche Arbeiterbewegung notwendigerweise, wie ein Erzbischof ganz mit Recht gesagt hat, ganz wo anders enden wird, als sie nach der Meinung derjenigen, die sie heute protegieren, enden soll. Heute wird der Klassenkampf geleugnet, aber „der Geschichte ehernes Muß“ paukt den Leuten den Klassenkampf ein, ob sie wollen oder nicht, sie müssen ihn führen, weil sie dazu gezwungen werden. Solange die christlichen Gewerkschaften klein an Mitgliederzahl waren, solange sie nicht aktionsfähig waren, haben sie sich natürlich überall drücken können, und da kam auch eine Menge Reibereien mit den freien Gewerkschaften vor, weil sie sehr oft

Streikbrecher gestellt haben, um auf diese Weise ihre Organisation in die Höhe zu bringen. Das verschwindet jetzt immer mehr, Herr Kollege Zehnter, die Verständigung zwischen den christlichen und den freien Gewerkschaften ist erfreulicherweise immer häufiger. Bei den großen Aktionen, die heute die Arbeiterschaft unternehmen muß, ist ein anderer Gang der Entwicklung gar nicht denkbar, und die katholischen Arbeiter werden auch einsehen müssen, daß jeder wirtschaftliche Kampf zu einem politischen Kampf wird, wenn sie nicht weiterhin den kürzeren ziehen wollen, wenn sie sich nicht vom Zentrum zwar ein bischen Sozialpolitik servieren, aber gleich darnach mit einer Lebensmittelverteuerung regalieren lassen wollen.

Zum Schluß möchte ich noch einmal kurz auf den Rheinfelder Fall zu sprechen kommen. Wir haben ihn nicht politisch und nicht agitatorisch ausgeschlachtet, weil wir der Überzeugung sind, daß es sich hier um einen Vorgang handelt, bei dem in erster Linie eine einzelne Person die Verantwortung trifft. Bedauerlich ist es allerdings, daß die Führer der christlichen Gewerkschaftsbewegung, namentlich die Herren im Zentralverband, sich durch den Einfluß dieses einen Herrn in eine Situation haben hineindrängen lassen, die weder für sie noch für die christlichen Gewerkschaften von Vorteil ist. Das werden die Herren mittlerweile auch eingesehen haben, wenigstens habe ich aus den Ausführungen, die der Herr Abg. Zehnter heute gemacht hat, den Eindruck gewonnen, daß Herr Stegerwald jetzt schon der Überzeugung ist, es wäre vielleicht doch besser gewesen, man hätte damals einen anderen Weg eingeschlagen und hätte diesen Engel abgeschüttelt. Auffallen muß immerhin, daß dieser Mann in der christlichen Gewerkschaftsbewegung heute noch eine Rolle spielt. Ich will kein Urteil abgeben, ich will abwarten, was in den nächsten Wochen geschehen wird. Wird der Mann dann noch nicht abgeschüttelt, der sich, trotzdem er in dieser Rheinfelder Affäre eine so üble und traurige Rolle gespielt hat, derart benimmt, wie es tatsächlich der Fall ist, daß er den Mut hat, über den Rheinfelder Streik und über die „Schurkereien der Sozialdemokratie und ihrer Presse" in diesen Tagen zu referieren, dann kommt man allerdings zu allerhand Vermutungen, dann kommt man auf die Vermutung, als stehe es mit ihm so ähnlich wie seinerzeit mit Bust; nachdem dieser erklärt hatte: Wenn ihr mich nicht in Ruhe laßt, ich habe Briefe von 10 Jahren her, ich kann etwas sagen, hat ein anderer in der Kommission erklärt: Dann stopfen wir ihm den Mund und geben ihm 1500 Mark Pension (Heiterkeit). Ich spreche damit keine Verdächtigungen gegen die christlichen Gewerkschaften aus, das betone ich ausdrücklich, ich sage nur, es kann manchmal vorkommen, daß gewisse Elemente, die Gelegenheit haben, in die Interna einer Organisation einzudringen, die nicht für jedermann bekannt werden sollen, diese Kenntnis dann benützen, um sich in Stellungen zu halten, die sie von rechts wegen aufgeben müßten. Ich kann nur sagen, ich will abwarten, und ich gebe der Hoffnung Ausdruck, daß die christlichen Gewerkschaften diesen Mann abschütteln und in eine solche Situation nicht mehr kommen.

Wir freuen uns nicht darüber, daß solche Dinge passieren, denn es bleibt immer etwas an der allgemeinen Arbeiterbewegung hängen. Auch die anderen Gewerkschaften haben davon Schaden und kommen in Mißkredit, wenn solche Dinge passieren können und sich späterhin solche Debatten daran anschließen, wie das jetzt der Fall gewesen ist. Wir haben keine Angst vor den christlichen Gewerkschaften. Wir leben immer noch in der Hoffnung, daß sie den richtigen Weg finden und es aufgeben werden, in der Weise wie bisher die Religion auch zum wirtschaftlichen Kampfe zu mißbrauchen. Die Herren sollen sich erinnern an den Standpunkt, den sie in Frankfurt eingenommen haben, den Herr Giesberts dort vertreten hat, der erklärt hat: Religionsfragen haben mit den wirtschaftlichen Kämpfen absolut nichts zu tun (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten). Die „Seelenkultur", von der der Herr Abg. Knebel gesprochen hat, soll in den katholischen Arbeitervereinen und in den vielen religiösen Korporationen gepflegt werden, die Gewerkschaften haben andere Aufgaben! Mit Recht hat Herr Kollege Willi hervorgehoben, die Konsequenz der Auffassung, die der Herr Abg. Knebel hier vertreten hat, läuft auf die Verneinung jeder gewerkschaftlichen Arbeit hinaus. Es ist eine grundfalsche Auffassung, wenn man meint, wir wollten mit unseren wirtschaftlichen Kämpfen den Geldhunger der Arbeiter wachrufen. Darum handelt es sich hier nicht, sondern es handelt sich darum, den Arbeitern den wohlberechtigten Anteil an den Kulturgenüssen unserer Zeit zu erobern (Zustimmung bei den Sozialdemokraten); und daß die Arbeiterschaft heute im Verhältnis zu dem eminenten ungeheueren Fortschritt auf dem Gebiete der Produktion im Rückstande ist, das wird wahrhaftig niemand mehr bestreiten wollen. Auf der einen Seite diese ungeheueren Reichtümer und auf der anderen Seite Millionen und abermals Millionen, die kaum so viel verdienen, um halbwegs menschenwürdig leben zu können! Das sind doch Verhältnisse, die auf die Dauer unmöglich bestehen können, und wenn die Gewerkschaft versucht, hier einzusetzen, höhere Löhne und kürzere Arbeitszeit zu erlangen, so kommt sie ganz naturnotwendig mit dem anderen Teil, der im Besitze der Produktionsmittel ist, in Konflikt, die Interessengegensätze platzen aufeinander, es entsteht ein Kampf zwischen Klassen. Daß dazwischen einzelne Unternehmer sich befinden, die sozial fortgeschrittener sind, die von sich aus den Arbeitern sehr weitgehend entgegenkommen würden, wenn sie es könnten, das will ich gar nicht bestreiten; teilweise kommen sie den Arbeitern sogar über das normale Maß hinaus entgegen.

Es ist auch durchaus falsch, wenn behauptet wird, daß wir die Arbeiter gegen die Kapitalisten aufhetzen, daß wir ihnen gewissermaßen die Meinung suggerieren, daß die Kapitalisten zu Unrecht Profit sich aneignen. Wenn wir etwas derartiges tun würden, so würden wir uns damit direkt gegen die marxistische Lehre auflehnen. Nach Marxscher Auffassung ist die Entwicklung eine notwendige, und innerhalb der gegebenen wirtschaftlichen Verhältnisse hat der Kapitalist das Recht, Profit für sich in Anspruch zu nehmen. Auf der Art und Weise, wie die heutige kapitalistische Produktionsweise beruht, beruht auch die Aneignung des Mehrwerts. Darüber kommen wir gegenüber der heutigen Gesellschaft nicht hinweg. Es wäre töricht, den Arbeitern zu suggerieren: Ihr habt innerhalb der heutigen Gesellschaft ein Recht auf den ganzen Mehrwert. Damit würde die ganze Entwicklung und auch die heutige Kultur aufhören. Solche Dinge kann man nicht künstlich machen, und wenn der eine oder andere solche Redensarten von sich gibt, so beweist das nur, daß er nicht gründlich genug geschult ist, um unsere Auffassung richtig wiederzugeben (Zuruf des Abg. Dr. Zehnter). Ich habe eben gesagt, daß der eine oder andere eine andere Auffassung kundgibt, das bestreite ich gar nicht. Sie (zum Abg. Dr. Zehnter) reden auch über theo-

logische Angelegenheiten manchmal ganz anders wie andere Ihrer Fraktionskollegen (Zuruf des Abg. Dr. Zehnter). Was ich hier gesagt habe, ist unser Standpunkt, und der ist in unseren wissenschaftlichen Darlegungen festgelegt. Darüber kommt man nicht hinaus. Herr Kollege Zehnter! Wir haben nie eine andere Auffassung vertreten, konnten wissenschaftlich gar keine andere Auffassung vertreten, weil das direkt gegen die Prinzipien verstoßen würde, auf denen unsere ganze Arbeit aufgebaut ist.

Im übrigen kann ich, wie gesagt, nur dem Wunsche Ausdruck geben, daß die christlichen Gewerkschaften aus der ganzen Affäre etwas gelernt haben, und ich kann nur wiederholt bedauern, daß sie sich nicht dazu aufgeschwungen haben, ganz offen und frei heraus zu sagen: Der Mann gehört aus der christlichen Gewerkschaftsbewegung heraus. Das hätte einen guten Eindruck gemacht, unsere Debatten abgekürzt und hätte den christlichen Gewerkschaften viel mehr genützt als die gezwungene Verteidigung, wie Sie sie vorgenommen haben, und die in allerletzter Linie doch keine Verteidigung war sondern nur eine sehr matte Entschuldigung (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten).

Abg. **Stockinger** (Soz).: Leider kann ich der Auffassung des Herrn Kollegen Odenwald vom letzten Freitag, daß in den Pforzheimer Bijouteriebetrieben so ziemlich alles in guter Ordnung sei, nicht in vollem Umfange beipflichten. Gewiß ist in den letzten Jahren in einer großen Anzahl dieser Bijouteriebetriebe vieles besser geworden, und die Zahl der Fabrikanten, die eine direkt feindselige Stellung gegen die Fabrikinspektion einnehmen, ist in Pforzheim weit geringer und ihre Auffassung mit der Zeit eine mildere geworden. Aber trotzdem muß auch heute hier wiederholt werden, daß die Zahl der Betriebe in Pforzheim nicht klein ist, in denen die sanitären Einrichtungen zum Teil noch recht viel zu wünschen übrig lassen. Ich erinnere nur daran, daß in vielen Arbeitsräumen noch Glühöfen vorhanden sind, daß bei der Entwicklung von Staub und Dämpfen noch häufig Abzüge und Ventilatoren fehlen, daß bei der Verarbeitung von Silberwaren noch häufig eine große Staubentwicklung stattfindet, daß durch die Schmelzöfen in den Arbeitsräumen ein großer Gestank und Qualm erzeugt wird und daß diese Schmelzöfen noch vielfach in den Arbeitsräumen der Bijoutiers selbst untergebracht sind. Auch die Reinlichkeitseinrichtungen lassen noch oft zu wünschen übrig. Ich erinnere nur an eine Rollladenfabrik, in der Waschfässer in Gebrauch sind, deren Inhalt seit Jahr und Tag noch nicht geleert worden ist. Der Fabrikinspektion sind übrigens die Verhältnisse in diesem Betrieb bekannt. Ich meine doch, wenn solche Waschfässer schon seit langer Zeit nicht mehr ausgeleert und gereinigt worden sind, ist das eine schmutzige Geschichte und ekelerregend im wahrsten Sinne des Wortes. Krankheiten der schlimmsten Art können auf diese Weise leicht übertragen werden. Beim Schmiedefeuer fehlt der Rauchabfang, so daß der Rauch durch die ganze Werkstätte hindurch zieht. Ich kenne Betriebe — ihre Zahl ist nicht klein —, in denen die Maschinisten noch zur Verrichtung anderer Arbeiten in der Fabrik mit herangezogen werden. Ich halte das für durchaus unzulässig. Das ist ein Zustand, der außerordentlich gefahrerhöhend wirkt. Der Maschinist, der Heizer gehört zur Bedienung seiner Heizungsanlage in sein Kesselhaus; im übrigen hat er aus dem gewerblichen Betriebe draußen zu bleiben und nicht noch mit anderen Arbeiten beschäftigt zu werden. In einer Uhrenfabrik fehlen die geeigneten Vorrichtungen zur Verhütung der Staubentwicklung. Die Räume in den Vergoldereien, in denen viel mit Säuren und Giften gearbeitet wird, haben in manchen derartigen Betrieben keine verschließbare Türe zu den anderen Arbeitsräumen, so daß diese giftigen atemraubenden Gase auch in die übrigen Arbeitsräume hineindringen können. Bei den Polierscheiben fehlt es noch manchmal an den notwendigen Staubabsaugern. Daß in Pforzheim insbesondere eine Einrichtung lange Jahre bestehen konnte, ohne daß Jemand dagegen eingeschritten wäre, war recht bedauerlich, ich meine das Stechen von Kontrolluhren. Allerdings ist jetzt, nachdem das Gewerbegericht und vielleicht auch die Fabrikinspektion davon erfahren hat, dem Fabrikanten eine Auflage gemacht worden. Der Betrieb, der diesen Mißstand aufwies, ist wiederholt von der Fabrikinspektion besichtigt worden, diese Kontrolluhr ist dem kontrollierenden Beamten offenbar aber niemals zu Gesicht gekommen. Sie war irgendwo im Kontor versteckt, und jeder Arbeiter und jede Arbeiterin, selbst der Kabinettmeister, war gezwungen, diese Kontrolluhr zu stechen; und wenn es einmal vergessen wurde, dann ist eine Strafe abgezogen worden, die von der Fabrik einbehalten wurde. Jahrelang hat kein Mensch in dem Betrieb gewußt, wohin diese Strafgelder geflossen sind. Das war also ein durchaus ungesetzlicher Zustand. Seit einigen Wochen ist das dem Fabrikanten abgewöhnt worden; er läßt die Kontrolluhr zwar noch stechen, zieht aber für das Nichtstechen keine Strafe mehr ab.

Ich möchte dann die Fabrikinspektion auch ersuchen, ihr Augenmerk darauf zu richten, daß, nachdem am 1. Januar d. J. die Novelle zur Gewerbeordnung in Kraft getreten ist, an Samstagen die gesetzmäßig zulässige Arbeitszeit der Arbeiterinnen in keiner Weise überschritten wird. Man hat nämlich in der Pforzheimer Fabrikantenwelt, in einzelnen Betrieben wenigstens, schon einen Ausweg gefunden, der es ermöglicht, diese gesetzliche Bestimmung zu umgehen. Das macht man so, daß man, wenn die Arbeitszeit abends um ½5 Uhr zu Ende ist, eine Anzahl von Arbeiterinnen ins Kontor hereinnimmt und sie dort noch gewisse Arbeiten fertigstellen läßt. Es handelt sich hier nicht etwa um die Personen, bei denen das Arbeitsverhältnis seiner Natur nach nicht bestimmt umrissen ist und die eine Art von Zwischenstellung zwischen Fabrikarbeiterin und Kontoristin einnehmen, sondern es dreht sich hier lediglich um ausgesprochene Fabrikarbeiterinnen. Diese aber Samstags nach ½5 Uhr noch ins Kontor hereinzurufen und sie dort begonnene Arbeiten fertigstellen zu lassen, ist durchaus ungesetzlich. Es kommt auch vor, daß Arbeiterinnen gezwungen werden, bis ¾8 Uhr zu arbeiten. Es berührt eigentümlich, wenn man auf der einen Seite zum Teil tagelang aussetzt, am Samstag aber noch nicht genug hat, wenn der Arbeitstag für die Arbeiterinnen um ½5 Uhr zu Ende geht.

In den Lehrverträgen für Mechanikerlehrlinge finden sich in Pforzheim häufig Bestimmungen, die meines Erachtens ungesetzlich sind. Die Lehrzeit beträgt für diese Arbeiter fast ausnahmslos 4 Jahre. Mit der Zeit hat sich nun der Zustand herausgebildet, daß die Maschinenfabrikanten, die mechanischen Werkstätten usw. mit den Lehrlingen Verträge abschließen, in denen sich diese verpflichten müssen, auch nach Beendigung der vierjährigen Lehrzeit noch ein hal-

des Jahr lang im Betrieb zu bleiben und dort gegen einen Lohn von 7—12 M. in der Woche zu arbeiten. Man sollte es einmal darauf ankommen lassen und ein Gerichtsurteil darüber erzwingen, ob der Fabrikant auf der Entschädigung, die für den Fall eines Bruches des Lehrverhältnisses im Lehrvertrag ausbedungen ist, bestehen kann, wenn der Lehrling nach Umlauf der vier Lehrjahr sich weigert, während des ersten Halbjahres des angefangenen fünften Jahres im Betrieb zu bleiben und um den Lohn von 7—12 M. in der Woche zu arbeiten. Es ist Pflicht des Inhabers der mechanischen Werkstätte, den Lehrling in 4 Jahren so auszubilden, daß dieser nach Beendigung der Lehrzeit auf einen halbwegs anständigen Lohn Anspruch machen kann. Für einen jungen Mann, der etwas leisten kann, sind aber 7, 10 oder 12 Mark für die Arbeit einer ganzen Woche ein wahrer Hungerlohn.

In der Arbeiterschaft ist lebhaft bedauert worden, daß nicht mehr wie früher durch die Beamten der Fabrikinspektion Vorträge abgehalten werden, was offenbar damit zusammenhängt, daß die Fabrikinspektion kein ausreichendes Personal hat. Wenn dieses jetzt vermehrt wird, so wollen wir nur wünschen, daß diese alte Übung möglichst wieder aufgenommen wird. Ich erinnere mich noch gut an die Vorträge des Herrn Fabrikinspektors Fuchs und der Fabrikinspektorin Fräulein von Richthofen, die großen Anklang gefunden haben. Mit diesen Vorträgen wurden auch öfters Besprechungen verbunden, bei denen der Fabrikinspektion manchmal etwas zur Kenntnis gekommen ist, was sie heute überhaupt nicht mehr erfährt. Die Arbeiterschaft wünscht also die Abhaltung solcher Vorträge, und wir hoffen, daß recht bald damit begonnen wird.

Ich möchte auch die Fabrikinspektion bitten, in den Fällen, wo sie von Arbeiterorganisationen über Mißstände in Betrieben unterichtet wird, jeweils und ausnahmslos den Organisationen ein Antwortschreiben zukommen zu lassen. Damit ist es aber schließlich nicht getan, daß das Antwortschreiben nur lautet: „Wir haben nach der Sache gesehen". Die Arbeiterorganisationen haben auch ein Interesse, zu erfahren, was die Fabrikinspektion dort gesehen hat. Die Verhältnisse liegen vielfach so, daß Leute, die organisiert sind, dem Organisationsleiter gegenüber über irgend einen Mißstand geklagt, dann aber in der Zwischenzeit ihren Platz gewechselt haben; sie haben also an einer Beseitigung der Mißstände in jenem Betriebe kein direktes Interesse mehr und die Organisation erfährt dann überhaupt nicht, ob diese Mißstände abgestellt worden sind, wenn sie nicht in einer ausführlichen Weise durch die Fabrikinspektion aufgeklärt wird. Ich will damit durchaus nicht allgemein sagen, daß Antworten nicht erfolgen; ich kenne aber Fälle, wo Antwortschreiben an die Organisationen unterblieben sind.

In Pforzheim ist weiter noch ziemlich viel über Lehrlingsmißhandlungen zu klagen. Auch das dürfte der Fabrikinspektion nicht unbekannt sein. Das Pforzheimer Gewerbegericht hat fast jede Woche den einen oder anderen schlimmen Fall — von weniger schlimmen Fällen will ich gar nicht reden —, wo schwere Überschreitungen des Züchtigungsrechts festgestellt werden. Ich will nur ein einziges Beispiel aus dem Spätjahr des vorigen Jahres herausgreifen. Da heißt es im Gerichtsbericht, daß der Vorsitzende des Gerichtes in berechtigter Weise und mit scharfen Worten das rohe Benehmen eines Kabinettmeisters verurteilt hat. Es ist unter anderem bewiesen worden, daß der Kabinettmeister die Drohung gebraucht hat: „Ich schlage Dir im letzten halben Jahr noch das Hirn ein"; es handelte sich hier um ein armes 14jähriges Lehrmädchen, das auf diese Weise behandelt worden ist, trotzdem zugegeben werden mußte, daß dieses Mädchen „recht fleißig ist bei der Arbeit und daß sie auch eine recht brauchbare und gute Arbeit geliefert hat". Ich erachte es als eine Pflicht der Fabrikinspektion, dafür zu sorgen, daß die Lehrlinge und Lehrmädchen, deren es in Pforzheim etwa 6000 gibt, vor derartigen rohen Vorgesetzten möglichst geschützt werden.

Es kommt in Pforzheim auch verhältnismäßig häufig vor, daß die Herren Unternehmer den Heimarbeitern und Heimarbeiterinnen die vollen Krankenkassenbeiträge abziehen; auch das ist ein ungesetzlicher Zustand. Wer die Verhältnisse in Pforzheim genau kennt, wird zugeben müssen, daß sie sich so entwickelt haben, daß die gewerbliche Arbeit zu Hause fast ausnahmslos den Charakter der Heimarbeit trägt, daß aber derjenige, der diese gewerbliche Arbeit leistet, nicht als Hausgewerbetreibender angesehen werden kann; diejenigen Leute, die als „Hausgewerbetreibende", also noch mit einer gewissen Selbständigkeit beschäftigt sind, nehmen in Pforzheim immer mehr und mehr ab. Es hat mich besonders frappiert, daß der Herr Fabrikinspektor gerade von den Heimarbeiterinnen, soweit sie in der Kartonnage-Fabrikation beschäftigt sind, die Auffassung hat, daß sie Hausgewerbetreibende sind. Wenn bei einer Kategorie dieser in der Heimindustrie Beschäftigten das wesentliche Merkmal des „Hausgewerbetreibenden" nicht zu finden ist, dann am allerwenigsten bei denjenigen, die in der Kartonnageindustrie beschäftigt sind. Diese werden fast ausnahmslos schlecht entlohnt. Sie befinden sich in einer vollständigen wirtschaftlichen Abhängigkeit gegenüber den Unternehmern. Ich weiß einen Fall, in welchem der Unternehmer 444 Mark zu seinem Vorteil eingesteckt hat, indem er den Leuten die vollen Krankenkassenbeiträge abgezogen hat. Der Herr Fabrikinspektor bespricht ja selber in einem Abschnitt seines Werkes, der überschrieben ist „Die Heimarbeit in der Pforzheimer Kartonnagen-Fabrikation", diese Verhältnisse des näheren. Es ist dabei verwunderlich, wie die Fabrikinspektion in der letzten Zeit zu der Auffassung kommen mochte, daß bei den hier beschäftigten Personen die Merkmale des „Hausgewerbetreibenden" vorliegen. Ich bin der Meinung, daß den Leuten gewisse soziale Wohltaten, die ihnen zukommen, wenn sie Heimarbeiter und Heimarbeiterinnen sind, nicht verloren gehen sollen, daß der Unternehmer gezwungen werden soll, sie zur Krankenkasse anzumelden, daß er wie sonst auch ein Drittel der Krankenkassenbeiträge tragen muß und daß gewissen Ausreden und Ausflüchten, die das Unternehmertum gerade in der Kartonnageindustrie macht, von der Fabrikinspektion nicht eine weitgehende Beachtung und Aufmerksamkeit geschenkt werden sollte.

Es wäre auch wünschenswert, daß die Anzeigen der Krankenkassen von der Staatsanwaltschaft verfolgt würden, d. h. verfolgt werden sie ja, das will ich nicht bestreiten, aber es kommt fast nie etwas dabei heraus. Die Unternehmer werden nicht bestraft, und wenn einmal eine Bestrafung erfolgt, dann steht, wie schon von meinem Freunde Willi ausgeführt worden ist, die Strafe in gar in keinem Verhältnis zu dem Gewinn, den das Unternehmertum jahrelang hieraus gezogen hat.

Es ist also eine ganze Reihe zum Teil gewichtiger Miß-

stände, die ich hier vortragen konnte, und ich werde mich mit dem Herrn Kollegen Odenwald freuen, wenn er vielleicht durch ein tieferes Eindringen in diese Fragen und Dinge auch eine andere Auffassung der ganzen Sachlage bekommt. Gewiß soll anerkannt werden, daß in Pforzheim gerade die Großbetriebe zum Teil nach jeder Richtung hin Musterbetriebe sind, daß auch manches in den kleineren und mittleren Betrieben besser geworden ist. Das wird von uns durchaus nicht bestritten. Aber es bleibt noch viel Arbeit auf dem Gebiet übrig, und eine tatkräftige Hilfe der Fabrikinspektion im Interesse des Arbeitnehmertums möchten wir ganz dringend wünschen.

Abg. Schmidt-Bretten (Bd. d. Ldw.): Zunächst möchte ich Widerspruch dagegen erheben, daß die christlichen Gewerkschaften auch hier immer als Zentrumsgewerkschaften bezeichnet worden sind. Diese Bezeichnung trifft schon deswegen nicht zu, weil in den christlichen Gewerkschaften eine große Anzahl evangelischer Arbeiter organisiert ist; dann auch, weil die christlichen Gewerkschaftler in den verschiedensten Parteilagern zu finden sind.

Auf den Streik in Rheinfelden will ich nicht näher eingehen. Ich will mich insbesondere nicht damit befassen, ob der Gewerkschaftssekretär Engel wissentlich die Unwahrheit gesagt hat, auch nicht darüber mich auslassen, ob bei dem Widerspruch zwischen den Angaben des Fabrikinspektors und denen der christlichen Gewerkschaftssekretäre ersterem mehr Glauben beizumessen ist, sondern ich will mich nur mit dem befassen, was in einem engeren Zusammenhange mit unserem Budget steht, d. h. mit dem Verhalten des Herrn Fabrikinspektors in dieser Anlegenheit.

Der Herr Minister hat kürzlich gemeint, der Herr Abg. Reinhardt habe unter großem Aufwand von Entrüstung und Stimmitteln Vorwürfe gegen den Herrn Fabrikinspektor erhoben. Wenn der Herr Minister damit etwa aussprechen wollte, die Entrüstung des Herrn Abg. Reinhardt sei künstlich oder unberechtigt gewesen, so kann ich dem nicht zustimmen. Die Entrüstung des Herrn Abg. Reinhardt war durchaus berechtigt. Ich stehe ja auch mit dem Herrn Abg. Dr. Zehnter nicht auf dem Standpunkte, daß der Herr Fabrikinspektor wissentlich Parteilichkeit zum Nachteil der christlichen Gewerkschaften geübt habe. Das hat meines Wissens der Herr Abg. Reinhardt aber auch nicht ausgesprochen. Aber das darf man sagen, daß das ganze Verhalten des Herrn Fabrikinspektors gegenüber den christlichen Gewerkschaften von einer tiefgehenden Befangenheit zeugt. Die Entrüstung des Herrn Abg. Reinhardt wegen dieser Befangenheit war umso berechtigter, als es ja nicht das erste Mal ist, daß wir hier darüber Klage führen müssen, daß der Herr Fabrikinspektor die christlichen Gewerkschaften nicht ebenso gut wie die sozialdemokratischen Gewerkschaften behandelt. Der Herr Fabrikinspektor hat im letzten Landtage hier ausgeführt, es sei ihm kein Fall von Terrorismus bekannt, der zur Bestrafung eines sozialdemokratischen Gewerkschaftsführers geführt habe. Dabei ist um jene Zeit ein solcher Fall (von Neuenheim) Gegenstand einer Interpellation in der Ersten Kammer gewesen. Außerdem war gerade um jene Zeit eine Reihe sozialdemokratischer Gewerkschafter, auch einer hier vom Schöffengericht in Karlsruhe, bestraft worden. Es war nicht unbefangen von seiten des Herrn Fabrikinspektors, wenn er dieser Tatsache entgegen hier behauptet hat, es sei ihm kein solcher Fall bekannt.

In dem vorliegenden Falle finde ich insbesondere in dem Schreiben des Herrn Fabrikinspektors vom 3. Dezember 1909 an den Gewerkschaftssekretär Kiefer einen Beweis von Befangenheit gegenüber den christlichen Gewerkschaften, insbesondere darin, daß er schreibt, daß Zweideutigkeiten, Unwahrheiten und Entstellungen der Wahrheit von den Organen der christlichen Gewerkschaften als erlaubte Gewerkschaftstaktik angesehen werden. Es hat mich nun sehr gefreut, daß der Herr Minister auf die Anregung des Herrn Abg. Dr. Zehnter Veranlassung genommen hat, hier auszusprechen, daß es verschiedenes, was in diesem Schreiben enthalten ist, nicht billige. Er hat dieses Schreiben in verschiedener Hinsicht nicht für richtig gefunden. Der Herr Minister hat zunächst mit Recht gemeint, daß der Herr Fabrikinspektor auf das vorausgegangene Schreiben des Gewerkschaftssekretärs Kiefer diesem hätte Nachricht davon geben müssen, daß der Anregung wegen Beseitigung der Mißstände in der Fabrik in Herbolzheim nachgegangen werde. Der Herr Minister hat dann weiter mit Recht ausgeführt, daß die Gelegenheit zu den Äußerungen, wie sie hier in dem Schreiben niedergelegt sind, durchaus nicht glücklich gewählt gewesen sei. Sodann hat er mit Recht auch das nicht für richtig gehalten, daß in dem Schreiben bemerkt wird, daß der Herr Fabrikinspektor „jeden" Verkehr mit den christlichen Gewerkschaften abgebrochen habe. Der Herr Minister hat mit Recht darauf hingewiesen, daß er dazu ja gar kein Recht gehabt habe, weil der amtliche Verkehr überhaupt nicht aufgegeben werden kann.

Dann hat der Herr Minister mit Recht noch darauf hingewiesen, daß Ausdrücke wie „Zweideutigkeiten, Unwahrhaftigkeit, Entstellung usw." zu stark sind. Sie sind sehr stark, besonders wenn man bedenkt, daß sie von einem hochstehenden Beamten gebraucht werden. Ich glaube kaum, daß ein derartiges Schreiben sonst jemals von einer badischen Behörde, sei es einer Privatperson oder einer Vereinigung zugegangen ist. Es ist deshalb anzuerkennen, daß der Herr Minister hier ausgesprochen hat, daß er diese verschiedenen Mißgriffe des Herrn Fabrikinspektors mißbilligt.

Einen weiteren Beweis für die Befangenheit des Herrn Fabrikinspektors habe ich in seinem Verhalten hier in der Kammer gefunden. Er hat kürzlich ausgeführt, der Streik habe mit einer glatten und verdienten Niederlage der christlichen Gewerkschaftler geendet. Ich weiß nicht, was der Herr Fabrikinspektor mit dem Ausdruck „verdiente Niederlage" meint. Man könnte es ja so auslegen, daß er meint, der Streik sei nicht berechtigt gewesen, weil die Löhne hoch genug gewesen seien. Ich glaube jedoch nicht, daß der Herr Fabrikinspektor sich auf diesen Standpunkt stellt, denn ich nehme von ihm an, daß auch er der Ansicht ist, daß bei der ungesunden Beschäftigung ein Lohn von 2.80 M. bis 3 M., wie er als Anfangslohn bezahlt worden ist, nicht genügend ist. Der Ausdruck „verdiente Niederlage" weist also darauf hin, daß der Herr Fabrikinspektor gegenüber den christl. Gewerkschaften befangen ist. Dann ist die Behauptung, daß der Streik mit einer Niederlage geendet habe, gar nicht richtig. Es ist festgestellt worden, daß eine Lohnerhöhung bei Beendigung des Streiks in Aussicht gestellt wurde, und ich stelle weiter fest, daß bald nach Beendigung des Streiks, schon beim ersten Zahltag, dieses Inaussichtstellen in die Tat umgesetzt wurde. Die Lohnerhöhungen, die da eingetreten sind, sind gar nicht so unbedeutend. Der Lohn der Ar-

beiter wurde um 20 Pfennig pro Tag erhöht. Außerdem erhalten sie jetzt für die Nachtschicht einen festen Zuschlag von 60 Pfennig statt der früheren Prämie. Neu eingeführt ist auch ein Zuschlag von 80 Pfennig für Sonntagsarbeit. Für Sonntagsnachtarbeit wird ein Zuschlag von 1.40 M. bezahlt. Also gegenüber diesen Tatsachen ist es jedenfalls nicht richtig, von einer Niederlage der streikenden Arbeiter zu sprechen.

Der Herr Abg. Willi und ich glaube auch der Herr Abg. Kolb haben die christlichen Gewerkschaftler im Verlauf ihrer Ausführungen als Streikbrecher bezeichnet. Es mag ja sein, daß es schon vorgekommen ist, daß christliche Gewerkschaftler Streikbrecher gewesen sind. Aber in der Hinsicht ist auch schon von sozialdemokratischer Seite gesündigt worden. Ich habe hier einen Artikel aus der sozialdemokratischen „Münchener Post" Nr. 237, Jahrgang 1906, in dem dargelegt wird, daß die in der sozialdemokratischen Gewerkschaft der Stukkateure organisierten Weißputzer sozialdemokratischen Maurern, die gestreikt haben, in den Rücken gefallen sind und selbst Maurerdienste getan haben. Es wird mit Recht dieses Verhalten der Weißputzer als „schmählicher Verrat" an den anderen Arbeitern gekennzeichnet. Sie (zu den Sozialdemokraten) brauchen also in dieser Hinsicht auch keine Steine auf die andern zu werfen, es wird auch in Ihren Reihen gesündigt (Beifall rechts).

Abg. Knebel (Zentr.): Die allgemeinen, namentlich die prinzipiellen Ausführungen und Angriffe des Herrn Abg. Kolb nötigen mich, zu antworten. Ich denke aber, mich im ganzen doch ziemlich kurz fassen zu können, obgleich das Angriffsmaterial ein sehr großes war.

Zunächst wird uns von verschiedenen Seiten vorgeworfen, daß wir uns des Arbeiterführers Engel angenommen hätten. Ich möchte betonen, daß wir, einzelne Redner vom Zentrum, deshalb auf die ganze Sache eingegangen sind, weil es in der Öffentlichkeit den Anschein hatte, als ob seitens der Fabrikinspektion gegen die christliche Gewerkschaftsorganisationen als solche vorgegangen werden sollte; wenigstens waren Schritte gemacht worden, die jetzt als weniger geeignet bezeichnet wurden. Wir haben damit heute die Genugtuung, sagen zu können, daß wir uns mit der Erklärung des Herrn Ministers über die Haltung des Herrn Fabrikinspektors zufrieden geben können. Bezüglich des Herrn Engel haben wir eigentlich weiter nichts zu erklären, weil weder ich noch Herr Zehnter den Herrn Engel schützen. Ihn abzuschütteln, dazu haben wir keine Veranlassung und kein Recht, denn er hängt nicht an unseren Rockschößen, auch wenn der Herr Minister mir einen Lehrauftrag für dessen Innenkultur gegeben hat. Er ist Angestellter der Gewerkschaften, diese haben das Nötige zu tun, und ich weiß, daß sie das Nötige auch schon getan haben. Bezüglich der Versammlungen am letzten Samstag und Sonntag ist unsere Stellung ausdrücklich gekennzeichnet worden; ich meine, man könnte damit zufrieden sein.

Wenn gesagt wurde, daß Herr Reinhardt in der Versenkung verschwunden sei, so muß ich betonen, daß er nur deshalb nicht mehr geredet hat, weil ich schon vorhatte, mich zur allgemeinen Seite der Sache zu äußern, und weil Herr Zehnter auf den Plan getreten ist. Herr Reinhardt wollte sich melden, wir haben ihm aber gesagt, daß es nicht mehr nötig sein dürfte. Wird es aber von den Herren Sozialdemokraten verlangt, so wird auch Herr Reinhardt gerne noch sprechen (Heiterkeit, Zurufe).

Nun habe ich einiges auf die Ausführungen des Herrn Kollegen Kolb zu entgegnen. Es wurde nachgewiesen, daß die Fachvereinigungen und die christlichen Gewerkschaften verschiedene Dinge sind. Man sollte doch auch auf jener Seite (zu den Sozialdemokraten) Verständnis haben für Evolution, auch Verständnis dafür, daß eine Bewegung immer mehr Sproße treiben kann, die nach verschiedener Richtung hin ihre Aufgaben haben, je nach dem Bedürfnis der Zeit. So können sich die Gewerkschaften sehr wohl aus früheren konfessionellen Organisationen entwickelt haben und haben sich daraus entwickelt. Und wenn gesagt worden ist, Herr Hitze sei für Fachabteilungen eingetreten, so haben wir da gerade die Entwicklung. Die christlichen Gewerkschaften haben sich tatsächlich aus den konfessionellen Vereinen entwickelt, und damals hat Herr Hitze Aufstellungen gemacht, wie die Fachabteilungen sich entwickeln und welche besondere Aufgaben sie haben könnten. Die Sache kam dann so, daß wir jetzt die christlichen Gewerkschaften als Berufsvereinigungen haben. Nachher kam allerdings, und das wird bedauert von all denen, die bei der Entwicklung zielbewußt mitgearbeitet haben, die Zeit, wo die katholischen Fachabteilungen entstanden. Hoffentlich ist die Zeit nicht mehr ferne, wo sie ganz verschwinden. Ob diese Erscheinung mit der Erklärung der Bischöfe zusammenhängt, weiß ich nicht, letztere kann dazu beigetragen haben. Die Bemerkungen über die Stellungnahme der Bischöfe zu den christlichen Gewerkschaften nötigt mich zu der weiteren Erklärung, daß die Bischöfe wohl deshalb für die christlichen Gewerkschaften kein Wort der Ermunterung gehabt haben, weil sie von einer Seite unterrichtet waren, auf der man die christliche Gewerkschaftsbewegung nicht genügend kannte. Sie haben sich dann auch von anderer Seite unterrichten lassen. Die Bischöfe haben dann nicht, oder wie Herr Kollege Kolb sagte, der Erzbischof Thomas von Freiburg hat dann nicht erklärt (Abg. Kolb: Mißverständnis!) „er habe es nicht so gemeint", wie sein Hirtenschreiben ausgelegt wurde. Der Erzbischof von Freiburg hat gar keine weitere Erklärung abgegeben, sondern, nachdem er sich hatte unterrichten lassen, hat er geschwiegen und die Aktion ihre Wege gehen lassen. Das war auch das einzig richtige.

Wenn sich bei dieser Entwicklung — ich kann auf Einzelheiten nicht eingehen, ich glaube, dem Hohen Hause einen Dienst zu tun, wenn ichs so halte — Schwierigkeiten herausgebildet haben, so ist das ganz selbstverständlich. Denn wir stehen auf dem Boden der christlichen Sozialpolitik, die alle Stände berücksichtigt. Und wenn alle Stände mitreden, so gibt es Reibungen im eigenen Lager. Aber das ist nicht schlimm, sondern hat viel Vorteilhaftes. Die Gegensätze bekämpfen sich im eigenen Lager und die geklärten Dinge wirken dann in der Öffentlichkeit besser, als wenn noch Unsicherheit im eigenen Lager vorhanden ist und die einzelnen Berufsstände nicht ihrer Bedeutung entsprechend berücksichtigt werden. Die Sozialdemokratie ist eine Arbeitervertretung, sie hat nur mit einem Stande zu rechnen, konnte sich also zielbewußter und leichter entwickeln. Trotzdem hat es auch innerhalb der Sozialdemokratie an Kämpfen nicht gefehlt, wenn dies auch in den letzten Jahren weniger der Fall war. Sie hatten die Kämpfe der Partei gegen die Gewerkschaften. Sie wissen, daß Ihre Stellung zu den Gewerkschaften ursprünglich eine ganz andere war. Lassalle betrachtete die Gewerkschaften noch als einen

„vergeblichen Versuch der Ware Arbeit, sich als Mensch zu gebärden". Die Gewerkschaften wehrten sich für ihre Auffassung gegenüber der Partei, bis nach vielen, vielen Reibereien man in Mannheim endlich zu sagen wagte: Eigentlich sind es sozialdemokratische Gewerkschaften. Auch jetzt noch haben Sie innerhalb der Partei Radikale und Revisionisten, und das ist auch keine Annehmlichkeit. Sie sagen, daß Ihre Gewerkschaften länger bestehen; daher kamen für sie auch die Kinderkrankheiten früher. Die christlichen Gewerkschaften kamen später und mußten ihre Kinderkrankheiten eben dann auch überwinden; dafür werden Sie Verständnis haben.

Von den Herren Willi und Kolb wurden gegen die christlichen Gewerkschaften und uns, die wir für sie eintreten, zwei Vorwürfe erhoben: 1. Die christlichen Gewerkschaften treiben auch Klassenkampf, sie sagens nicht, aber tun es; 2. hätte namentlich ich die christlichen Gewerkschaften den Unternehmern empfehlen wollen. Das sind die beiden Punkte, auf die ich antworten muß. Die christlichen Gewerkschaften stehen nicht auf dem Boden der Klassenkampftheorie. In der Stellung zum Klassenkampf liegt ja der Grund, weshalb Ihre (zu den Sozialdemokraten) Partei selbst den Kampf gegen die freien Gewerkschaften geführt hat. Die Gewerkschaften strebten immer die Besserung der Lage der Arbeiter an, während die Partei damals noch viel zielbewußter wie heute eben nicht eine Verbesserung sondern die Verelendung der Massen nach Marxschen Prinzipien als Ziel vor Augen hatte. Aus jener Zeit stammen auch die berühmten Prophezeiungen, die später aufgegeben wurden, als auch die Partei sich anders entwickelte. Der Kampf der freien Gewerkschaften gegen die sozialdemokratische Partei drehte sich um das Klassenkampfprinzip. Nachdem die freien Gewerkschaften im Parteiinnern untergegangen waren, entstanden die christlichen Gewerkschaften als Gegenorganisation gegen die freien Gewerkschaften. Sie stellten sich nicht auf den prinzipiellen Standpunkt des Klassenkampfes, sie konnten und durften es nicht, und zwar aus christlichen Grundsätzen heraus. Darum nennen sie sich auch „christliche" Gewerkschaften, was nicht bedeutet, daß sie Bet- und Andachtsübungen vorzunehmen haben, wie man sie manchmal lächerlich zu machen versucht. Wenn aber gesagt wird, sie trieben tatsächlich den Klassenkampf, so möchte ich betonen, daß der Streik, der allerdings ein Kampf ist, bei uns nur im äußersten Notfall angewendet werden darf. Es ist das eine Art Notwehr, und Notwehr ist auch bei den Leuten erlaubt, die sonst die friedlichsten der Welt sind. Der Fall der Notwehr ist gegeben, wenn die Arbeiterfamilie wegen zu geringer Löhne oder wegen irgendwelcher Mißstände in der Fabrik in Not kommt, weshalb der Arbeiter sich wehren muß, wenn er nicht friedlich, was zuerst versucht werden muß, zu seinem Ziele kommen kann. Not liegt vor, wenn von seiten des Arbeitgebers versucht wird, die Organisation der Arbeiter zu verhindern, die Organisation, die ja an sich von Vorteil nicht nur für die Arbeiter sondern auch für die Arbeitgeber ist.

Wenn weiter gesagt worden ist, ich hätte die Organisationen den Arbeitgebern empfehlen wollen, so muß ich sagen, es wäre mir sehr lieb, wenn ich sie den Arbeitgebern hätte empfehlen können, denn ich bin der Ansicht, daß diese Organisationen notwendig sind, und nicht nur ich, sondern ich weiß mit mir einig unsere großen Sozialpolitiker und auch andere Leute, die in einem Lande wohnen, wo unsere Verhältnisse weit überholt sind, in Nordamerika und England. Dort hat man erkannt, welche Bedeutung die Organisation für beide Parteien hat. Also die Organisation hat nicht bloß Bedeutung für diejenigen, die den Klassenkampf propagieren, und die Klassenkampf führen wollen, sondern auch für diejenigen, die wünschen, daß das beste Verhältnis zwischen der Arbeiterschaft und zwischen den Arbeitgebern hergestellt wird. Eine zentralisierte Organisation mit geschulten Führern an der Spitze repräsentiert eine Maschinerie, welche den Verkehr der Arbeiterschaft mit der Fabrikleitung auf die einfachste Weise und mit der geringsten Reibung ermöglicht, viel besser als wenn der Arbeitgeber mit undisziplinierten Arbeitern zu verhandeln hat. Darum wäre es auch nur im Interesse der Arbeitgeber selbst, wenn sie den Organisationen besseres Verständnis entgegenbringen würden. Es gibt Arbeitgeber, welche den Wert der Organisationen erfaßt haben, aber z. B. im Falle „Rheinfelden" hatte man dafür kein Verständnis, das wird niemand bestreiten können, und darum ist es auch zu jenen Reibungen gekommen, die wir nicht verteidigen wollen und in all ihren Weiterungen nicht verteidigen können.

Wenn die Arbeitgeberschaft heute bei uns noch nicht so weit ist wie in England und in Nordamerika, dann trägt nach meinem Dafürhalten gerade die Organisation, die den Klassenkampf proklamiert, einen großen Teil der Schuld. Der Klassenkampf ist Prügelpädagogik den Arbeitgebern gegenüber. Sie (zu den Sozialdemokraten) stehen ja bei der Volksschule, wo Ihnen nur die Aufgabe der Kritik zufällt, auf einem anderen Standpunkt, da wollen Sie keine Prügelpädagogen haben, aber anders verfahren Sie auf dem Gebiete, wo Sie das „Bessermachen" zeigen könnten, den Arbeitgebern gegenüber. Wer hier ein gutes Einvernehmen erstrebt, wird Vorteile für beide Teile erzielen. Sie aber verfahren nach den Grundsätzen der Prügelpädagogik, wenn Sie in den Versammlungen gegen das „Unternehmertum" hetzen mit den aufreizendsten Ausdrücken wie „Blutsauger" u. a.; sind das nicht Peitschenhiebe für die Arbeitgeber? Oder wenn Sie durch Ihre Demonstrationszüge dem Arbeitgeber mit dem Prügel winken oder den Streik als Machtfrage proklamieren, ist das nicht Prügelpädagogik? Es ist nach meinem Dafürhalten sehr bedauerlich, wenn der Kampf von der Arbeiterschaft gegen die Arbeitgeber ständig in dieser aggressiven, in dieser fordernden Weise geführt wird. Ist es den Unternehmern zum Vorwurf zu machen, wenn nicht alle, ja wenn vielleicht nur wenige auf der idealen Höhe der Bildung stehen (denn eine ideale Höhe muß ich es nennen), daß sie einen gewaltsamen Stoß der Arbeiterschaft, der naturgemäß einen entsprechenden Gegenstoß auslösen müßte, in ihrem Innern in eine feinere Energie umsetzen können, in die Energie des Verstehens und Verzeihens, die zum Arbeiter herabsteigt, die nachgibt, um ihn zu erziehen und zu sich auf die gleiche Kulturhöhe heraufzuführen? Wenn es immer noch Arbeitgeber gibt, die dem Naturgesetz entsprechend auf einen Stoß den Gegenstoß führen, so ist das begreiflich. Wenn die soziale Bewegung noch nicht bessere Früchte gezeitigt hat, so ist der prinzipielle Klassenkampfstandpunkt der sozialistischen Arbeiterschaft daran schuld, das ist meine Ueberzeugung. In Nordamerika und England spricht man deshalb auch mit Recht von dem klassenkämpferischen Sozialismus als dem „Traum des industriell zurückgebliebenen europäischen Festlandes." In jenen Staaten arbeiten die Arbeitgeber mit den Organisationen zusammen, und z. B. in Amerika gibt es Arbeitgeber genug, die wünschen und auch darauf dringen, daß ihre Arbeiter den Organisationen angehören. Das wünschen auch wir, und das wünschen auch Sie (zu den Sozialdemokraten) aber Sie sind nicht auf dem richtigen

Wege. In England drüben stellt man nach den Erfahrungen aus dem großem Maschinenbauerstreik (1898) die Organisation als notwendig hin. Ich erinnere an die Mahnungen, die Lord Brasey an seine Kollegen, an die Arbeitgeber gerichtet hat. Dort empfiehlt man auch den Organisationen die Zusammenarbeit mit den Arbeitgebern als das einzige Mittel für eine gedeihliche Entwicklung in der modernen Zeit, gedeihlich für beide Teile. Ich erinnere mich in Jahresberichten der englischen Gewerkvereine ein Beispiel gelesen zu haben, aus dem erhellt, welch hervorragendes Verständnis dort herrscht im Gegensatz zu unseren Verhältnissen. Ein großes Schiff sollte schnell repariert werden (Der Abg. Kolb nickt mit dem Kopf). Also der Herr Abg. Kolb kennt den Vorfall, und der ist sehr prägnant. Ein derartiger Fall ist für die Arbeiter, die nicht genügend geschult sind, sofort ein Anlaß, höhere Löhne herauszuschinden. Das Schiff mußte fertig sein, und so haben, wenn ich nicht irre, die Arbeiter eine wöchentliche Lohnerhöhung von 2 Schilling verlangt. Als dieses Verlangen der Zentralleitung des Gewerkvereins bekannt wurde, hat sie sofort dem Fabrikanten die Mitteilung zugehen lassen, er solle den Leuten den Lohn zahlen, sie werde das regeln. Das Schiff wurde repariert, die Leute bekamen den Lohn, wie sie ihn verlangt haben, und nachher hat die Zentralleitung von dem Arbeitgeber sich angeben lassen, wieviel Lohn er mehr ausbezahlt hat und an welche Arbeiter. Die Gewerkschaftsleitung forderte sodann die Mitglieder auf, den Mehrlohn an die Zentrale abzuliefern. Dies geschah und die Zentrale hat das Geld an den Arbeitgeber wieder zurückgezahlt. Das zeigt hohes soziales Verständnis in einem Land, das in der Organisationsbewegung weiter ist wie wir in Deutschland, wo man noch prinzipiell auf dem Klassenkampfstandpunkt steht. Daß im einzelnen Fall auch auf unserer Seite über die Stränge gehauen werden mag und ungeklärte Ansichten verlautbar werden, das sei zugegeben, und der Herr Abg. Kolb wird auch uns zubilligen, was er immer für die Dummheiten in seinem Lager verlangt.

Ja es gibt noch mehr Aufgaben für die Gewerkschaften. Ich weise hin auf die Schulung der Arbeiter, die Heranbildung intelligenter, kulturell höher stehender Arbeiter. Das wäre doch ein Ziel für unsere Gewerkschaften, das sich auch ohne Klassenkampf erreichen läßt. Durchgeführte Arbeiterorganisationen sind das beste Mittel gegen die Schmutzkonkurrenz, sie drängen die Arbeitgeber zur Bildung von Kartellen, die ebenfalls von Vorteil für beide Teile sind, nicht nur für die Arbeitgeber sondern auch für die Arbeiter, indem durch sie eine Regulierung der Marktpreise möglich wird. Es gäbe also für die Gewerkschaften Aufgaben genug, die ohne Klassenkampf eine Weiterentwicklung dieser Organisationen in unserer fortgeschrittenen Zeit ermöglichten. Die Gewerkschaften können einig gehen, wenn der Standpunkt des prinzipiellen Klassenkampfes ausgeschaltet würde, und es wäre nicht nötig, nur von Fall zu Fall zusammenzuarbeiten, wie das Giesberts vorgeschlagen haben soll. So kämen wir den Gewerkvereinen nahe, wie sie England und auch Amerika hat. Die Organisation der Arbeiter in den Gewerkschaften ist ja eigentlich die großartigste Wohlfahrtseinrichtung, die man sich denken kann. Das wissen Sie (zu den Sozialdemokraten) selbst und Sie haben auch viel darüber geschrieben, daß es Arbeitgeber gibt (man nennt das rückständig), die ihr Herz für die Arbeiterschaft durch Schaffung von Wohlfahrtseinrichtungen zeigen möchten. Wohlfahrtseinrichtungen, die die Arbeiterschaft wünscht und auch verlangen kann, für die sie dankbar ist, sind gesunde, bequeme Eßräume, ferner alles, was in den Arbeitslokalen in hygienischer Hinsicht und zum Schutz für Gesundheit und Leben geschehen kann, so daß der Arbeiter mit dem, was er in den Dienst des Arbeitgebers stellt, generös geschätzt ist.

Das ist aber auch das einzige, was die Arbeiter wünschen. Alles andere sehen sie eher als eine Bevormundung an und als etwas, womit man sie in der Gewalt haben will; ich erinnere an Badisch-Rheinfelden mit seinen Arbeiterwohnungen, wo man gedroht hat: Wenn ihr nicht beigeht, dann habt ihr die Wohnungen zu räumen, und die Wohnungen wurden auch gekündigt, aber das Amtsgericht mußte erst erklären, daß das sofortige Hinauswerfen nicht erlaubt sei. Die schönsten, besten und gerechtesten und von den Arbeitern allein gewünschten eigentlichen Wohlfahrtseinrichtungen sind Gewerkschaften, die Selbstversicherung, die Selbstversorgung der Arbeiter. Damit glaube ich genug gesagt zu haben, und ich möchte den Arbeitgebern, wenn ich doch die Gewerkschaften empfehlen soll, wie es von dort drüben geheißen hat, sagen, sie möchten Verständnis zeigen für diese Aufgaben der Organisation und, wo eine solche nicht besteht, wenigstens in ihrem eigenen Betrieb einen Arbeiter-Ausschuß einrichten, der von den Arbeitern gewählt wird. Ein solcher Ausschuß wirkt wie ein Sicherheitsventil. Wenn es im Fabrikbetrieb, wo die Arbeitskräfte in spannender Tätigkeit sind, wenn da Unzufriedenheit oder Mißstände andere Kräfte auslösen, die die Spannung der Explosion nahe bringen, dann wirkt dieser Ausschuß wie ein Sicherheitsventil, dessen Bedeutung der Arbeitgeber doch sonst nicht unterschätzt, das ihm also auch hier sehr erwünscht sein muß, noch erwünschter als dem Arbeiter selbst. Damit schließe ich (Beifall im Zentrum).

Abg. **Venedey** (Dem.): Ich werde Ihre Aufmerksamkeit nur kurze Zeit in Anspruch nehmen. Ich hätte mich überhaupt nicht zum Worte gemeldet, wenn nicht nach der Kritik, welche der Herr Minister an einzelnen Handlungen des Herrn Vorstands der Fabrikinspektion geübt hat, abgesehen von einem Vertreter der Sozialdemokratie lediglich Angehörige des Rechtsblocks — um mich so auszudrücken — zum Worte gekommen wären, und insbesondere der Herr Kollege Schmidt seine große Anerkennung und Freude über die Haltung des Herrn Ministers ausgesprochen hätte, und wenn ich es nicht demgegenüber für meine Pflicht und Schuldigkeit hielte, hierzu zu reden, damit doch auch jemand von einer anderen Seite des Hauses seine Ansicht dazu ausspricht. Da will ich nur ganz kurz und bündig sagen: Ich kann die Auffassung des Herrn Kollegen Schmidt über die Worte des Herrn Ministers nicht teilen und nicht billigen. Ich bin der Meinung, daß der Herr Minister in dem Falle vielleicht etwas zu viel Gewicht auf die äußere Form gelegt hat und die Sache etwas zu sehr vom Standpunkt des durch eine langjährige Schule hindurchgegangenen Beamten aufgefaßt hat. Gewiß ist das an sich auch vom Vorstand der Fabrikinspektion zu erwarten, aber er hat nicht in einer jahrzehntelangen Beamtenlaufbahn gelernt, seine Worte gegenüber seinen Vorgesetzten wohl zu temperieren und auf die Wagschale zu nehmen, sondern es ist begreiflich, da er diese bureaukratische Schulung nicht so genossen hat, daß er sich deswegen auch in der Form vielleicht nicht in dem Maße auskennt wie einer, der das Jahrzehnte lang mitgemacht hat. Auf die Form kommt es meines Erachtens nach gar nicht so sehr an. In der Sache — diese Empfindung habe ich — hat der Herr Vorstand der Fabrikinspektion ganz recht gehabt mit dem, was er gegen Herrn

Engel und Genossen getan hat. Es ist hier ein solcher Rattenkönig von Widersprüchen, Unwahrheiten und Zweideutigkeiten produziert worden, die jene Herren sich erlaubt haben, die zum Herrn Fabrikinspektor hingehen, dort selbst gegen ihren Herrn Kollegen Engel losziehen und sagen: „Ja, der Mann schwindelt, wir kennen ihn dafür und geben Ihnen das zu Protokoll", und die hintennach, nach acht Tagen oder nach kurzer Zeit, sich voll und ganz einverstanden erklären mit dem, was Engel getan hat, und die andere Seite der Lüge und Unwahrhaftigkeit beschuldigen wollen. Wenn da ein Mensch mit Ehrgefühl die Sache satt bekommt und sagt, mit der Gesellschaft will ich nichts mehr zu tun haben, ich bedanke mich für weitere Verhandlungen mit ihnen, so kann das einen bösen Schein nicht auf ihn werfen und man kann ihm das nicht übel nehmen. Ich habe einen inneren Drang gefühlt, diesem meinem Empfinden in dieser Richtung Ausdruck zu geben. Ich finde, daß Dinge von Engel und Genossen herausgekommen sind, die mir sehr wenig gefallen, und wenn man immer von der christlichen Gesinnung dieser Leute und von ihrer Seelenkultur redet, so möchte ich Ihnen (zum Zentrum) gegenüber den Versuchen, diesen Leuten hinterher mit einem Übermaß von fein ausgeklügelter, sophistisch zugespitzter Dialektik herauszuhelfen, ein anderes Wort zurufen, das auch christlichen Ursprungs ist: „Eure Rede sei ja, ja, nein, nein, was darüber ist, das ist vom Übel!" **(Beifall links).**

Die allgemeine Beratung wird geschlossen. Der Berichterstatter verzichtet auf das Schlußwort.

Hierauf wird abgebrochen.

Zu einer persönlichen Bemerkung erhält das Wort

Abg. Dr. **Zehnter** (Zentr.): Ich möchte nur ein paar Punkte meiner Rede berühren, die eine unzutreffende Auffassung erfahren haben. Zunächst hat der Herr Minister erklärt, er könne meiner Auffassung, als ob immerhin noch Zweifel darüber möglich wären, ob der Sekretär Engel bewußt die Unwahrheit gesagt habe, nicht folgen, er könne nicht Aussage gegen Aussage stellen. Ich habe das auch nicht getan. Es ist eine unrichtige Auffassung des Herrn Ministers, wenn er meint, ich sei zu einem Zweifel in dieser Richtung gekommen, weil ich Aussage gegen Aussage gestellt hätte, weil ich die eine Aussage gegen die andere abgewogen hätte. Meine Zweifel haben sich wesentlich daraus ergeben, daß ich eben verschiedene Anhaltspunkte dafür gefunden habe, daß Engel in jenen Tagen in einer Voreingenommenheit war, die ihn eigentlich das, was außerhalb seines Gedankengangs vorgegangen ist, nicht mehr recht aufnehmen ließ. Das war meine Meinung.

Sodann hat der Herr Minister davon gesprochen, ich hätte dem Herrn Fabrikinspektor einen Vorwurf daraus gemacht, daß er sein Material nicht zur Verfügung gestellt habe. Das habe ich auch nicht getan — im Gegenteil, ich habe ja anerkannt, daß der Herr Fabrikinspektor sein Material wiederholt angeboten hat —, sondern ich habe nur objektiv gesagt, die verschiedene Beurteilung der Dinge ergebe sich daraus, daß eben die Beamten der Gewerkschaft nicht das Material, das dem Herrn Fabrikinspektor zur Verfügung stand, gehabt hätten, und habe es als einen Fehler bezeichnet, daß die Herren Stegerwald und Wieber, als sie nach Rheinfelden reisten, sich nicht an den Herrn Fabrikinspektor und an den Herrn Landeskommissär gewendet haben.

Sodann hat sich der Herr Abg. Kolb darüber beschwert, ich hätte ihm vorgeworfen, er sei nicht berufen, über Unwahrheit zu sprechen, weil er selbst schon auf Unwahrheiten ertappt worden sei. Nichts ist mir ferner gelegen, als so etwas zu sagen, und ich habe so etwas auch nicht gesagt; ich glaube, der Herr Präsident würde es auch gerügt haben, wenn ich etwas derartiges gesagt hätte. Was ich gesagt habe, ist das: Es hat mich gewundert, daß gerade der Abg. Kolb so viel von Unwahrheit geredet, da er ja an seinem eigenen Leibe schon habe erfahren müssen, wie leicht einem die Beschuldigung angehängt werde, daß man Unwahrheiten gesagt habe. Das ist etwas ganz wesentlich anderes, und der Abg. Kolb wird mir zugeben, daß ich ihm damit in keiner Weise persönlich zu nahe getreten bin.

Weiterhin erhält zu einer Erklärung das Wort

Abg. **Willi** (Soz.): In der 41. Sitzung habe ich vorgetragen, daß dem Vorsitzenden des Gewerkschaftskartells in Donaueschingen seitens des dortigen Bezirksamts die Mitteilung der Liste der im Bezirk befindlichen Krankenkassen verweigert worden sei. Was ich dort gesagt habe, bezieht sich nicht auf das Bezirksamt Donaueschingen sondern auf das Bezirksamt Villingen. Ich habe irrtümlicher Weise das Bezirksamt Donaueschingen genannt, wollte aber „Villingen" sagen.

Hierauf wird folgender Antrag der Abgg. Schmidt-Bretten und Genossen mitgeteilt:

Die Zweite Kammer wolle die Großh. Regierung ersuchen, 1. dahin zu wirken, daß künftighin der Betrieb eines Wanderlagers nur nach eingeholter Erlaubnis einer Verwaltungsbehörde erfolgen darf, und 2. eine wesentliche Erhöhung der Steuersätze für Wanderlager zu veranlassen.

Die Petitionskommission teilt mit, daß an Stelle des Abg. Blümmel der Abg. Schmidt-Karlsruhe wieder in die Petitionskommission eintritt.

Schließlich wird die der Schulkommission überwiesene Petition, das kaufmännische Fortbildungsschulwesen und die Errichtung von Handelsjahresschulen im Großherzogtum Baden betr., der Budgetkommission überwiesen.

Schluß der Sitzung nach ¼9 Uhr.

---

* **Karlsruhe,** 2. März. 7. öffentliche **Sitzung** der **Ersten Kammer. Tagesordnung** auf Dienstag den 8. März 1910, vormittags 9½ Uhr:

1. Bekanntgabe neuer Einläufe.

2. Mündlicher Bericht der Petitionskommission und Beratung über die Petition der mittleren, im Bezirksdienst stehenden

Justizbeamten, den Gehaltstarif betreffend; Berichterstatter: Dr. Freiherr von la Roche-Starkenfels.

3. Mündlicher Bericht der Budgetkommission und Beratung über das Budget des Großh. Ministeriums der Justiz, des Kultus und Unterrichts (Hauptabteilung III) für die Jahre 1910 und 1911, Ausgabe Titel X: Unterrichtswesen, II. Höhere Schulen und Volksschulen; Berichterstatter: Wirklicher Geheimer Rat Dr. Bürklin.

4. Bericht der Kommission für Justiz und Verwaltung und Beratung über den Gesetzentwurf, betreffend die Irrenfürsorge, B.-Nr. 41; Berichterstatter: Oberbürgermeister Dr. Wilckens.

---

* **Karlsruhe, 8. März. 48. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer. Tagesordnung** auf Dienstag den 8. März 1910, nachmittags ¼4 Uhr.

Anzeige neuer Eingaben. Sodann

1. Fortsetzung der Beratung (Spezialberatung) über das Budget Großh. Ministeriums des Innern für 1910 und 1911, Ausgabe Titel VIII: Für Gewerbeaufsicht und Durchführung der sozialen Gesetze — Drucksache Nr. 12a —; Berichterstatter: Abg. Willi;

2. Bericht der Budgetkommission und Beratung über dasselbe Budget und zwar: Ausgabe Titel XIV — Einnahme Titel V: Landesstatistik, Ausgabe Titel XV — Einnahme Titel VI: Gewerbeförderung — Drucksache Nr. 12c — nebst einschl. Petitionen; Berichterstatter: Abg. Neuhaus;

und damit (Ausgabe Titel XV) in Verbindung: Mündlicher Bericht der Petitionskommission und Beratung über den Antrag der Abgg. Görlacher u. Gen., die vorzugsweise Berücksichtigung ortsansässiger Geschäfts-Unternehmer und Arbeiter seitens des Staats betr. (Drucksache Nr. 22a); Berichterstatter: Abg. Reinhardt.

Verantwortlich für den Bericht über die Verhandlungen der Zweiten Kammer: Dr. Otto Walli.
Druck und Verlag der G. Braunschen Hofbuchdruckerei. Beide in Karlsruhe.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg